universität wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Friedenssicherung in der Republik Somalia. Eine kritische Betrachtung von AMISOM."

verfasst von / submitted by

Philipp Hentrich

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien / Vienna, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	A 066/824
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Masterstudiengang Politikwissenschaft
Betreut von / Supervisor:	Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis iii
Einleitung 1
Peacekeeping in Somalia: eine nicht zu bewältigende Aufgabe? 1
Peacekeeping und Theorie 2
Forschungsfrage, -hypothesen und Methodologie 4
Peacekeeping 6
Definition Peacekeeping 6
Die Entwicklung des Peacekeeping bis in die Gegenwart 8
Peacekeeping durch regionale Organisationen 12
Kooperation zwischen regionalen Organisationen und den Vereinten Nationen 12
Kooperation zwischen der Afrikanischen Union und der UN 14
Historischer Kontext 17
Somalias Unabhängigkeit und Beginn des Barre-Regime 17
Der Ogaden-Krieg und der Kollaps des Regimes 19
Internationale Organisationen in Somalia 21
Die Zeit zwischen der Beendigung von UNOSOM II und AMISOM 23
AMISOM 28
Zusammensetzung von AMISOM 28
Das Jahr 2007 29
Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM 29
Politische Lage 31
Sicherheitslage und humanitäre Situation 33
Das Jahr 2008 35
Politische Lage 35
Sicherheitslage und humanitäre Situation 39
Entwicklung der Rahmenbedingungen von AMISOM 41
Das Jahr 2009 43
Politische Lage 43
Sicherheitslage und humanitäre Situation 47
Entwicklung der Rahmenbedingungen von AMISOM 49
Das Jahr 2010 49
Politische Lage 49
Sicherheitslage und humanitäre Situation 51

Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM 53
Das Jahr 2011 54
Politische Lage 54
Sicherheitslage und humanitäre Situation 56
Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM 57
Das Jahr 2012 59
Politische Lage 59
Sicherheitslage und humanitäre Situation 62
Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM 63
Das Jahr 2013 64
Politische Lage 64
Sicherheitslage und humanitäre Situation 66
Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM 68
Das Jahr 2014 69
Politische Lage 69
Sicherheitslage und humanitäre Situation 70
Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM 71
Bewertung von AMISOM 71
Literaturverzeichnis 79
Abbildungsverzeichnis 84
Anhang 85
Abstract 86
Lebenslauf 87

Abkürzungsverzeichnis

AMISOM	African Union Mission in Somalia
ASF	African Standby Force
ASWJ	Al Sunna Wal Jama'a
ARPCT	Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism
ARS	Alliance for the Re-Liberation of Somalia
AU	Afrikanische Union
CONOPs	Concept of Operations
ENDF	Ethiopian National Defence Forces
FGS	Federal Government of Somalia
FPU	Formed Police Unit
HLC	High Level Committee
IGAD	Intergovernmental Authority on Development
IOM	International Organization for Migration
IPO	Individual Police Officer
JSC	Joint Security Committee
NGRC	National Governance and Reconciliation Committee
NRC	National Reconciliation Congress
NSSP	National Security and Stabilization Plan
OAU	Organisatoin of African Unity
RA	Regional Association
SNA	Somali National Army
SNM	Somali National Movement
SSDF	Somali Salvation Democratic Front
SNSF	Somalia National Security Forces
S.R.C.	Supreme Revolutionary Council
TFC	Transitional Federal Charter
TFG	Transitional Federal Government
TFIs	Transitional Federal Institutions
TFP	Transitional Federal Parliament
UIC/ICU	Union of Islamic Courts/Islamic Courts Union

UNAMIR	United Nations Assistance Mission for Rwanda
UNITAF	United Task Force
UNEF I	United Nations Emergency Force I
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNOSOM	United Nation Operation in Somalia
UNOSOM II	United Nations Operation in Somalia II
UNSOM	UN Assistance Mission in Somalia

Einleitung

Peacekeeping in Somalia: eine nicht zu bewältigende Aufgabe?

Seit dem Zusammenbruch des Barre-Regimes im Jahr 1991, versinkt die Republik Somalia förmlich im Chaos von innenpolitischen Machtkämpfen, die unter anderem auch von externen Akteuren wie dem angrenzenden Staat Äthiopien befeuert wurden. Die internationale Gemeinschaft hat mit den Interventionen UNITAF[1] und UNOSOM II[2] wiederholt versucht die Situation im Land zu stabilisieren, was jedoch ohne zählbaren nachhaltigen Erfolg blieb. Als Spielfeld regionaler Machtkampfe, werden jedwede Entwicklungen hin zu einer Befriedung Somalia durch „interne und externe 'Störenfriede' untergraben (…), solange sie [vom] Krieg (…) profitieren“ (Höhne 2014). Mit der am 6. Dezember 2006 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolution 1725 wurde von der Seite der internationalen Gemeinschaft ein neuer Anlauf zur Befriedigung Somalias unternommen. Die Resolution erteilt der Afrikanischen Union[3] das Mandat um eben diese Zielsetzung zu verwirklichen. Der Anlass für Resolution 1725 und AMISOM ist „der zentrale Konflikt der letzten Jahre (….), die Auseinandersetzung zwischen militanten Islamisten einerseits und verschiedenen somalischen (Übergangs-) Regierungen“ (ebd.). Mit der Resolution 1744 (2007) erteilte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen grünes Licht für die von der AU organisierten Peacekeepingoperation AMISOM[4], welche im März 2007 nach Somalia entsendet wurde. Die ursprüngliche als kurzfristige Operation zur Stabilisierung des Landes gedachte Mission dauert nun schon seit bereits acht Jahren an. Zähe Verhandlungen zwischen den relevanten Akteuren innerhalb Somalias um eine politische Lösung der Konfliktlage, eine Sicherheitslage, die vor allem durch Al-Shabaab weiterhin instabil gehalten wird sowie eine katastrophale humanitäre Lage innerhalb weiter Teile der Bevölkerung, die den Boden für terroristische Gruppierungen bildet, das alles sind Kennezeichen der andauernden Konfliktsituation in Somalia, seit dem Beginn AMISOMs im Jahr 2007. So ist auch weiterhin kein Ende des AMISOM-Einsatzes in Sicht. Folglich stellt sich die Frage, woran es liegt, dass AMISOM deutlich mehr Zeit und Einsatz in Anspruch nimmt als ursprünglich beabsichtigt. Dies soll im Rahmen der Arbeit beantwortet werden. So werden zu Beginn, die zu beantwortende Forschungsfrage, die zu überprüfenden Hypothesen

[1] United Task Force
[2] United Nations Operation in Somalia II
[3] AU
[4] African Union Mission in Somalia

und die angewendete Methodologie vorgestellt. Zum Zwecke der besseren Verständlichkeit soll zuvor eine kurze Ausführung über Peacekeeping und dessen Theorie vorgenommen werden. Das ist deshalb erforderlich, weil so die Auswahl der Hypothesen dem Leser besser veranschaulicht werden kann. Im nächsten Schritt soll die Begrifflichkeit des Peacekeepings genauer definiert und von anderen Arten der Befriedigung abgegrenzt werden. Zusätzlich soll die Veränderung des Konzeptes Peacekeeping von seinen Ursprüngen im Zeitalter des Kalten Krieges bis in die Gegenwart dargestellt werden, um so die heutige weitverbreitete Praxis der Kooperation zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisation im allgemeinen und der AU im besonderen, im Bereich des Peacekeeping besser zu verstehen. Das darauf folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Geschichte Somalias seit dessen Unabhängigkeit. Das ist insofern wichtig, da der historische Kontext essentiell ist, um die Übersicht über die verworrene Situation, in der sich das Land befindet, zu gewinnen und zu verstehen. Im Anschluss findet die Auswertung des erhobenen Datenmaterials statt. Hier sollen die Ergebnisse der AMISOM-Aktivitäten evaluiert und chronologisch ab dem Jahr 2007 bis 2014 dargestellt werden. Zum Schluss gilt es dann die Situation zu bewerten, in dem die Forschunsfrage beantwortet und die Richtigkeit der Hypothesen überprüft wird.

Peacekeeping und Theorie

Bei der Recherche nach Theorien zur Thematik Peacekeeping muss man feststellen, dass es keine *Grand-Theory* oder miteinander konkurrierende Konzepte diesbezüglich gibt. Diehl macht darauf Aufmerksam, dass „peacekeeping research has historically been atheoretical“ (ebd. 2009: 532). Somit stellen sich zwei Fragen. Wie soll eine Peacekeeping Unternehmung verortet werden, wenn es keinen theoretischen Rahmen gibt, der dies vornimmt? Die zweite Frage folgt aus der ersteren. Wie kann letztendlich der Erfolg oder Misserfolg beurteilt werden? Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, „that relatively little attention is given to defining what is meant by success” (ebd.: 530), was die Beantwortung der Frage nach Erfolg nicht zwingend erleichtert. Da es keinen allgemeingültigen Variablen zur Messung von Erfolg gibt, ist eine Schlussfolgerung auf Grundlage dieser nicht immer eindeutig. Je nach eingenommener Perspektive, kann ein und dieselbe Peacekeeping Operation vollkommen unterschiedlich beurteilt werden. So ist zu überlegen, „when conceptualizing peacekeeping success (…): success for whom?” (ebd.). Erfolg für das Land, in dem der Peacekeeping Einsatz stattfindet? Erfolg für die durchführende Organisation? Erfolg für die beteiligten Staaten? Peacekeeping Missionen können für einen Staat, innerhalb dessen Grenzen diese stattfindet,

bzw. für die Bevölkerung keine wirkliche Verbesserung der Lage mit sich bringen. Jedoch kann es gut sein, dass dieselbe Mission für einen sich beteiligenden Staat als Erfolg gewertet wird, da er seine verfolgten Ziele, durch das Peacekeeping erreicht hat. Außerdem, „defining success will vary according to whether one adopts a short versus long-term perspective“ (ebd.). So kann Frieden vielleicht kurzfristig gesichert werden, was dazu verleitet eine solche Mission als Erfolg zu sehen. Wenn aber versäumt wird, Maßnahmen zu treffen, dass dieser auch längerfristig hält und es dadurch zu einem späteren Zeitpunkt zu einem erneuten Ausbruch von Gewalt zwischen den Konfliktparteien kommt, muss diese als Misserfolg betrachtet werden.

Um die zur Erfolgsermittlung verwendeten Variablen zu verallgemeinern und um deren Übersichtlichkeit zu verallgemeinern, hat Pushkina vier Kriterien zur Evaluierung zusammengestellt. In ihren Ausführungen schreibt sie, dass „limiting violent conflict in the host state is the primary goal of peacekeeping“ (ebd. 2006: 134). Da die Eindämmung des Konflikts die Hauptaufgabe eines solchen Einsatzes ist, ist es natürlich wenig verwunderlich, dass der Erfolg zu einem großen Teil an dieser Variablen gemessen wird. Weil in entsprechenden Krisengebieten, wie beispielsweise Somalia, bewaffnete Auseinandersetzungen die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft ziehen und unter Menschenrechtsverletzungen, Nahrungsmittelknappheit sowie materieller Armut leiden, sollte dies im Variablenset ebenfalls berücksichtigt werden. Folglich ist die „reduction of human suffering (…) another primary goal of peacekeeping missions“ (ebd.). Als drittes elementares Kriterium führt Pushkina “preventing the spread of conflict beyond the object state’s border” (ebd.). Die Eindämmung des Konfliktes auf den betroffenen Staat ist wichtig, „for ensuring regional security“ (ebd.). Wenn dies nicht gelingt, besteht die Gefahr, dass sich der Konflikt ausbreitet und benachbarte Staaten mit hineinzieht, wodurch die Lage noch komplexer und somit noch schwieriger zu bewältigen ist. Um eine Auseinandersetzung zwischen zwei verfeindeten Lagern endgültig, langfristig und nachhaltig zu lösen, ist es nicht hinreichend, wenn die Peacekeeping Mission lediglich unterbindet, dass alle Beteiligten sich gegenseitig bekämpfen. Vielmehr muss eine Konfliktlösung gefunden werden, die für alle Seiten tragbar ist. Daraus folgt, „promoting conflict resolution is a final measure of the effectiveness of the (…) mission“ (ebd.). Hier gilt es das Augenmerk vor allem darauf zu richten, inwiefern durch das Peacekeeping die entsprechenden Voraussetzungen für den Beschluss und der erfolgreichen Umsetzung der getroffenen Lösungsvereinbarung geschaffen werden.

Mit der Hilfe dieser vier Kriterien soll in dieser Arbeit der Erfolg von AMISOM evaluiert werden um die Forschungshypothese zu überprüfen und um letzten Endes die Forschungsfrage zu beantworten.

Forschungsfrage, -hypothesen und Methodologie

Um eine kritische Betrachtung vornehmen zu können, ist eine entsprechende Forschungsfrage notwendig, die diesen prüfenden Aspekt mit beinhaltet. Die Forschungsfrage, die im Rahmen der Masterarbeit beantwortet werden soll lautet deshalb:
Warum konnte AMISOM seit dem Beginn im Jahr 2007 nicht erfolgreich beendet werden?
Um diese Frage angemessen bearbeiten zu können, gilt es die Mission in ihrer Ganzheit zu betrachten. Nur so ist es möglich ein belastbares Ergebnis zu erreichen. Dies muss sich anhand der Hypothese, bzw. im Falle dieser Arbeit der Hypothesen wiederspiegeln. Im Zuge der vorangehenden Ausführungen zur Thematik Peacekeeping und Theorie wurden Kriterien vorgestellt, an denen sich Peacekeeping und dessen Erfolg messen lassen müssen. An diesen sind die zu überprüfenden Hypothesen angelehnt:
AMISOM konnte seit dem Beginn im Jahr 2007 nicht erfolgreich abgeschlossen werden, weil

H_1: die Sicherheitslage nicht beruhigt werden konnte;

H_2: bei den involvierten Akteuren kein Wille zur politischen Lösung des Konflikts vorhanden ist;

H_3: die humanitäre Lage trotz AMISOM unverändert schlecht bleibt und so den Nährboden für das Andauern des Konflikts bereitet;

Die Bereiche, die die Hypothesen umfassen – Sicherheit, politische Gestaltung und humanitäre Lage - sind untereinander verflochten. So ist Sicherheit nicht nur alleine durch Waffengewalt zu erreichen, sondern bedarf auch der Politik, die zwischen den Konfliktparteien vermittelt, um eine möglichst schnelle friedliche Gewaltbeendigung zu ermöglichen. Eine Verbesserung der humanitären Lage wiederum ist lediglich dann möglich, wenn die Sicherheitslage stabil ist und Organisationen und ihre Helfer ohne Gefährdung effektiv ihrer Arbeit nachgehen können. Diese Vernetztheit ist durchaus beabsichtigt, da sie die Komplexität der Realität mit der Verwobenheit von Problemfeldern wiederspiegelt. Um dies zu berücksichtigen und trotzdem die Übersichtlichkeit der Arbeit zu gewährleisten, sollen die Kapitel, die sich mit der Datenerhebung über AMISOM beschäftigen, gleich aufgebaut sein. So wird für jedes ein seperates Kapitel verwendet, welche sich in die Abschnitte ‚Politische Lage', ‚Sicherheitslage und humanitäre Situation' sowie ‚Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM' untergliedert.

Zum Zwecke der Beantwortung der Forschungsfrage soll ausschließlich qualitativ geforscht werden, wobei hier die qualitative Inhaltsanalyse Anwendung finden wird. Die qualitative Inhaltsanalyse erscheint als eine vielversprechende Methodik, da im Rahmen der Abschlussarbeit vorrangig wissenschaftliche Publikationen und veröffentlichte Dokumente Internationaler Organisationen herangezogen werden sollen. Aus den verschiedenen Varianten der Inhaltsanalyse ist die strukturierende ausgewählt worden. Sie „will bestimmte Aspekte aus dem Material herausfiltern, will unter vorher festgelegten Ordnungskriterien einen Querschnitt durch das Material legen oder das Material unter bestimmten Kriterien einschätzen“ (Mayring 2007: 473). Es soll also das zur Verfügung stehende Material, den durch die theoretischen Überlegungen vorgegebenen Kategorien zugeordnet werden. Die Idee, welche hinter der strukturierenden Inhaltsanalyse steckt, ist, „dass durch die genaue Formulierung von Definitionen, typischen Textpassagen (…) und Codierregeln ein Codierleitfaden entsteht, der die Strukturierungsarbeit entscheidend präzisiert“ (ebd.). Die Anwendung der Inhaltsanalyse bringt einige Vorteile mit sich. Da „die Systematik der qualitativen Inhaltsanalyse (…) in der Regel vorher festgelegten Ablaufmodellen [folgt] (…) ist das Verfahren durchsichtig, nachvollziehbar“ (ebd.: 474). Des Weiteren „steht zwar in der Regel ein Kategoriensystem im Zentrum der Analyse (…), dies wird aber während der Analyse in Rückkopplungsschleifen überarbeitet und an das Material flexibel angepasst“ (ebd.). Außerdem ergibt sich durch die qualitative Inhaltsanalyse der Vorteil, dass „durch sein regelgeleitetes Vorgehen (…) sich auch Gütekriterien (…) wie die Interkoderreliabilität besser anwenden [lassen]“ (ebd.) und „in der Regel auch größere Materialmengen bearbeitet werden [können]“ (ebd.) - was bei der geplanten Arbeit der Fall sein wird. Damit das Verfahren der strukturierten Inhaltsanalyse korrekt angewendet wird, hat Mayring folgende Vorgehensweise vorgeschlagen die im Rahmen der Arbeit angewendet werden sollen:

> *„1. Definition der Kategorien*
> *Es wird genau definiert, welche Textbestandteile unter eine Kategorie fallen*
> *2. Ankerbeispiele*
> *Es werden konkrete Textstellen angeführt, die unter eine Kategorie fallen und als Beispiele für diese Kategorie gelten sollen*
> *3.Kodierregeln*
> *Es werden dort, wo Abgrenzungsprobleme zwischen Kategorien bestehen, Regeln formuliert, um eine eindeutige Zuordnung zu ermöglichen“ (Mayring. 2015: 97).*

Durch die Wahl der strukturierten Inhaltsanalyse wird gewährleistet, dass die in den zu analysierenden Materialien enthaltenen Informationen, im Sinne des Forschungsvorhabens verwertet werden.

Es wird beabsichtigt, die Datenerhebung zur Beantwortung der Forschungsfrage und der Überprüfung der Hypothesen auf Grundlage der Berichte und der Kommuniqués von AMISOM zu bearbeiten. Die Wahl diese als Datenmaterial zu benutzen wurde mit dem Gedanken getroffen, dass diese in regelmäßigen Abständen in den Jahren 2007 bis 2014 veröffentlicht wurden und sowohl am umfassendsten als auch wertfrei die aktuellen Entwicklungen wiedergeben (in der wissenschaftlichen Literatur ist vor allem die umfassende Schilderung aller Geschehnisse nicht gewährleistet). Eine neutrale Darstellung der Geschehnisse ist deshalb wichtig, da die abschließende Beurteilung vorgenommen soll, ohne dass im empirischen Teil meiner Arbeit bereits einschätzende Zitate verwendet wurden. Die Verwendung von Quellen die bereits eine Beurteilung AMISOMs vornehmen, würde dazu führen, dass eine kritische Betrachtung bereits in eine entsprechende Richtung gelenkt wird.

Peacekeeping

Definition Peacekeeping

Peacekeeping, Extended Peacekeeping, Peace Enforcement und Peacebuilding. Dies sind alles Begriffe, die in den Rahmen der Diskussionen um Friedensmissionen Verwendung finden. Allzu oft werden diese durcheinander gewürfelt und bedeutungsgleich verwendet. Da dem jedoch nicht so ist, gilt es die einzelnen Begriffe kurz und prägnant zu erläutern. Ein richtiges Verständnis ist vor allem auch in der Hinsicht notwendig um sich klar zu machen, was diese Arbeit genau betrachtet. Eine unsachgemäße Verwendung der Begrifflichkeiten kann in diesem Sinne auch die Erkenntnis der Evaluierung verfälschen, da zur Untersuchung ein unterschiedliches Verständnis und unterschiedliche Maßstäbe zur Anwendung kommen.

Der Begriff Peacekeeping bzw. klassisches Peacekeeping bezeichnet „a technique designed to preserve the peace, however fragile, where fighting has been halted, and to assist in implementing agreements achieved by the peacemakers“ (Pugh 2013: 396). Es findet keine Beteiligung an kriegerischen Handlungen statt, die Anwesenheit von neutralen Truppen soll zur Eskalation der Lage beitragen.

Ganz im Gegensatz dazu steht das Peace Enforcement. Es „bedeutet die Anwendung von Gewalt gegen eine Konfliktpartei (…) auf der Basis eines klaren Mandates, in der Regel nach

Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen (…), um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen“ (Gärtner 2008: 178). Die unmittelbare Gewaltanwendung und die aktive Parteinahme zugunsten einer Seite sind in dieser Form der Friedenserzeugung inkludiert.

Der Begriff Peacebuilding wird von Gärtner in Handbuch zu begrifflichen Erklärung im Themengebiet der internationalen Sicherheit zweigeteilt definiert: „Peacebuilding (a) soll die Bedingungen schaffen, die die Anwendung von Gewalt unnötig machen oder verhindern. Peacebuilding (b) ist der Versuch in Nachkriegsgesellschaften (…) gewaltfreie (…) Strukturen aufzubauen“ (ebd.). Peacebuilding kann somit in drei unterschiedlichen Ausgangssituationen gebraucht werden um Frieden zu schaffen. Erstens, wenn es noch keine kriegerische Auseinandersetzung gab, aber die Lage zwischen den Konfliktparteien immer weiter eskaliert. Zweitens, wenn die Lage bereits eskaliert ist und sich die Disputanten gegenseitig mit Gewalt bekämpfen. Drittens, die kriegerische Auseinandersetzung wurde durch die Niederlage einer Seite oder durch eine externe Intervention beendet. Beide Teile der Definition machen deutlich, dass es im Gegensatz zum Peace Enforcement darum geht, nachhaltige Strukturen und Mechanismen in der jeweiligen Gesellschaft zu implementieren, die Sorge tragen, dass jegliche Art von zukünftigen Konflikten transformiert wird und in einem institutionellen Rahmen ausgetragen und aufgelöst wird.

Bei Extended Peacekeeping, handelt es sich, wie der Begriff schon vermuten lässt, um eine Weiterentwicklung des klassischen Peacekeepings. Es

> *„schließt zusätzlich zum klassischen Peacekeeping (…) auch neue Verantwortlichkeiten der Peacekeeper wie das Einsammeln von Waffen, die Rückführung von Flüchtlingen, Wahlbeobachtung, Polizeiaufgaben und temporäre administrative Tätigkeiten mit ein. (…) Erweitertes, robustes oder strategisches Peacekeeping [Herv. i. Orig.] sollte durch die Anwendung von Waffengewalt (…) durch Peacekeeping-Truppen [Herv. i.Orig,] die Grenze zwischen Peacekeeping und Peace Enforcement verwischen“ (ebd.: 179).*

Im Gegensatz zum klassischen Peacekeeping, wird hier die Gewaltausübung zur Durchsetzung des Mandates durchaus gebilligt. Gleichzeitig wird ein breiterer und aktiverer Ansatz zur Konfliktlösung und Friedensfindung verfolgt. Aufgrund der zeitweilig ausgeführten administrativen Tätigkeiten durch die Peacekeeper, sind auch Elemente des Peacebuildings erkennbar, da es hier auch um den Aufbau von Strukturen zur Konfliktvermeidung geht.

In dem hier untersuchten Fall von AMISOM handelt es sich nicht um eine Form des Extended Peacekeepings. Jedoch muss angemerkt werden, dass das Hauptaugenmerk auf die militärische Niederschlagung der islamistischen und terroristischen Kräfte gerichtet war. Aus diesem

Grund, ist die militärische Komponente AMISOMs zu Beginn im Jahr 2007 deutlich stärker als die anderen Dimensionen der Peacekeepingmission.

Die Entwicklung des Peacekeeping bis in die Gegenwart

Nachdem die Begrifflichkeit Peacekeeping genauer gehend definiert wurde, soll im nächsten Schritt die Entwicklung der Art und Weise wie Peacekeeping ausgeführt wird betrachtet werden. Im akademischen Diskurs besteht weitreichende Einigkeit darüber, dass zwischen drei verschiedenen Generationen des Peacekeepings zu unterscheiden ist, welche im Folgenden vorgestellt werden sollen.

Die erste Generation Peacekeeping, „[was] created in response to the Suez crisis in the Middle East in 1956" (Ramsbotham, Woodhouse, Miall 2011: 148). Das Peacekeeping dieser Zeit war gekennzeichnet durch die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion im Kalten Krieg. Obwohl in der momentanen Diskussion, die anfängliche Form des Peacekeepings äußerst positiv wahrgenommen wird – so gibt es eine Vielzahl von Stimmen aus der Wissenschaft und anderen Bereichen die dazu aufrufen sich auf diese zurückzubesinnen – gibt es laut Rubinstein auch

> *„two negative observations: (1) (…) peacekeeping did little, if anything, to move belligerent parties toward resolution of their conflicts and (2) that the superpower competition between the Soviet Union and the United States meant that meaningful United Nations intervention could not take place because on serious issues Soviet and American interests would clash, and agreement would be impossible" (ebd. 2008: 31).*

Aufgrund dieser kritischen Konstellation der damaligen Supermächte, haben vor allem kleinere Staaten, die sich meistens der Neutralität gegenüber den Blöcken verpflichtet haben, die Aufgabe des Peacekeepings unternommen. Die Blaupause für alle Peacekeeepingmissionen stellt UNEF I[5] dar. Sie wurde Ende 1956 entsandt, um die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Ägypten und Israel einzudämmen. In ihrem Rahmen wurden fünf Handlungsgrundsätze entworfen, die für die restlichen Friedenseinsätze der ersten Generation als Grundgerüst verwendet wurden: (1) so besteht die Notwendigkeit, dass bevor die Blauhelme entsendet werden, beide Konfliktparteien dem zugestimmt haben; (2) die UN-Truppen müssen sich gegenüber beiden Seiten neutral verhalten; (3) im Sinne des Mandates, ist es erforderlich, dass eine Vorurteilslosigkeit in Bezug auf die Kriegsparteien vorhanden ist; (4) Gewalt nur zum Zwecke der Selbstverteidigung darf; (5) die Legitimität durch den UN-Sicherheitsrat gegeben

[5] United Nations Emergency Force I

sein muss, gegenüber dem auch letzten Endes die Friedenstruppen Rechenschaft ablegen müssen (vgl. Ramsbotham et al. 2011: 149). Anhand dieser Handlungsgrundsätze lässt sich erkennen, dass es den entsendeten UN-Truppen nicht zugedacht war, aktiv am Konfliktgeschehen teilzunehmen. Ihre Hauptaufgabe bestand zuerst primär darin, den Waffenstilstand zu beobachten und dessen Einhaltung zu gewährleisten. Eine Friedensschließung auf Grundlage einer Parteiergreifung und Niederringung des Gegners ist nicht vorgesehen. „Die klassische Funktion von Peacekeeping-Operationen ist also nicht die Prävention zwischenstaatlicher Konfliktem sondern die Konsolidierung der Konfliktbeendigung“ (Albrecht, Bendiek; Meyers; Wagner: 2009: 167).

Das Ende des Kalten Krieges, läutete einen Paradigmenwechsel im Feld des Peacekeeping ein. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion änderte sich das internationale System grundlegend, da nun der Interessenskonflikt zwischen dieser und den Vereinigten Staaten nicht mehr den Sicherheitsrat blockierte. Da das Patt zwischen Westblock und Ostblock nicht mehr existierte, gab es zu Beginn der 1990er Jahre eine wahre Flut an neuen Peacekeeping-

	1988	1992	1994	2000	2004	2008
Number of active missions	5	11	17	14	16	17
Number of troop-contributing countries	26	56	76	89	103	121
Military and police	9,605	11,650	75,523	37,338	62,271	87,637
International civilian personnel	1,516	2,606	2,260	3,243	3,949	2,606
Annual UN peacekeeping $b	2.30	1.69	3.61	2.22	4.5	7.4

Source: UNDPKO

Abb.1 Entwicklung der UN-Peacekeepingmission seit dem Ende der 1980er Jahre[6]

missionen. „The numerical growth of peacekeeping operations during the 1990s was accompanied by a fundamental change in their nature, their function and their composition“ (Ramsbotham 2011: 149).

Diese veränderte Form der Friedensmissionen wird als 2. Generation des Peacekeeping bezeichnet. Nun standen eben nicht mehr die Überwachung, bzw. die Gewährleistung von Waffenstillständen im Vordergrund, sondern die Befriedigung von Konflikten durch UN-Truppen. Es wurde nun nach der Maxime ‚the responsibility to protect‘ gehandelt, unter anderem unab-

[6] Quelle: Ramsbotham, Oliver; Woodhous, Tom; Miall, Hugh (2011): Table 6.2, S.150.

hängig davon, ob die Konfliktparteien um ein Eingreifen seitens der Vereinten Nationen gebeten haben oder nicht. Um solche Konflikte auf Dauer erfolgreich lösen zu können, war nun eine ganz andere Vorgehensweise bei der Planung und der Ausführung von Peacekeepingmission erforderlich. In der Folge, „the composition of post-Cold War peacekeeping operations became more diverse and complex: peacekeepers were drawn from a wider variety of sources (military, civilian police and diplomatic), nations and cultures" (ebd.). Durch die Multidimensionierung des Peacekeeping sahen sich die Vereinten Nationen auf die neue Art von Einsätzen umfassend vorbereitet, weshalb sie optimistisch eine Vielzahl von unterschiedlichen Friedensmissionen weltweit entsandten. Die vorherrschende Zuversichtlichkeit bezüglich des Erfolgs wurde jedoch nach kurzer Zeit ernüchtert und in das Gegenteil verkehrt. Ursache des Wandels waren die Geschehnisse, die sich bei den einzelnen Missionen vor Ort abspielten. So wurden bei der UNOSOM II Mission in Somalia US-Soldaten von der einheimischen Bevölkerung getötet und erniedrigt, was ein Resultat des rücksichtslosen Verhaltens seitens der UN-Truppen war, da es bei Kampfeinsätzen zu immer mehr zivilen Todesfällen kam und so die Stimmung in der Bevölkerung sich gegen die Vereinten Nationen und ihre Soldaten wandte. Ein weiteres kolossales Scheitern einer UN-Friedensmission konnte in Ruanda beobachtet werden. „800,000 people were killed during the 1994 genocide in Rwanda between April and July 1994. A UN peacekeeping mission (UNAMIR[7]) already in Rwanda, but with its force numbers severely reduced, was largely powerless tp prevent the killings" (ebd.: 150). Allzu offensichtlich waren die Vorhaben der UN zu ehrgeizig und trotz umfassender Vorbereitung eines Lösungsansatzes in dieser Form nicht erfolgreich zu bewältigen, da trotzdem einige Aspekte nicht ausreichend berücksichtigt wurden und große Probleme verursachten. „The most challenging situations (…) are those where warlords and militias have come to establish their power over civilian populations" (ebd.: 151). Diese zu bekämpfen stellte sich für die entsandten Truppen als schwierig heraus. Da sie numerisch und technisch ihren Gegnern überlegen waren, suchten diese nicht das offene Gefecht mit ihnen. Vielmehr entwickelte sich wie Ramsbotham et al es nennen, ein ‚dirty war' (vgl. ebd.) bei denen beispielsweise Guerillataktiken angewendet wurden. Konsterniert von den Ergebnissen der Peacekeepingmissionen wurde eine Vielzahl von Stimmen laut, die eine Rückkehr zu den Ursprüngen der Friedensmissionen forderten. Diese kamen zumeist aus den westlichen Staaten, die sich seit dem Ende des Kalten Krieges verstärkt bei Peacekeepingmissionen engagiert haben. Bei ihrer Argumentation stützten diese sich vorrangig auf vier Argumentationspunkte: „(1) the recent proliferation of highly volatile and intractable ethnic conflict is beyond uncomplicated solutions; (2)in an era of fiscal restraint and deficit reduction, Western economies can no longer afford tob

[7] United Nations Assistance Mission for Rwanda

ank-roll expensive peacekeepiing operations; (3) a bloated UN lackst he rapid reaction and command and control ability to mount the more comprehensive second generation peacekeeping; and (4) given UN failures in Bosnia, Rwanda and Somalia, post-Cold War second generation peacekeeping has been at best disappointing, and at worst, disastrous“ (Wentges 1998: 59). Diese mehrheitlich vertretene Auffassung und der im Jahr 2000 veröffentlichte Brahimi-Report, der von den Vereinten Nationen in Auftrag gegeben wurde, um die Ursachen, die zum Scheitern der UN-Missionen in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina führten zu evaluieren, brachten die Einsicht, dass Peacekeepingmissionen nicht mehr in dieser Form ausgeführt werden können. Dies führte zu einer Reform des vorhandenen Systems, was den Beginn der dritten Generation des Peacekeeping einläutet.

Wie von verschiedenen Seiten gefordert, gab es bei der dritten Generation des Peacekeepings eine Rückbesinnung auf einige Richtlinien der ersten Generation. „Three (…) principles were (…) envisaged: credibility in swift deployment and capacity to deter spoilers; legitimacy in firm and fair exercise of a legal mandate; and promotion of national and local ownership of the peace process“ (Ramsbotham 2011: 161). Erwähnenswert ist auch, dass die Gewaltausübung durch die UN-Truppen eingegrenzt wurde. Jedoch ging man nicht soweit und beschränkte den Einsatz von Gewalt zu Zwecken der Selbstverteidigung. So legte man sich darauf fest, dass „ ‚although force must be used in a restrained fashion, it may be employed in circumstances other than self-defence; peacekeepers may use force to protect themselves, their mandate and groups identified by the mandate' (e.g. civilians, humanitarian workers)" (DPKO[8] §69 zit. von Ramsbotham 2011: 161). Des Weiteren, „the goals of peacekeeping reform have included making it less corrupt, less plagued by race- and gender-related problems, and less likely to do damage in the name of doing good“ (Feldmann 2010: 418). Die Veränderungen, die im Regelwerk des Peacekeeping vorgenommen wurden, hatten natürlich auch Auswirkungen auf die Praxis. So lassen sich einige interessante Aspekte beobachten. Obwohl die Möglichkeit der Gewaltausübung der entsendeten Truppen unter der Fahne der Vereinten Nationen eingeschränkt wurde, lässt sich beobachten, dass diese sowohl stärker an Soldaten als auch mit robusterem Equipment (durchschlagskräftigere Bewaffnung und Waffensysteme) ausgestattet sind. Die Ursache für diese Entwicklung liegt darin begraben, dass „in response to the weakness of most second-generation missions, the UN Brahimi Report asked much more 'robust' [Herv. i. Orig.] forces capable of deterring aggression" (ebd.: 155). Die zunehmende Durchführung von Peacekeepingmissionen durch regionale Organisationen oder durch eine Koalitionen der Willigen und nicht durch die UN selber ist ein anderer Trend, der sich seit der Einführung der dritten Generation des Peacekeepings beobachten lässt (vgl.

[8] Department of Peacekeeping Operations

ebd.). Auch wenn die UN sich aufgrund ihrer Erfahrungen in den 1990er Jahren mit Friedensmissionen zurückhält, sind die Einsätze durch regionale Organisationen oder Koalitionen durch den Sicherheitsrat bewilligt worden. Durch die Zustimmung des Sicherheitsrates wird die Legitimation der Unternehmung offiziell erteilt. Auch wenn die Vereinten Nationen keine Truppen mehr entsenden, unterstützen sie die Durchführung mit finanziellen Mitteln und mit der zur Verfügungstellung von Beratern.

Peacekeeping durch regionale Organisationen

Wie schon im vorigen Abschnitt erwähnt, werden Peacekeepingmission in jüngster Vergangenheit verstärkt von regionalen Organisationen durchgeführt, nachdem diese vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bewilligt wurden. Die Ursachen warum es zu einer verstärkten Entwicklung und Weiterentwicklung sowie der Ausweitung der Aktivitäten und Aktivitätsbereiche von regionalen Organisationen kam, „was beacuse of the absence of superpower overlay and an increase in regional autonomy“ (Fawcett 2013: 364). Durch den Zusammenfall der Sowjetunion und der Wegfall der gegenläufigen globalen Interessen von Ost- und Westblock entstand ein Macht- bzw. Ordnungsvakuum. Dieses sowie die daraus entstehenden problematischen Situationen sollten nun mit Hilfe einer Institutionalisierung auf der regionalen Ebene ausgefüllt und gelöst werden. Auch der bereits erwähnte „Brahimi Report of 2000 recommended strengthening cooperation between the UN and regional organizations and establishing new regional partnerships on specific issues“ (Bures 2008: 87), was zu einer weiteren Aufwertung der Rolle, die regionale Organisationen im internationalen System spielen, führte.

Kooperation zwischen regionalen Organisationen und den Vereinten Nationen

Die Zusammenarbeit im Bereich Peacekeeping kann zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen Organisationen in zwei verschiedenen Formen erfolgen. Das ist zum einen das ‚Subcontracting‘ und zum anderen das ‚Partnering‘. „‘Subcontracting‘ [Herv. i. Orig.] refers to an arrangement whereby regional organisations are responsible for the main onus of peacekeeping and yet authorised, monitored and directed by the Security Council“ (Yamashita 2012: 109). Für die UN bringt ‚Subcontracting‘ den Vorteil mit sich, dass der Sicherheitsrat in letzter Instanz die Kontrolle über die Ausführung der Mission hat, die Umsetzung aber selbst nicht realisieren muss. Sie obliegt der beteiligten regionalen Organisation. Zusätzlich muss

diese bei der Ausführung der Friedensmission darauf achten, dass die Handlungsprinzipien aus Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen eingehalten werden:

> *„Capter VIII of the UN Charter conditions regional organisations and their activities in the field of international peace and security in three ways: (a) they should be consistent with the purposes and principles of the UN; (b) no enforcement action should be taken by them unless authorised by the Security Council and, (c) the Council should at all times be kept fully informed of activities undertaken or in contemplation by them for the maintenance of international peace and security" (ebd.)*.

Für regionale Organisationen stellt sich diese Art der Zusammenarbeit auf den ersten Blick als nicht sehr vielversprechend dar. Zum einen können die Friedensmissionen eventuell nicht so umgesetzt werden, wie es die regionalen Institutionen am sinnvollsten erachten, da der Einsatz von Gewalt nur nach einem Beschluss des Sicherheitsrates erlaubt ist. Des Weiteren sind erstere dazu verpflichtet das zentrale Organ der UN über jedwede Vorgänge informiert zu halten. Lediglich die Legitimation der Peacekeepingmission durch den Sicherheitsrat ist ein großer Vorteil. Dadurch ist der Einsatz und jedes Handeln im Rahmen der Mission über jede Art von Legitimitätszweifel erhaben. Das andere Modell zur Zusammenarbeit, das ‚Partnering' verfolgt einen anderen Ansatz zur Kooperation. „'Partnering' implies a more horizontal relationship wherein the UN and regional peacekeeping bodies form a network of peacekeeping partners with interconnected capabilities" (ebd.: 170). Dies hat den Vorteil für die regionalen Organisationen, dass sie nicht so stark an die Vorgaben der des Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen gebunden sind und somit mehr Freiheiten bei der Durchführung von Peacekeepingmissionen besitzen. Gleichzeitig ist bei dieser Art der Kooperation nicht so viel Hilfe von den Vereinten Nationen zu erwarten wie beim ‚Subcontracting'.

Peacekeeping durch regionale Organisationen bietet im Vergleich zu den Friedensmissionen einige Vorteile. Einer dieser Vorteile ist geopolitischer Natur: „countries in the conflict region are more likely to have an interest in finding solutions to the conflict because of such factors as economic interdependence, political alliances, mutual historical ties, and the closeness and informality of their relations" (Bures 2006: 92). Dies ist bei den vertretenen Staaten im UN-Sicherheitsrat nicht der Fall. So kann es sein, dass bei den betroffenen Krisenregionen es sich um eine solche handelt, die für keines der im Sicherheitsrat vertretenen Staaten von Interesse ist. Wenn dies so ist, besteht nur ein relativ geringer Anreiz dort aktiv zu werden und eine Peacekeepingmission zu entsenden, da aus ihrer Sicht die Kosten zu hoch und der sich daraus ergebende Nutzen zu gering sind. Eine andere Konstellation, die zur Konfliktauflösung nicht beitragen würde, wäre ein zu großes und gegenläufiges Interesse der Staaten des VN-Sicherheitsrates an der betroffenen Situation. Hier besteht die Gefahr eines vollkommenen

Stillstands, da die betroffenen Staaten fürchten ihre Positionierung zur Verfolgung ihrer Anliegen zu verschlechtern. Ein weiterer Vorteil einer Intervention durch eine regionale Organisation ist die gemeinsame Kultur und den damit einhergehenden besseren Verständnis für die Positionen der Konfliktparteien. Dieses Verständnis kann bei einer universalen, globalen Organisation nicht in dem Ausmaß vorhanden sein: „according to Jones and Duffey, the ‚lack of understanding of local and regional cultures by the UN has often jeopardized the success of peacekeeping operations and resulted in detrimental effects on local societies' [Herv. i. Orig.]" (ebd.: 93).

Neben den Vorteilen, die Durchführung von Peacekeepingmissionen durch regionale Organisationen mit sich bringt, gibt es auch einige Nachteile gegenüber einem durch die Vereinten Nationen durchgeführten Einsatz. Ein Nachteil ist die Gefahr einer unvollständigen Ausstattung. Sie ist laut Bures „one of the largest impediments to regional peacekeeping (…) an RA's[9] lack of financing and adequate logistical resources" (ebd.: 95). Regionale Organistionen die keine wirtschafts- und finanzstarken Mitglieder in ihren Reihen haben, sind nicht in der Lage die hohen anfallenden Kosten, die für eine umfassende und erfolgreiche Peacekeepingmission anfallen ohne externe Hilfe zu stemmen. Die Abhängigkeit von Akteuren von außerhalb, stellen eine Planungsunsicherheit dar, die die Umsetzung eines solchen Einsatzes ernsthaft gefährden kann, da notwendige Schritte nicht eingeleitet werden können. Des Weiteren ist ein erheblicher Nachteil eine eventuell nicht vorhandene Akzeptanz, der von der regionalen Organisation entsendeten Mission. So besteht die Gefahr, dass ‚regional peacekeeping forces may be unwelcomed by local populations because of historical or current perceptions" (ebd.: 97). Die fehlende Akzeptanz erschwert die erfolgreiche Umsetzung von Friedensmissionen ungemein und kann diese durchaus zum Scheitern bringen. Ein Beispiel ist die bereits erwähnte VN-Mission UNOSOM II, auch wenn es sich hier natürlich um keine regionale Organisation handelt, verdeutlicht sie wie schwer die Umsetzung einer Peacekeepingmission ist, wenn die Bevölkerung die vermeintlichen Friedensstifter nicht akzeptiert und sich ihnen gegenüber sogar feindlich verhält.

Kooperation zwischen der Afrikanischen Union und der UN

Bereits vor der Entstehung der Afrikanischen Union gab es eine Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und Afrika. Die Kooperation fand im Rahmen einer Partnerschaft zwischen UN und OAU[10] statt. Diese war jedoch nicht nur ausschließlich auf den Bereich

[9] Regional Association
[10] Organisation of African Unity

Peacekeeping beschränkt, sondern umfasste eine Vielzahl von Themen. Vor allem zu Beginn der 1990er Jahre wurde eine verstärkte Zusammenarbeit forciert.

> *„Im Jahre 1993, nach Auflösung der in Afrika durch den Kalten Krieg bedingten sicherheitspolitischen Verhärtungen und angesichts vorwiegend innerstaatlicher Konflikte, kamen VN und OAU überein, ‚… to expand the scope of cooperation beyond the economic and social agenda … in order to include new, important and timely topics of cooperation such as preventive diplomacy, peace-making and peace-keeping, as well as democratisation and elections'" (Griep 2012: 345).*

Rüchblickend muss jedoch festgehalten werden, dass es keine Zusammenarbeit auf Augenhöhe war. Hauptgrund hierfür war die „ungleiche Aufgabenteilung zwischen beiden Organisationen mit der OAU als Empfänger und den VN als Bereitsteller von Ressourcen" (ebd.: 348). Durch diese Rollenverteilung hat sich die OAU jedoch selber geschädigt, da sie sich somit ins Abseits manövrierte, weil sie nicht als eigenständiger Akteur wahrgenommen wurde. Eine solche Entwicklung war ursprünglich von den Vereinten Nationen gar nicht beabsichtigt worden. „Während die OAU (…) auf die Übernahme politischer, operativer und finanzieller Lasten durch die VN drängte, bestand das Interesse der VN in einer zunehmenden Befähigung der OAU zum eigenverantwortlichen regionalen Krisenmanagement" (ebd.). Eine Etablierung einer eigenständigen afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, wurde mit dem Unwillen zur Übernahme von Verantwortung in einem angemessenen Rahmen – wobei aufgrund der verfügbaren finanziellen Ressourcen der afrikanischen Staaten und der OAU eine Beihilfe zumindest im finanziellen Bereich von Seiten der UN weiterhin notwendig gewesen wäre - ein Riegel vorgeschoben. Da half auch nicht die „im Juni 1993 während ihres Gipfeltreffens von Kairo beschlossenen Einrichtung des ‚OAU Mechanism for Conflict Prevention, Management and Resolution' [Herv. i. Orig.] ein neues, primär auf Konfliktprävention zugeschnittenes Instrument" (ebd.: 346). Von Anfang an verhinderten Konstruktionsschwächen ein wirkungsvolles Arbeiten. „Schwäche des neuen Mechanismus war (…) seine Abhängigkeit vom Konsens und von der Kooperation der jeweiligen Konfliktpartei" (ebd.). Im Zweifelsfall konnten deshalb Entscheidungen zur Lösung oder Prävention von Konflikten nicht getroffen oder durchgeführt werden, da es keine Einigung auf ein angemessenes Vorgehen gab, bzw. die Konfliktparteien nicht willens waren einstimmig getroffene Beschlüsse einzuhalten und zu kooperieren.

Hoffnung auf eine Besserung gab es zu Beginn der 2000er Jahre, als am 11. Juli 2000 in Lomé die afrikanischen Regierungschefs die konsitutive Akte der Afrikanischen Union unterzeichneten. In ihrem Gründungsdokument sind auch Punkte enthalten, die für eine neue afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur und somit auch für Peacekeepingmissionen der

der AU von Bedeutung sind und als Verbesserung gegenüber dem oben erwähnten OAU Mechanismus zur Konfliktprävention und -lösung. So ist „das Recht (…) verankert, in schwerwiegenden Fällen (insbesondere bei Kriegsverbrechen, Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit) zur Durchsetzung einer Entscheidung des obersten AU-Organs, der Versammlung der Staats- und Regierungschefs, in Mitgliedsstaaten intervenieren zu können“ (ebd.: 349). In den ersten Jahren des bestehens der AU, wurde deren Kompetenzen zur Entwicklung und Beibehaltung eines afrikanischen Systems zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang wurde der Peace and Security Council im Jahr 2004 gegründet. Hier sollten von nun an alle für den afrikanischen Kontinent sicherheitsrelevanten Thematiken besprochen und verhandelt werden. Dieser setzt sich wie folgt zusammen: „the PSC (…) [has] 15 member countries (ten elected for a term of two years and five for a term of three years)“ (Murithi 2012: 90). Dem Peace and Security Council wurden das ‚Panel of the Wise' sowie das ‚Continental Early Warning System' zur Seite gestellt, die eine beratende Tätigkeit ausüben sollen. Zusätzlich wurden auch Maßnahmen getroffen, um im Notfall möglichst schnell bewaffnete Truppen entsenden zu können. Zu diesem Zweck wurde die African Standby Force[11] ins Leben gerufen. „The ASF (…) [compirses] of five brigades, one from each of Africa's sub-regions: Southern, Eastern, Central, Western and Northern brigades“ (ebd.). Diese Brigaden sollen hauptsächlich zum Zwecke des Peacekeepings eingesetzt werden. Aber auch Notfällen, die ein unmittelbares eingreifen von Seiten der AU erfordern, stehen im Repertoire dieser Truppen. Insgesamt,

„these brigade were supposed to cope with six potential crisis management scenarios (…):

1) *AU/Regional militaryadvice to a political mission. Deployment required within 30 days from an AU mandate resolution.*
2) *AU/Regional observer mission co-deployed with a UN Mission. Deployment required within 30 days from an AU mandate resolution.*
3) *Stand-alone AU/Regional observer mission. Deployment required within 30 days from an AU mandate resolution.*
4) *AU/Regional peacekeeping force for Chapter VI and preventive deployment missions (and peacebuilding). Deployment required within 30 days from an AU mandate resolution.*
5) *AU peacekeeping forces for complex multidimensional peacekeeping missions, including those involving low-level spoilers. ASF completed deployment required within 90 days from an AU mandate resolution, with the military component being able to deploy in 30 days.*

[11] ASF

6) *AU intervention e.g. in genocide situations where the international community does not act promptly. Here it is envisaged that the AU would have the capability to deploy a robust military force in 14 days" (Williams 2006: 352).*

Verglichen mit der OAU sind die Rahmenbedingungen der AU für eventuelle Peacekeepingeinsätze und Kooperationen mit den Vereinten Nationen deutlich ausgeklügelter und umfassender. Dies stellt sich jedoch nur auf dem Papier so dar. In Wirklichkeit hat sich nicht viel an der Fähigkeit geändert, Friedensmissionen selbstständiger durchzuführen und gleichberechtigter mit den UN zusammenzuarbeiten. „Dieser Sachverhalt bestätigte sich durch die konkreten Friedensoperationen der AU: Jeweils war die AU aus Kapazitätsgründen nicht in der Lage zu alleinigen, zumindest mittelfristigen, Weiterführung ihrer größeren Einsätze" (Griep 2012: 351). Das großer-Bruder-kleiner-Bruder-Verhältnis bleibt also weiterhin bestehen und eine eigenständige afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur exisitiert weiterhin nicht.

Historischer Kontext

Somalias Unabhängigkeit und Beginn des Barre-Regime

Um die momentane verworrene Situation in Somalia zu verstehen, ist es notwendig zu wissen, wie es zu dieser kommen konnte. Dafür ist es unabdingbar einen Blick auf die Geschichte des Landes seit dessen Unabhängigkeit zu Beginn der 1960er Jahre zu werfen.

Vor Erlangung der Unabhängigkeit war das heutige Somalia zweigeteilt. So gab es zum einen das von Großbritannien kontrollierte Britisch-Somaliland und das zu Italien zugehörige Italienisch—Somaliland. Im Zuge der Dekolonialisierung die nach dem zweiten Weltkrieg einsetzte, erlangten auch die beiden von Briten und Italienern besetzten Gebiete ihre Unabhängigkeit im Jahr 1960. Von Beginn an gab es Bestrebungen beide Gebiete zu einem gemeinsamen Staat zusammenzufassen, die innerhalb kurzer Zeit von Erfolg gekrönt waren: „Im April 1960 fand eine Konferenz in Mogadischu statt, auf der sich die politischen Kräfte des britischen und des italienischen Protektorats darauf einigten, (…) eine gemeinsame Regierung mit einem gemeinsamen Präsidenten schaffen zu wollen" (Sheikh et al. 2010: 23). Auch wenn relativ schnell eine Vereinbarung über den Aufbau eines gemeinsamen Staates getroffen wurde, war es von Anfang an klar, dass dies kein einfaches Unterfangen werden würde. Die durch die

Kolonialherrschaft bedingte Trennung kann hier als Grundübel für Schwierigkeiten gesehen werden.

> *„When Somalia became independent in the 1960s, no sense of national identity existed. Different languages, monetary systems, and styles of government all made central governance difficult. Somalis preferred to be known as Isaaq, Darood, or Bantu rather than Somali because loyalty to one's clan, village, and ethnicity took precedence over loyalty to the national government" (Powell et al. 2008: 658).*

Dieses in der somalischen Gesellschaft verankerte Denken in Kategorien der Klans sollte sich in den kommenden Jahren als nicht zu bewältigendes Problem erweisen. Trotz all dieser Unterschiedlichkeiten, die eine Zusammenschließung der beiden ehemaligen somalischen Kategorien erschwerte, gelang es den politischen Vertretern beider Seiten eine Verfassung zu entwerfen, die letzten Endes auch in Kraft trat. In der Verfassung wurde ein parlamentarisch-präsidiales Mischsystem für die Republik Somalia festgelegt, in dem es neben dem von der Nationalversammlung gewählten Staatspräsidenten einen Ministerpräsidenten gibt, der vom Staatspräsidenten ernannt wird" (Sheikh et al. 2010: 24). Obwohl die Republik Somalia erfolgreich gegründet werden konnte, gab es keine Entwicklung hin zu einem gemeinsamen Nationalgedanken. Die oben beschriebenen Klanstrukturen und –zugehörigkeiten blieben bestehen, was inberhalb des Staates anstatt zu einem Miteinander zu einem Gegeneinander der zahlreichen Klanfamilien führte. Diese waren bereits oft auch untereinander stark zerstritten, was in einer äußerst tiefgreifenden Fragmentierung resultierte. „Der Konkurrenzkampf innerhalb der Clanfamilien, der dazu führte, dass zu den Wahlen von 1969 insgesamt 88 Parteien zur Wahl antraten, ließ eine Atmosphäre der Unzufriedenheit und des Misstrauens in die parlamentarische Demokratie entstehen" (ebd.: 27). Die Unzufriedenheit spitzte sich immer weiter zu bis sie im selben Jahr vollkommen eskalierte. Am 15. Oktober im Jahr 1969 entluden sich die Spannungen mit dem Mord an Präsident Abdirashid Ali Shermarke. Wenige Tage nach dem Attentat „besetzte das Militär am 21.10 (…) alle wichtigen Stellen in Mogadischu, verhaftete alle Parlamentarier und übernahm die Macht. Gleichzeitig setzte das Militär die Verfassung außer Kraft, löste die Nationalversammlung auf, hob den Höchsten Gerichtshof auf und erließ ein Verbot aller Parteien" (ebd.: 27f.). Diese Reihe von Ereignissen markierte das vorläufige Ende der demokratisch verfassten Republik Somalia. Das Militär machte keinerlei Anstalten eine neue demokratische Ordnung aufzubauen, noch die erputschte Macht an eine zivile Regierung abzugeben. Vielmehr machte es sich daran die erworbene Macht zu festigen und zu institutionalisieren. „Der (…) eingesetzte ‚Supreme Revolutionary Council' [Herv. i. Orig.] (S.R.C.) gab am 1.11.1969 seine zukünftige Zusammensetzung bekannt: an der Spitze stand der General Siad Barre als Präsident der Republik, der von 24 Offizieren un-

terstützt wurde“ (ebd.: 28). In den folgenden Jahren wurden von der neuen Regierung Maßnahmen zur Modernisierung Somalias durchgeführt, welche durchaus Früchte trugen. So gab es Reformen des Gesundheits- und des Bildungssystems, die eine maßgebliche Verbesserung der damaligen Verhältnisse mit sich brachten.

> *„Die vom Staat sichergestellte ärztliche Versorgung sorgte für den Anstieg der durchscnittlichen Lebenserwartung der Menschen. Durch die Reformen im Bildungswesen entwickelte sich Somalia con einem Land mit der höchsten Analphabetismus-Rate zu einem Land, in dem das Niveau der Volksbildung im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern vorbildlich war“ (ebd.: 28f.).*

Auch wenn die Militärregierung um Barre vor allem in den ersten Jahren für sich sprechende Erfolge erzielen konnte, sollten die nächsten Jahre ein große Herausforderung für ihre Herrschaft werden.

Der Ogaden-Krieg und der Kollaps des Regimes

Die relativ erfolgreichen Jahre zu Beginn des Regimes, fanden Mitte der 1970er Jahre ein jähes Ende. Die Ursachen dafür sind verschiedener Natur. So wurde Somalia ein Opfer von Naturkatastrophen. Eine Dürreperiode Mitte der 1970er Jahre hatte katastrophale Auswirkung auf die Nahrungsmittelversorgungsstrukturen. Das Land war nicht mehr in der Lag sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen, weshalb „Somalia (…) erstmals Mitte der siebziger Jahre zu einem Empfänger humanitärer Hilfe [wurde]“ (Bakonyi 2011: 215). Ein anderer Problemfall war jedoch eher interner Natur. So kam es, dass „im Juli 1976 (…) der S.R.C. zurück [trat], wonach Siad Barre die Gründung der ‚Somali Revolutionary Socialist Party‘ [Herv. i. Orig.] (S.R.S.P) sowie eines Politbüros und eines Zentralkommitees bekanntgab, an deren Spitze der Präsident stand“ (Sheikh et al. 2010: 29). Auch außenpolitisch durchlebte Somalia höchst unruhige Zeiten. So resultierten andauernde Gebietsstreitigkeiten mit Äthiopien im Mitte 1977 beginnenden Ogaden-Krieg. Bei Ogaden handelt es sich um eine zu Äthiopien gehörende Region, in der viele ethnische Somalier leben. Somalia und Barre haben aufgrund dieses Sachverhalts die Ansprüche auf diese angemeldet. Doch „bereits am 9. März 1978 erklärte Siad Barre, dass sich die somalischen Truppen auf die Bitte der Vereinigten Staaten hin aus dem Ogaden-Gebiet zurückziehen und dass die russischen und kubanischen Streitkräfte ebenfalls das Gebiet verlassen werden. Somit erkannte Siad Barre die Äthiopier als Sieger an“ (ebd.). Trotz der zeitlich gesehen, verhältnismäßigen kurzen kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Nachbarland Äthiopien, hatte diese ausgereicht um eine neue Problemlage zu schaffen. So „flohen Tausende in den Grenzregionen Äthiopiens lebende Menschen (…) vor

dem Krieg und vor Vergeltungsmaßnahmen der äthiopischen Armee nach Somalia“ (Bakonyi 2011: 216). Die somalische Nahrungsproduktion, die sich noch immer nicht von der Dürre 1974-1975 erholt hatte, war nicht in der Lage die zusätzliche Menge an Menschen zu versorgen. „Unter der Oberaufsicht des UNHCR[12] belieferten bald über 30 Organisationen aus verschiedenen Ländern Somalia mit Lebensmitteln und anderen Gebrauchsartikel“ (ebd.: 216f.). Durch weitere Dürren in dieser zeitlichen Spanne, wurde die Situation der Vieh- und Landwirtschaft immer schlimmer. Somalia war somit dauerhaft auf internationale Hilfe angewiesen mit weitreichenden Folgen. „Die Mehrzahl der Flüchtlingslager wurden zu permanenten Einrichtungen, in denen insgesamt übereine halbe Million Menschen länger als ein Jahrzehnt durch internationale Spenden versorgt wurden“ (ebd.: 218). Der verlorene Krieg um die Ogaden-Region hatte jedoch nicht nur humanitäre Auswirkungen. Auch innenpolitisch fand sich das Regime von Barre in Bedrängnis wieder. „Nach dem verlorenen Ogaden-Krieg sah sich Präsident Siad Barre heftiger Kritik aus den Reihen der Offiziere, insbesondere der Angehörigen des Majerten-Clans ausgesetzt“ (Sheikh et al. 2010: 30). Doch nicht nur die politischen Eliten wandten sich allmählich von ihm ab. „Nach der Niederlange im Ogaden-Krieg sank (…) die Popularität des Präsidenten unter der Bevölkerung erheblich, und nur mit verschärften Repressionen konnte Siad Barre seine Macht erhalten“ (ebd.). Angesichts des fehlenden Rückhalts des Präsidenten, ist es wenig verwunderlich, dass es im April 1978 zu einem Putschversuch, angeführt vom Majerten-Klan, gegen diesen kam. Seine Antwort auf diesen Umsturzversuch war im Gegenzug die Verhängung von noch mehr Repressalien gegen das Volk, insbesondere gegen die Majerten, um Staatsstreiche in Zukunft zu verhindern. „Die Regierung begann, systematisch die Menschenrechte zu verletzen und einen Krieg gegen große Teile der eigenen Bevölkerung zu führen“ (ebd.: 33). Im äthiopischen Exil lebende Somalier begannen nun Widerstandsbewegungen wie die SNM[13] oder die SSDF[14] zu gründen. Ihr Ziel war es durch gezielte Aktionen die Stimmung gegen den Präsidenten weiter anzuheizen und dessen Sturz herbeizuführen. „Im Mai begann die SNM mit militärischen Angriffen auf Nordsomalia, die zu einem Bürgerkrieg im Norden des Landes führten“ (ebd.). Barre und seinen Mitstreitern gelang es nicht den Konflikt lokal zu begrenzen, weshalb er sich im darauffolgenden Jahr auf die restlichen bis dahin unbetroffenen Teile Somalias ausbreitete. Immer mehr ehemalige Unterstützer wendeten sich nun vom Präsidenten ab und schlossen sich einer der Oppositionsbewegungen an, bzw. gründeten selbser welche. „Da sich Präsident Siad Barre einem breiten Widerstand aus seiner eigenen Clanfamilie (…) und dem Majerten-Clan

[12] United Nations High Commissioner for Refugees
[13] Somali National Movement
[14] Somali Salvation Democratic Front

sowie der Clanfamilie der Hawiye (…) ausgesetzt sah, entschloss er sich dazu, mit militärischer Härte gegen seine Kritiker vorzugehen“ (ebd.: 33f.). Somalias Elite versuchte die weitere Gewaltausübung zu verhindern um vor allem die Zivilbevölkerung vor weiterem Leid zu beschützen:

> *„elites, consisting oft he most notable politicians, religious leaders, professionals, amd members oft he business community (…) issued a manifesto to Siad Barre, who had seemed oblivious tot he fact, that Somalia was like sinking ship. They asked him to step down in order to save the society from an unprecedented collapse“ (Ingiriis 2012: 68).*

Der Appell verhallte jedoch ungehört. Die nochmalige Verschärfung des Vorgehens gegen seine Gegner, entwickelte aber nicht die gewünschte Wirkung. Im Gegenteil, er beschleunigte damit nur seinen eigenen Untergang. „Dieses Vorgehen führte zu einem blutigen Volksaufstand, der die Flucht Siad Barres am 26.1.1991 aus Mogadischu zur Folge hatte“ (ebd.: 34). In der Folge entbrannte ein Machtkampf um das Vakuum zu füllen, das durch die Absetzung Siad Barres entstanden ist.

Internationale Organisationen in Somalia

Die kriegerischen Handlungen, die zum Umsturz von Barres System führten, brachten neben der Chance für einen Neuanfang, auch unmittelbare Folgen für die Zivilbevölkerung mit sich. „Der Vormarsch der SNM löste 1990-1991 die Flucht Zehntausender aus“ (Bakonyi 2011: 219), die vorwiegend aus dem Norden des Landes stammten. Die Lage beruhigte sich nach der Flucht Barres aus Somalia jedoch weiterhin nicht. Der Bürgerkrieg, der nun zwischen den Widerstandsgruppen ausbrach und die damit verbundenen „Kampfhandlungen und die sich verstetigende Raub- und Plünderungsökonomie führten (…) zu schweren Versorgungsengpässen im südlichen Somalia“(ebd.). Da die Lage bezüglich der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung sowieso bereits mehr als angespannt war, brachten diese Entwicklungen dramatische Folgen mit sich. So fielen innerhalb kürzester Zeit über 200.000 Menschen dem Hunger zum Opfer. Dies geschah ohne jegliches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft, da sich aufgrund der gefährlichen Lage im Land ein großteil der Hilfsorganisationen zurückgezogen hatte. Als Reaktion auf diese humanitäre Katastrophe entschloss sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen „[to] [respond] with Resolution 751, which provided the legal framework for the United Nations Operation in Somalia (UNOSOM) as well as an agreement fort he immediate deployment of alimited contingent of fifty UN obersvers“ (Jeng 2012: 250). Aufgrund der dramatischen Entwicklungen in Somalia wurden die Pläne für diese Mission zwar mehrmals angepasst, schlussendlich kam man jedoch zu dem Schluss, dass das be-

schlossens Mandat der Situation nicht gerecht werde und legte in Folge dessen UNOSOM ad acta. Der Sicherheitsrat stattete die neue Mission mit einem umfassenderen Mandat aus. Er „authorised (…) a mandate to use all necessary means to establish a secure environment in Somalia“ (ebd.: 252). Auf dieser Grundlage kam es nun zur Entsendung von UNITAF, die auch ‚Operation Restore Hope‘ genannt wurde. Die von den USA geführte Operation war im wahrsten Sinne des Wortes außergewöhnlich. „Im Rahmen der Operation Restore Hope [Herv. i. Orig.9 wurden zum ersten Mal in der Geschichte der UNO-Blauhelme zur Friedenserzwingung (peace-enforcing) und damit zum Einsatz von Zwangsmaßnahmen und Gewalt gegen Akteure ermächtigt, die den Transport von Hilfsgütern behinderten“ (ebd.: 221). Das von der UN erteilte Mandat deckte somit zum ersten Mal bei einem Blauhelm-Einsatz die Ausübung von Gewalt nicht ausschließlich zum Zwecke der Selbstverteidigung ab, sondern erlebte diese auch zur Durchsetzung der Mandatszielsetzung. Eine aktive Parteinahme zu Gunsten einer der Konfliktparteien war aber weiterhin ausgeschlossen. Die Verteilung von Hilfsgütern stand hier im Vordergrund. Die Mission entwickelte sich zu einem umfassenden Erfolg, so dass „die dringlichste humanitäre Krise (…) nach wenigen Wochen als beendet [galt]“ (ebd.: 222). Von diesem geblendet, beschloss der UN-Sicherheitsrat zu Beginn des Jahres 1993 eine an UNITAF direkt angegliederte Folgemission mit dem Namen UNISOM II zu entsenden. Mit ihr ging ebenfalls eine Verschiebung des Schwerpunkts des primären Missionsziels einher. „Nicht mehr humanitäre Versorgung stand nun im Mittelpunkt, sondern eine Befriedung und der Wiederaufbau staatlicher Strukturen“ (ebd.). Im Gegensatz zu UNITAF war UNOSOM II eine vollkommene Enttäuschung, da sie ihr ausgegebenes Ziel nicht erreichte und in einem Fiasko für die Vereinten Nationen und allen beteiligten Staaten, vor allem für die USA, endete. Es gibt vor allem zwei Hauptgründe für das Scheitern, die im Folgenden vorgestellt werden sollen. Eine Problematik war die Zielsetzung an sich. Der Anspruch Somalia und seine staatlichen Strukturen neu aufzubauen waren von Anfang an zu ambitioniert und die Mission nicht entsprechend ausgerüstet und vorbereitet: „UNOSOM II (…) hatte als strategisches Ziel die vollständige Wiederherstellung des somalischen Staates, inklusive Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Durchführung dieses herausfordernden Auftrags fehlten den Vereinten Nationen jedoch die erforderlichen taktischen Mittel“ (Wolf 2010: 117). Die Mission unterschätzte die Stärke der Fragmentierung, der auf Klanstrukturen basierenden und zu einem großen Teil miteinander zerstrittenen somalischen Gesellschaft. Dieser nicht hinreichenden Realisierung dieses Aspektes ist es geschuldet, dass es nie gelang alle somalischen Interessengruppen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und einen Neustart für das Land durchzuführen. Als zweiten Hauptgrund für das Scheitern von UNOSOM II ist die mit dem Laufe der Operation immer weiter voranschreitenden Diskreditierung der interna-

tionalen Akteure geschuldet: „Diskreditiert durch den schwerwiegenden Eingriff in innersomalische Angelegenheiten, vermochten es die Vereinten Nationen und die USA nicht, den somalischen Widerstand gegen UNOSOM II einzudämmen“ (ebd.). Da wie vom ersten genannten Gund für das Scheitern der Operation bekannt, standen nicht ausreichend taktische Mittel zur Verfügung, um die Intervention zum Erfolg zu führen. Aufgrund dieser Tatsache wurde das Handeln der Vereinten Nationen und ihrer Partner als Verschlimmerung der bereits katastrophalen Lage Somalias wahrgenommen, was sich in der Zunahme der Missgunst gegenüber diesen innerhalb der Bevölkerung wiederspiegelte. Als Konsequenz gab es nun immer öfters gewaltsame Übergriffe auf die Blauhelm-Truppen von Seiten der somalischen Bevölkerung, was letzten Endes eine katastrophale Auswirkung auf die weitere Entwicklung von UNOSOM II hatte. „Der militärische Apparat der UN verselbstständigte sich gegenüber den humanitären und politischen Zielen (…). Die UN avancierte zur Krieg führenden Partei und nahmen bei ihren Einsätzen hohe Opfer unter der Zivilbevölkerung, zu deren Schutz sie ursprünglich angetreten waren, in Kauf“ (Bakonyi 2011: 223). Schlussendlich war man in einem Teufelskreis angelangt, da durch die Gewalt der UN-Truppen, diese weitere Feindseligkeit in der somalischen Bevölkerung gegen sich selbst schürte. Da diese Entwicklungen nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten, stand am Ende von UNOSOM II ein vernichtendes Zeugnis: „Im März 1995 endete die erste humanitäre Intervention der UN. Sie hatte während ihres über zweijährigen Einsatzes keines ihrer politischen Ziele erreicht“ (ebd.). Das durch diese Mission gegenüber Interventionen externer Akteure gesäte Misstrauen, auch wenn diese eigentlich zur Verbesserung der Lage Somalias beitragen sollten, besteht bis in die Gegenwart fort und ist auch ein Problem, mit dem sich AMISOM konfrontiert sieht.

Die Zeit zwischen der Beendigung von UNOSOM II und AMISOM

In den nächsten Jahren nach Ende von UNOSOM II gab es keine Versuche externer Akteure Ordnung in Somalia zu schaffen. Auch die zerstrittenen Klans konnten keine Einigung erzielen, wie es mit dem Land weitergehen soll. Drei Konferenzen, die vom Nachbarland Äthiopien veranstaltet wurden verliefen ohne jegliches Ergebnis. Ein Erklärungsversuch dafür ist, dass „der Ablauf dieser drei Konferenzen (…) deutlich gemacht [hat], dass Äthiopien kein Interesse an einer Einigung der somalischen Clans hatte, sondern den Konflikt durch das Taktieren mit bestimmten Clans eher anheizte“ (Sheikh 2010: 96). Ein Durchbruch bei dem Versuch einer Wiederetablierung von staatlichen Strukturen in Somalia gelang erst im Jahr 2000. „In August 2000, select Somali clan leaders gathered in Djibouti at the urging oft he international community. At this meeting they established the Transnational National Government

(TNG)" (Leeson 2007: 707). Zu einer wirklichen Verbesserung der Lage in Somalia, konnte die neue Übergangsregierung nicht beitragen. Das ist weniger ihr geschuldet, sondern der mangelnden Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft und der somalischen Stammesfürsten. Mehr oder weniger auf sich alleine gestellt, war die TNG quasi handlungsunfähig. „The terms oft he TNG expired in 2003. This gave rise in 2004 to the Transitional Federal Government (TFG), leb by Abdullahi Yusuf Ahmed" (ebd.). Doch auch ihr blieb der unmittelbare Erfolg verwehrt.Schuld daran waren die erstarkenden Islamischen Gerichtshöfe, die zu Beginn des neuen Jahrzehnts entstanden. „In 2000 the various ‚independent' [Herv. i. Orig.] Islamic Courts of south Mogadishu formed a Joint Islamic Courts Council. The joined up courts also combined their respectived court militias to create the first significant non-warlord-controlled (…) military force" (Barnes et al. 2007: 153). Aufbauend auf dieser erweiterten sie immer weiter ihre Macht, wobei es ihnen erstmals seit langer Zeit gelang, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Äthiopien verfolgte diese Entwicklung mit großer Skepsis, da sie die Etablierung eines fundamentalistischen Staates an ihrer Grenze befürchteten. Da sie offen die TFG unterstützten, waren die Beziehungen die beide Seiten miteinander führten dementsprechend schlecht. Die islamischen Gerichtshöfe hatten jedoch intern auch mit anderen Gegnern differenzen. Diese brachen zu Beginn des Jahres 2006 in einen bewaffneten Konflikt aus: „Fighting (…) broke out in February between the Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism (ARPCT[15]) and militas loyal to the Union of Islamic Courts (UIC)" (Peace and Security Council 2007a: 1). Diese Auseinandersetzungen endeten Mitte 2006 "in the de-feat of the ARPCT" (ebd.) sowie „with the UIC emerging in control of Mogadishu and its environs" (ebd.). Die Niederlage der ARPCT hatte auch Auswirkungen auf die von der äthio-pischen Regierung in Amt gesetzten TFIs. So wurde es durch den Erfolg der UIC erheblich unwahrscheinlicher, dass die TFI die Kontrolle über Somalia gewinnt und die Lage im Land stabilisieren kann. Die Afrikanische Union zieht aus den Ereignissen folgenden Schluss: „the (…) prevailing situation demonstrated, more than ever before, the need for concerted support to the TFG to enable it assert ist authority and lead efforts to re-establish peace and security in the country" (ebd.). Um die Situation zu stabiliseren und zu beruhigen, wird von der internati-onalen Gemeinschaft der Versuch unternommen vor allem zwischen der TFG und den UIC zu vermitteln. Hier hat sich vor allem die Liga der Arabischen Staaten hervorgetan, die eine mehrteilige Gesprächsrunde unter Teilnahme beider gegenüberstehender Parteien in der suda-nesischen Hauptstadt Khartoum am 22. Juli 2006 organisierte (vgl. ebd.: 2). Die erste Runde der Gespräche war insofern erfolgreich, als dass

[15] Bei der ARPCT handelt es sich um eine „coalition of warlords" (Kaplan 2006). Kaplan zufolge, existieren „wide-spread reports the United States was providing financial support to the ARPCT" (ebd.).

TFG und UIC sich darüber einigten „to rec-ognize each other, to refrain from any provocative or hostile action and to continue discus-sions without pre-conditions“ (ebd.) Wie sich aber allzu bald herausstellen sollte, nahmen es beide Seiten mit der Einhaltung dieser drei Punkte nicht allzu genau. So warfen sie sich bereits vor Beginn der zweiten Gesprächsrunde vor, die getroffenen Vereinbarungen aus dem ersten Treffen – vor allem der Verzicht auf jegliche Handlungen provokativer und feindlicher Natur – nicht berücksichtigt zu haben. „While the TFG pointed to actions taken by the UIC to assert and expand its authority in the country, the latter accused the Government of inviting Ethiopian troops into Somalia“ (ebd.). Trotz all dieser gegenseitigen Anschuldigungen, nah-men beide Seiten am zweiten Treffen in Khartoum teil. Die Gesprächsrunde konnte nach ihrer Beendigung, gemessen an der von beiden unterzeichneten Vereinbarung zur Befriedigung des Landes, als Erfolg bezeichnet werden. TFG und UIC einigten sich darauf

> *„to a) reconstitute the Somali national army and national police force and work towards the re-integration of the forces of the UIC, the TFG and armed militias once an agreement on a political programme was in place; b) practice the principle of peaceful co-existence between Somalia and its neighbors; c) discuss remaining aspects, including political, power-sharing and security issues in a third round of talks; and d) meet in Khartoum for a third round of talks on 30 October 2006“ (ebd.).*

Optimismus bezüglich weiterer Einigungen beider Seiten im Rahmen der dritten Gesprächsrunde schien durchaus berechtigt. Diese Hoffnungen wurden jedoch innerhalb kurzer Zeit zunichte gemacht, da die UIC gegen die im ersten Treffen gemachte Abmachung des Verzichts auf jegliche Form von Vorbedingungen für zukünftige Gespräche verstieß. „The UIC, while expressing a willingness to rejoin the dialogue, set conditionalities, namely, the withdrawal of Ethiopian troops from Somalia and that Kenya should not co-chair the sessions“ (ebd.). Die Folge war die Aussetzung von weiteren Gesprächsrunden. Die Beendigung des Dialogs ging mit einer Verschärfung des gegenseitigen Umgangs und der Gesamtsituation einher. Der Präsident der TFG „Abdullahi Yusuf claimed that the Union was linked to international terrorists and was receiving material support from foreign forces” (ebd.: 3). Die Antwort der UIC ließ nicht lange auf sich warten. So rief ihre Führung zum „‘Jihad‘ [Herv. i. Orig.] against Ethiopia“ (ebd.) auf. In Kombination „with its aggressive attempts to extend its authority throughout Somalia, including by attacking the areas controlled by the TFG[16], renewed fears in the international community that a confrontation was increasingly likely, with far-reaching regional implications“ (ebd.). Durch die ausgesprochene Drohung der UIC sah sich die äthiopische Regierung zum Handeln gezwungen. Als unmittelbare Konsequenz „the

Ethiopian forces intervened in Somalia during the last week of December 2006" (ebd.). Nach kurzer Zeit kristallisierte sich heraus, dass die äthiopischen Truppen die Oberhand gewonnen hatten, da die UIC ihnen nichts entgegensetzen konnte. Folglich verloren sie die Kontrolle über Mogadischu und andere Landesteile. „The TFG has now gained control over the country" (ebd.: 4) und war somit der unmittelbare Profiteur der äthiopischen Intervention. Obwohl die UIC praktisch handlungsunfähig geworden ist, blieb die Lage in Somalia problematisch, weshalb „the TFG has requested the Ethiopian Government to its troops in Somalia until the full stabilization of the country" (ebd.). Um der chaotischen Lage Herr zu werden handelte die TFG mit somalischen Warlords eine Abkommen aus, das vorsah, "to voluntarily disarm and assist the Government in the re-establishment of security. The former militiamen are to be vetted and integrated into the Somali security forces" (ebd.). Außerhalb Somalias wurden die Pläne für eine Befriedigung des Landes ebenfalls weiter vorangetrieben. Der AU-Kommissar für Frieden und Sicherheit als auch „the Foreign Minister of Kenya, (…) agreed that the deployment of a peace support mission should be a priority, so as to enable the TFG consolidate its authority. The Minister stressed the urgency of the deployment, which should be undertaken under the leadership of the AU" (ebd.). Dieses Vorhaben stieß auf die Zustimmung der internationalen Gemeinschaft. So äußerte sich die Somalia-Kontaktgruppe Anfang 2007 dahingehend, „that there was an historic opportunity for the Somali people to reach sustainable political solutions for Somalia, based on the framework of the Transitional Federal Charter" (ebd.). Aus ihrer Sicht sollte die Situation im Land durch "the deployment of a stabilization force in Somalia, based on resolution 1725 (2006)" (ebd.) befriedet werden. In diesem Zusammenhang wurde eine technische Kommission nach Somalia entsendet, "to gather (…) information that would form the basis of the (…) mission" (ebd.: 6). Aufgrund der gemachten Beobachtungen äußerte sich die Kommission, bezogen auf die Sicherheitslage in Somalia, mit dieser Aussage: „Given the inadequate and ill-equipped security forces of the TFG, the potential for resurgence of a major conflict, should the Ethiopian forces withdraw without the deployment of a peace and support operation, is assessed to be very high" (ebd.: 7). Die TFG ist dieser Schlussfolgerung nach nicht in der Lage, durch eigene Anstrengung Somalia zu stabilisieren, bzw. den gestellten Herrschaftsanspruch zu verteidigen. Hilfe von außerhalb ist deshalb für sie unverzichtbar. Mit dieser Tatsache im Hintergrund, sprach die entsendete Kommission die Empfehlung aus, „that an AU peace support mission be deployed in Somalia as soon as possible, with the mandate to provide support to the TFIs in their efforts towards the stabilization of the situation in Somalia and the furtherance of reconciliation and dialogue"

[16] Durch diese Aktion hat die UIC gegen die in Khartoum getroffene Abmachung, die u.a. die gegenseitige Anerkennung und den Verzicht auf feindliche Handlungen beinhaltet, ein weiteres Mal verstoßen.

(ebd.: 8). Die geplante Friedensmission sollte ihrer Meinung nach folgende Aspekte und Aufgabengebiete umfassen:

> *„- to provide, as appropriate, protection to the TFIs and their key infrastructure, to enable them carry out their functions;*
>
> *- to assist in the implementation of the NSSP[17], particularly the effective reestablishment and training of all inclusive Somali security forces, bearing in mind the programs already being implemented by some of Somalia's bilateral and multilateral partners;*
>
> *- to provide, within capabilities and as appropriate, technical and other support to the disarmament and stabilization efforts;*
>
> *- to monitor, in areas of deployment of its forces, the security situation;*
>
> *- to facilitate, as may be required and within capabilities, humanitarian operations, including the repatriation and reintegration of refugees and the resettlement of IDPs; and*
>
> *- to protect its personnel, installations and equipment, including the right of self-defense" (ebd.).*

All diese Punkte, die von der Kommission vorgelegt wurden, hat der Peace and Security Council der AU in das verabschiedete Mandat für AMISOM übernommen. Dieser war es auch, der festlegte, dass die Mission sich über sechs Monate erstrecken, sowie neun Infanterie-Bataillone je 850 Mann, von denen drei Bataillone sofort zu entsenden sind, umfassen soll (vgl. ebd 2007b: 2). Aus dem Communiqué geht ebenfalls hervor, dass die AU unmissverständlich davon ausgeht, „that the mission will evolve to a United Nations operation that will support the long term stabilization and post-conflict reconstruction of Somalia" (ebd.). Bereits bei der Entsendung war es für den Peace and Security Council klar, dass selbst über einen vergleichsweise kurzen Zeitraum von sechs Monaten, sich die Finanzierung von AMISOM als große Aufgabe erweisen würde und von der AU allein nicht getragen werden könnte. So macht sie gleich zu Beginn darauf aufmerksam, dass „the funding of the proposed operation will largely depend on the generosity and solidarity of AU member states and partners" (ebd. 2007a: 10) und ruft ihre Mitgliedsstaaten sowie internationale Partner in ihrem Communiqué vom 19. Januar 2007 dazu auf die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen (vgl. ebd. 2007b: 3). Neben dem finanziellen Aspekt gibt es noch einen weiteren Faktor von dem der Erfolg AMISOMs abhängt. Der sind die Somalis und ihre politische Führung selbst: „The Somalis and their leaders have a central role to play. The issues confronting Somalia are first and foremost of a political and governance nature" (ebd. 2007a 10).

[17] NSSP: National Securtiy and Stabilization Plan

AMISOM

In diesem Teilabschnitt der Arbeit, soll im Folgenden der Ablauf von AMISOM dargestellt werden. Hierzu werden zum einen die Geschehnisse, die sich zeitlich unmittelbar vor AMISOM ereigneten und zur Entsendung dieser geführt haben, knapp dargestellt. Zum anderen wird die Entwicklung der Mission seit ihrem Beginn im Jahr 2007 bis 2014 dargestellt. Grundlage dafür stellen die Berichte und Communiqués des Peace and Security Council der AU dar

Zusammensetzung von AMISOM

AMISOM kann im Sinne der vorgenommenen Begriffsdefinition zur Thematik Peacekeeping, als eine Extended Peacekeepingmission gesehen werden. Sie verfolgt deshalb einen breiteren Ansatz als klassische Friedensmissionen, wobei auch die Unterstützung einer Konfliktpartei und die Gewaltanwendung gegen eine andere mitinbegriffen sind. AMISOM umfasst insgesamt drei Komponenten. Dabei handelt es sich zum einen um ‚AMISOM Civilian Component', ‚AMISOM Police' und ‚AMISOM Military'. Laut Angabe des Peace and Security Council der AU, „the AMISOM civilian component (…) includes political affairs, civil affairs, humanitarian affairs, public information and mission analysis" (PSC 2013e: 19). Auf den ersten Blick wird bereits ersichtlich, dass dieser Bereich für die Erledigung einer Vielzahl von verschiedensten Aufgaben zuständig ist. Im Gegensatz dazu stehen die Polizei- und Militär-Komponente von AMISON, deren Tätigkeitsgebiete klarer und enger definiert sind. So bestehen für die Tätigkeit von ‚AMISOM Police' zwei Hauptaufgabenbereiche. Zum einen, „the police component supports the Somalia Police Force (SPF) by contributing tot he enhancement of ist operational, training, administrative and management capacity" (ebd.: 20). Zum anderen, „the police component also assists with the maintenanace of public order and the protection of civilians, especially vulnerable groups" (ebd.). Das Aufgabenspektrum beschäftigt sich hier also auf die Herstellung und Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und die Unterstützung der somalischen Polizei dahingehend, dafür selbst sorgen zu können. Die Aufgabe der Militär-Komponente besteht in der Bekämpfung jeglicher Aufständischer, die gegen die somalische Übergangsregierung Opposition ergreifen (vgl. ebd.). Auch hier liegt also das Augenmerk auf der Herstellung und Gewährleistung von Sicherheit.

Das Jahr 2007

Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM

Nachdem die Rahmenbedingungen und der Zweck des Einsatzes Ende Januar geklärt wurden und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit Resolution 1744 (2007) grünes Licht gab, „the Assembly of Head of States and Government called for the immediate deployment of AMISOM, and urged member States [sic!] to contribute troops, (…) as well as the logistical and technical support" (ebd. 2007c: 2). Am 6. März 2007 wurde dann durch Vertreter der Afrikanischen Union und der TFG das ‚Status of Mission Agreement' unterzeichnet. In diesem wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen von AMISOM festgelegt.

Um die rechtlichen Voraussetzungen für eine möglichst schnelle und reibungslose Entsendung zu gewährleisten, sorgte der UN-Sicherheitsrat für eine Hilfestellung, durch die Auflockerung der Resolution 733 (1992), indem er eine „exemption to the arms embargo" (ebd.) hinzufügte. Trotz all dieser Maßnahmen und dem Aufruf zu einer unverzüglichen Unterstützung von AMISOM, war zu Beginn des Missionsbeginns im März 2007 lediglich „the deployment of (…) two Ugandan battalions" (ebd.: 3) möglich. Andere Mitgliedsstaaten der AU wie Nigeria oder Ghana, haben ihre Versprechungen nicht in die Tat umgesetzt, weshalb AMISOM zu Beginn nur einen Bruchteil der ursprünglich vorgesehenen Truppenstärke verfügte. Nicht nur die Bereitstellung der Truppen verläuft nicht so wie ursprünglich vorgesehen. Auch der Mangel an finanziellen Mitteln und die unzureichende logistische Unterstützung sind Probleme, die den Start des Peacekeeping Einsatzes begleiten. Diese Problematik bewusst äußert sich der Peace and Security Council der AU wie folgt:

> *„**Notes with concern** [Herv. i. Orig.] that the lack of adequate fonancial and logistical support has seriously affected the deployment of the troops pledged by member States [sic!] for AMISOM (…). Council **reiterates** [Herv. i. Orig] its urgent call to the African Union member States [sic!] and partners to provide the necessary financial, logistical and technical support (…). **Council also urgently calls** [Herv. i. Orig.] on all member States [sic!] to contribute troops and other personnel required for AMISOM" (ebd. 2007d: 2).*

Obwohl der Start von AMISOM alles andere als rund verlief, betont der Peace and Security Council, dass „the performance of the Ugandan troops has been remarkable" (ebd. 2007c: 3). So war es ihnen u.a. möglich, die TFIs zu schützen, in den kontrollierten Gebieten zu patrouillieren und der Zivilbevölkerung Hilfe zukommen zu lassen (vgl. ebd.), obwohl „the Ugandan contingent also suffered some casualities, involving attacks by armed elements" (ebd.). In Anbetracht all dieser Probleme, welche AMISOM bewältigen muss, ist es eine umso größere Hilfestellung, dass „NATO, in response to a request by the Commission, agreed, in

principle, to provide strategic airlift for African Union member States [sic!] willing to deploy within the framework of AMISOM" (ebd.: 4)[18].

Gleichzeitig plädierten die AU und ihre Mitgliedsstaaten auf eine baldige Übernahme von AMISOM durch die Vereinten Nationen, da sie sich nicht in der Lage sahen sich über einen längerfristigen Zeitraum in Somalia zu engagieren. Im Rahmen der UN-Resolution 1744 (2007), "the Security Council requested the Secretary-General to send a technical assessment mission to the African Union Headquarters and Somalia (…) to report on the (…) possibility of a United Nations peacekeeping operation following the African Union deployment" (ebd.). Nachdem der UN-Generalsekrtär der Aufforderung nachgekommen ist und die gesammelten Daten der entsendeten Mission ausgewertet hat, präsentierte er die Ergebnisse dem Sicherheitsrat. Seiner Auffassung nach besteht die Möglichkeit, dass zwei potentielle Szenarien eintreten, unter denen eine Entsendung von Blauhelm-Truppen nach Somalia denkbar wäre. „The first scenario envisages a situation in south-central Somalia in which hostilities have ceased and all or most armed groups and communities have signed an agreement that would allow for external monitoring" (ebd.). In diesem Fall würde die UN ihre Aufgabe darin sehen, nachdem die gewalttätigen Auseinandersetzungen durch AMISOM beendet werden konnten, den Versöhnungsprozess weiter zu begleiten und bei dem Aufbau der staatlichen Institutionen in Somalia zu helfen. „Under the second scenario, the political process would have made insufficient progress or would have failed altogether. In parallel, the security situation would remain highly volatile or would have further detoriated" (ebd.). In einem solchen Fall wäre es notwendig, dass die entsendeten Truppen den Frieden erzwingen, in dem sie mit Waffengewalt beide Seiten dazu bewegen sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Jedoch sollen dabei keine UN-Truppen zum Einsatz kommen. Aus Sicht der Vereinten Nationen wäre „an operation mandated by the United Nations, mounted by and composed of a coalition of the willing with appropriate capabilities (…) be better suited" (ebd.). Beide Szenarien und die für beide Fälle angedachte Reaktion der UN lässt erkennen, dass es keinerlei Interesse von ihrer Seite gibt, dass Blauhelme in Kampfhandlungen involviert werden und dies somit um jeden Preis vermieden werden soll. Da noch nicht klar ist, in welche Richtung sich die Situation in Somalia entwickeln wird, „the Secretary-General recommended that the Security Council review the situation in Somalia again by mid-June 2007" (ebd.: 5), um dann eine angemessene Situation zu treffen. Er merkt jedoch schon an, dass „in view of the enormous needs of Somalia, a United Nations peacekeeping operation would have to be multidimensional" (ebd.) und „a

[18] Die Bedeutung der Bereitschaft der NATO zur logistischen Luftunterstützung ist in Anbetracht der „absence of the envisaged (…) air components" (ebd. 3), nicht zu unterschätzen.

large, very robust and mobile military force would be required“ (ebd.) um die Lage in Somalia nachhaltig zu verbessern.

Politische Lage

Trotz des schleppenden Beginns von AMISOM war es möglich, erste Erfolge beim innersomalischen Versöhnungsprozess zu erzielen. Dies wurde u.a. durch die Tätigkeiten des ugandischen AMISOM-Kontingents möglich, die den Schutz der TFIs und ihrer Vertreter garantierten. So gelang es „to bridge the differences that exist between some of the clans” (ebd.: 6), wodurch es möglich war das gegenseitige bekriegen dieser zu beenden und somit eine Erhöhung der Sicherheitslage zu erreichen. Um eine Beteiligung aller relevanten Gruppen am Versöhnungsprozess zu garantieren, „assurances [were] given by the TFG that the reconciliation (…) will be fully inclusive and that no clan or sub clan, or individual members of them who renounce violence and are selected by their clans, will be excluded from the reconciliation process” (ebd.: 7). Zur schnellstmöglichen und effektivsten Voranbringung des Prozesses, möchte die TFG einen nationalen Versöhnungskongress einberufen.

> *„The stated objective of the congress is to bring together, on a large scale and based on the 4.5 clan-based power sharing formula, representatives of all the clans, including the diaspora, to discuss issues of concern and chart out a roadmap for the remainder of the transitional political process in line with the Transitional Federal Charter“ (ebd.: 6).*

Die erste für den 16. April 2007 angesetzte Sitzung wurde bereits zweimal verschoben, damit weitere Gruppierungen die Möglichkeit wahrnehmen können, um am Versöhnungskongress teilnehmen zu können (vgl. ebd.: 7). Das kann als ermutigendes Zeichen aufgenommen werden, dass die verschiedenen Clans Somalias an Verhandlungen interessiert sind, was letzten Endes Hoffnung schürt, dass die Lage nachhaltig entschärft und befriedet werden kann.

Im Juli des Jahres 2007 konnte endlich der seit längerem geplante National Reconciliation Congress (NRC) veranstaltet werden. „Over 2,600 delegates took part in the Congress (…). However, some of the actors who could have contributed significantly to the NRC decided to stay away; these included a section of the Hawiye clan in Mogadishu, as well as opposition groups based abroad“ (ebd. 2008a: 1). Trotz dieser hohen Anzahl an Teilnehmern, war es möglich wichtige Fortschritte bei der innersomalischen Versöhnung zu erreichen. U.a. gelang es als Mediationsplattform zu fungieren, indem der „NRC went into bridging the existing inter-clan, as well as intra-clan differences“ (ebd.: 2). Zusätzlich „the Congress debated the programmes of the Government in general and sought to chart out a roadmap towards progress in governance and development“ (ebd.) und richtete „the request to the TFIs to implement all the

constitutional processes provided for by the TFC[19] that would lead to the achievement of federalism in the country, the conduct of a population census, and the holding of free and fair elections that would usher in a democratically elected government" (ebd.). Der NRC konnte also schon nach Beendigung der ersten Sitzung vielversprechende belastbare Ergebnisse, die zur Verbesserung der Situation Somalias dienen sollen, vorweisen. Ein wichtiger Beschluss der ebenfalls gefasst wurde, darf nicht vorenthalten werden. Im Gegensatz zu den anderen bereits erwähnten Ergebnissen, hat dieser mehr eine symbolische Wirkung. So machte der NRC „the announcement of an end to the civil war and conflicts that have torn Somalia apart since 1978" (ebd.). Die symbolische Wirkung ist hierbei nicht zu unterschätzen, da signalisiert wird, dass die seit Jahrzehnten andauernden gewalttätigen Auseinandersetzungen von nun an beendet sind und ein neues vielversprechendes Kapitel in der Geschichte Somalias aufgeschlagen wird. Das Transitional Federal Parliament (TFP) und die TFG möchten die neu gegründete Institution unterstützen, indem sie ihrer Stimme mehr Gewicht verleihen und die Legitimität stärken:

> *„The Transitional Federal Parliament (...) adopted (...) formal decisions to recognize the NRC, and undertook to institute legislation necessary for the implementation of the recommendations of the Congress. A similar undertaking to ensure the implementation of those recommendations was made by the President of the Transitional Federal Government" (ebd.).*

Die Absicht, die Vorschläge des NRC in die Tat umzusetzen, sollte schriftlich festgehalten. Zu diesem Anlass reisten die Vertreter von TFP, TFG und NGRC[20] nach Jeddah in Saudi Arabien. Dort, „under the auspices of King Abdullah, the Somali leaders signed, on 16 September 2007, an agreement regarding the implementation of the recommendations made by the NRC" (ebd.: 3).

Wie bereits erwähnt, gelang es dem NRC nicht alle Klans und Gruppierungen Somalias, sowie Teile der somalischen Diaspora zu inkludieren. Diese tragen sich zeitglich zur Unterzeichnung des Abkommens in Jeddah in Asmara, „where they held a parallel Congress [sic!], attended, among, among others, by representatives of UIC, (…) members of the Somali Diaspora and some clan leaders" (ebd.). Auch dieses Treffen verlief nicht ergebnislos. U.a. „the meeting agreed on the formation of an Alliance for the Liberation and Reconstitution of Somalia[21], with the stated aim of liberating Somalia from ‚Ethiopian occupation' [Herv. i. Orig.] and launching a political process that would involve all Somali stakeholders and rebuild the Somali state" (ebd.). Schon kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den oppositionellen Kräften in Asmara, wurde klar, dass dieses von keiner großen Bedeutung für

[19] Transitional Federal Charter

[20] National Governance and Reconciliation Committee (NGRC): Dieses Organ ist für die Organisation und die Durchführung des NRC verantwortlich (vgl. ebd.: 1).

Somalias Zukunft sein wird. Das dürfte vor allem an der Beteiligung der UIC liegen. Wegen ihrer Beteiligung sah sich die TFG gezwungen auf das Abkommen von Asmara und der Gründung der ALRS zu reagieren. In Folge „the TFG dismissed the Alliance as a terrorist one“ (ebd.). Auch „members of the opposition to the TFG, including from the Hawiye clan, disassociated themselves from Asmara conference and its outcome“, da sie sich nicht mit der ALRS und ihren Mitgliedern identifizieren konnten, obwohl sie der TFG ebenfalls kritisch gegenüberstehen.

Die eben beschriebenen Entwicklungen im Bereich der politischen Versöhnung Somalias, können durchaus als positiv und ermutigend gesehen werden. Jedoch werden sie von internen Zwist innerhalb der TFG begleitet, was das ansonsten optimistisch stimmende Gesamtbild erheblich trübt. Die Commission on the Situation in Somalia „witnessed heightened tension within the TFG, with a deepening rift between President Abdullahi Yusuf and Prime Minister Ali Gedi over issues of transparency and accountability, as well as diverging interpretation of the TFC regarding the term of office of the Prime Minister and the implications thereof“ (ebd. 2008a: 4) im Laufe des Jahres 2007. Der Konflikt zwischen den beiden Amtsträgern konnte letztendlich nur mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten gelöst werden. „He has (…) been replaced by Nur Hassan Hussien“ (ebd.). Neue Probleme liesen jedoch nicht lange auf sich warten.

Sicherheitslage und humanitäre Situation

Positive Entwicklungen, wie beim politischen Versöhnungsprozess, sucht man bei Sicherheitslage und der humanitären Situation vergebens. So merkt beispielsweise der Peace and Security Council der AU an, dass „the security situation in Somalia continues to be precarious. This has been particularly the case in Mogadishu” (ebd.). Obwohl die UIC in Somalia durch die Intervention Äthiopiens quasi in der Bedeutungslosigkeit versunken sind, stellen sie immer noch eine Bedrohung für die Sicherheit im Land dar. Es wird befürchtet, dass „while the Union of Islamic Courts (UIC) as an organization has been routed out, certain groups remain active, and some of them are in fact re-organizing as insurgents” (ebd.),was die Befriedigung Somalias um einiges erschweren würde. Die Befürchtung schien sich durch mehrere Ereignisse zu bestätigen. Zum einen, die Tatsache, dass „Mogadishu has been the scene of several attacks against the TFG troops and the Ethiopian forces” (ebd. 8). Des Weiteren konnte beobachtet werden, dass “Al Shabab elements belonging to the ICU (…) attacked the Bar-

[21] ALRS

gal area in (…) Puntland“ (ebd.). Andere „ICU[22] elements killed the district intelligence officer“ (ebd.) in Kismayo. Neben diesen von der UIC und Al-Shabaab ausgeführten Attacken kam es in der Region um Kismayo zu “inter-clan fighting between rival militas from the Marehan and Mijerteen sub-clans of the Darod” (ebd.). Diese in verschiedenen Regionen Somalias schwelenden Konfliktherde, hatten natürlich auch Einfluss auf die humanitäre Situation der Bevölkerung, die sich weiter verschlechterte. Von dieser Entwicklung war insbesondere Mogadischu betroffen. „The fighting which broke out in Mogadishu led to the displacement of about 400 000 people from the city, towards the south central region of Somalia“ (ebd.). Die Zahl der Menschen die aus der Hauptstadt geflohen sind, sollte bis zum Ende des Jahres weiter ansteigen. „The total number of civilians who fled the city in 2007 was estimated at about 600,000“ (ebd.2008a: 7). Neben der Unsicherheit in Mogadischu nennt der Peace and Security Council der AU weitere „secondary factors (…): (…) includ[ing] lack of livelihood and requests by the authorities that people evacuate some neighbourhoods to facilitate the search operations conducted by the Government [sic!] forces in order to rout out insurgent elements, as part of their efforts to restore security” (ebd.) als Ursachen für die Fluchtbewegungen. Kriegerische Auseinandersetzungen, verbunden mit Unsicherheit und die daraus folgenden Fluchtbewegungen erschweren die Lösung der bereits existierenden humanitären Situation erheblich. Zusätzlich können die Mitarbeiter von Hilfsorganisationen nicht mehr ungehindert ihre Arbeit verrichten, wie „incidents targeting the humanitarian organisations and workers“ (ebd.: 8) verdeutlichen. Dazu ist es nun auch immer öfter der Fall, dass „humanitarian efforts are (…) hindered by *ad hoc* [Org. i. Orig.] roadblocks, including on the Mogadishu/Afgooye road, which is a major area of humanitarian operations. (…) As a result, the cost of transportation has increased, while the delivery of much needed humanitarian assistance is being further delayed“ (ebd.). Die Sicherheitslage und die humanitäre Situation in Somalia haben sich somit weiter verschlechtert, da neue Kampfhandlungen begonnen haben, die auch die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaften zogen. Um den Mangel an humanitären Hilfsleistungen zumindest etwas zu lindern, „AMSIOM has continued to provide medical services, including treatment for minor illnesses, gunshot wounds, pregnant women and children (…). It also provides water to the populationresiding within the immediate surroundings of the Mission’s Headquarters, in Mogadishu” (ebd.).

Neben der schwierigen Situation auf dem Land, hat Somalia auch mit Problemen innerhalb ihrer maritimen Territorien zu kämpfen: „Somalia is one of the highest-risk areas for piracy in the world” (ebd.: 6). Neben der Gefährdung des internationalen Warenverkehrs, bringt die Piraterie vor den Küsten Somalias auch Folgen mit sich, unter denen das Land unmittelbar

[22] ICU ist eine alternative Bezeichnung für die UIC und steht für Islamic Courts Union.

selber zu leiden hat. „This situation, amongst others, poses a threat to the delivery of humanitarian assistance, especially since about 80% of the assistance to Somalia by the World Food Programme (WFP) is shipped by sea“ (ebd.: 7). Da weder Somalia noch AMISOM in der Lage sind der Piraterie Herr zu werden, verabschiedet der UN-Sicherheitsrat Resolution 1772 (2007):

> *„The United Nations Security Council, in its resolution 1772 (2007), 'encouraged member states whose naval vessels and military aircrafts operate in international waters and airspace adjacent to the coast of Somalia to be vigilant to any incident of piracy therein and to take appropriate action to protect merchant shipping, in particular the transportation of humanitarian aid, against any such act, in line with relevant international law" (ebd).*

Als Konsequenz, folgend aus all den aufgezählten Problemfeldern, empfiehlt der Vorsitzende der Commission on the Situation in Somalia, „to extend the mandate of AMISOM for an additional period of six months“ (ebd. 2007c: 10). Diese Empfehlung wurde vom Peace and Security Council angenommen, so dass das Mandat bis Januar 2008 verlängert wurde.

Das Jahr 2008

Politische Lage

Nach den unerfreulichen Entwicklungen im Jahr 2007, die zur Entstehung der ALRS geführt hatten, gab es im Bereich der politischen Wiederversöhnung im Folgejahr positivere Neuigkeiten zu vermelden. So konnte mit der ‚Alliance for the Re-Liberation of Somalia' (ARS) ein Abkommen über einen Waffenstillstand und eine zukünftige Zusammenarbeit getroffen werden. Die in Djibouti stattfindenden Gespräche, „[were] building on the spirit generated by the NRC" (ebd. 2008b: 1) und wurden mit „the signing of an Agreement [sic!] between the TFG and the ARS on 9 June 2008" (ebd,) erfolgreich abgeschlossen.

„In the Agreement [sci!] (...) the parties made proposals with respect to:

- *restoring trust, confidence and ending the conflict*[23]*;*
- *ensuring the cessation of all armed confrontation and a political settlement for a durable peace;*
- *promoting a peaceful environment and avoiding a security vacuum;*
- *facilitating the protection of the population*[24] *and the unhindered delivery of humanitarian assistance and,*

[23] „Effective ceasefire between the parties, starting from 5 November 2008" (ebd. 2008d: 2).
[24] Zu diesem Zweck möchten TFG und ARS 10.000 Polizeikräfte ausbilden (vgl. ebd. 2008d: 2).

- *convening of a reconstruction and development conference" (ebd. 2008b: 1).*

Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang zwei Details. Zum einen, dass TFG und ARS "request the United Nations, (…) within a period of one hundred and twenty (120) days, to authorize and deploy an international stabilization force from countries that are friends of Somalia excluding neighboring states" (ebd.: 2). Und zum anderen, dass ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung „within a period of 120 days (…), that the TFG will act in accordance with the decision that has already been taken by the Ethiopian Government [sic!] to withdraw its troops from Somalia after the deployment of sufficient number of UN Forces" (ebd.).Diese Aufforderung an die UN erklärt sich daraus, dass die ARS darauf besteht, dass sich die äthiopischen Truppen aus Somalia zurückziehen. Weil die TFG aber nicht in der Lage ist alleine für Sicherheit in Somalia zu sorgen, ist es notwendig, dass von der UN bereitgestellte Truppen diese Aufgabe übernehmen.

Um eine erfolgreiche Umsetzung der vereinbarten Punkte zu gewährleisten, werden zwei Komitees gebildet, die sich auf verschiedene Teilbereiche des Abkommens konzentrieren sollen. Dabei handelt es sich um das Joint Security Committee[25] to follow up the implementation of security arrangements" (ebd.) und das „High Level Committee[26], chaired by the UN, (…) to follow up on issues relating to the political cooperation between the Parties [sic!] and concerns over justice and reconciliation" (ebd.: 3). Die Aufgaben der beiden Komitees werden in Abb. 1 detailliert dargestellt. Um den Friedensprozess voranzutreiben und die ARS weiter in den Prozess zu inkludieren, sollen Anpassungen am institutionellen Aufbau der TFIs

Komitee	Aufgabengebiete
Joint Security Committee (JSC)	1. „establishing liaison between the parties for the purpose of addressing cooperation on political issues in a peaceful manner" (Peace and Security Council 2008c: 2) 2. „investigating reported breaches in the Agreement and bringing the findings of those investigations before the Committee for decision" (ebd.) 3. „finding appropriate, peaceful solutions in the event of the breach of the Agreement" (ebd.) 4. „facilitating humanitarian access and assistance"

[25] JSC
[26] HLC

High Level Committee (HLC)	1. „establishing liaison between the parties for the purpose of addressing cooperation on political issues in a peaceful manner“ (ebd.) 2. „finding appropriate, peaceful solutions for the full implementation of the Djibouti Agreement” 3. „addressing, at an appropriate time, issues of justice and reconciliation in Somalia“ (ebd.) 4. „encouraging humanitarian access and assistance“ (ebd.)

Abb.2 Tabellarische Darstellung der Aufgabengebiete von JSC und HLC

vorgenommen werden. „The HLC (…) reached an agreement on a number of guiding principles as a framework to strengthen the committments of the parties on political cooperation, particularly regarding the envisaged unity government and an inclusive Parliament [sic!]“ (ebd. 2008d: 2). Zu diesem Zweck wurde vereinbart, das Parlament um 200 Sitze für Vertreter der ARS und um 75 weitere Sitze für Mitlgieder der Zivilgesellschaft zu erweitern (vgl. ebd.).

Dieses erweiterte Parlament „will have the responsibility to elect the new leadership of the Transitional Institutions“ (ebd.). Somit könnte dadurch gewährleistet werden, dass Mitglieder der ARS sowohl im Parlament, als auch in einer möglichen Regierung vertreten sind. Außerdem einigten sich beide Seiten über eine Veränderung der Übergangszeit, an deren Ende ein demokratisch gewähltes Parlament und eine durch dieses gewählte Regierung stehen soll: „the parties also agreed on a proposal to extend, by two years, the transition period provided for by the Transitional Federal Charter (TFC)“ (ebd.: 2.f.). Das Djibouti-Abkommen hat auch direkte Auswirkungen auf AMISOM. So hat sich die Geleitschutz-Mission nun erweitert und erstreckt sich über den Schutz der TFIs und ihrer Vertreterhinaus. „AMISOM is [also] providing protection to (…) ARS officals, who have now agreed to be part of the envisaged Government of National Unity and the inclusive Parliament [sic!]“ (ebd.: 3).

Nachdem ein Machtkampf zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten mit der Entlassung des Letzteren beendet wurde, gab es die Hoffnung, dass solche und ähnliche Probleme in Zukunft der Vergangenheit angehören würden. Diese Hoffnungen wurden jedoch im Jahr 2008 enttäuscht. Im Zentrum der Streitigkeiten war wieder das Verhältnis von Präsident und Ministerpräsident. Der Grund dafür war dieses Mal „a decision taken on 29 July 2008 by a Cabinet meeting chaired by the Prime Minister to remove Mohamed Dheere from his posi-

tion as Mayor of Mogadishu and Governor of the Benadir region, a decision which was not accepted by the President at that time. Eleven ministers out of (…) 15 (…) resigned in support of the President" (ebd. 2008b: 3). Die Lage konnte nur durch einen Vermittlungsversuch von außen entspannt werden. Nachdem die äthiopische Regierung erfolgreich zwischen Yusuf und Hussien vermitteln konnte, wurde dies besiegelt, indem sie beide ein Papier unterzeichneten, das festlegte, wie ein zukünftig besseres gegenseitiges Verständnis und eine verbesserte Zusammenarbeit erreicht werden können. „President Abdullahi Yusuf (…) and Prime Minister Nur Hassan 'Adde' [Herv. i. Orig.] signed a Roadmap [sic!] for the Implementation [sic!] of the Understanding [sic!] (…) in Addis Ababa" (ebd.). Der Streit war jedoch nur oberflächlich gelöst. Sowohl der Präsident, als auch der Ministerpräsident unternahmen keine der vereinbarten Schritte zur Überwindung der Differenzen. Bei einem regionalen Sondergipfel zu der Problematik, das 13th Extraordinary Summit of IGAD[27] am 29. Oktober 2008, äußerten die Vorsitzenden „profound concern regarding the political paralysis in Somalia, and regretted the lack of unity and unhelpful competition among the leadership of the TFIs" (2008d: 4). Beide Kontrahenten wurden nochmals in die Pflicht genommen, ihre Zusagen einzuhalten. Um dem auf dem Summit getroffenen Vereinbarungen zusätzlich Nachdruck zu verleihen, „the IGAD Council of Ministers met (…) to review the prevailing political and security situation in Somalia" (ebd.: 5) und „decided, with immediate effect, to impose targeted sanctions, including travel ban and asset freeze, against all those in and outside Somalia who have become obstacles to the achievement of peace, and called on the AU and the UN Security Council to do the same" (ebd.). Die Androhung von Sanktionen rief letzten Endes eine Reaktion hervor, auch wenn diese nicht so ausfiel, wie es beabsichtigt wurde. So kam es, damm „on 14 December 2008, President Abdullahi Yusuf announced, in a press conference (…), his decision to dismiss Prime Minister, Nur ‚Adde' [Herv. i. Orig.]" (ebd.). Der geschasste Premierminister widersetzte sich jedoch dem Rauswurf. Er beruft sich dabei auf den „overwhelming support he received from Parliament [sic!] through a vote of confidence (…). (…) Based on the provisions of the TFC, the Prime Minister can only be removed with the concurrence of the Parliament" (ebd.). Nur 'Adde' ging, gestärkt von diesem Vertrauensvotum, in die Offensive und schlug ein neu zusammengestelltes Kabinett vor, da wie bereits erwähnt, 11 Minister ihr Amt aus Protest gegen sein Vorhaben niedergelegt hatten. Auch hier kann sich der Premierminister als Sieger sehen, da „on 15 December 2008, the TFP approved by 143 against 27 votes the Cabinet [sic!] proposed by the Prime Minister" (ebd.).

[27] Intergovernmental Authority on Development: Hierbei handelt es sich um eine im Jahr 1996 gegründete regionale Organisation für die Staaten die Osten des Kontinents am Horn von Afrika liegen. Ziel dieser ist es die Entwicklung der Mitglieder voranzutreiben sowie die Verbreitung von Frieden und Stabilität in der Region zu unterstützen.

Sicherheitslage und humanitäre Situation

Die Sicherheitslage bleibt weiterhin angespannt. „Insurgent activities continue to spread into the countryside, especially in Central and South Somalia, with the objective of dislodging TFG forces. Thus, on 22 August, insurgents affiliated to Al Shabab took control of the city of Kismayo" (ebd. 2008c: 4). Unter der Ausbreitung der Konflikte über weite Teile Somalias, hatte vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden. Dies wurde vor allem bei der Eroberung der strategisch wichtigen Küstenstadt Kismayo sichtbar. „About 25,000 civilians were displaced and are reported to be in need of urgent assistance, including food, water, medical supplies and non-food items, while dozens of others were killed or wounded" (ebd.). Von Seiten des Peace and Security Council der AU wird davon geredet, dass „the overall security situation in South Central Somalia has seriously deteriorated" (ebd. 2007d: 7). AMISOM, äthiopische Soldaten und die Truppen der TFG mühen sich ab, die Lage so gut wie möglich unter Kontrolle zu behalten. Jedoch, in Anbetracht der Tatsache, dass AMISOM noch bei weitem nicht die geplante Stärke erreicht hat, verwundern die jüngsten Entwicklungen nicht. Hinzu kommt außerdem „the weakness of the government forces and the fact that the TFG is unable to ensure the regular payment of salaries. In actual fact, the TFG has stopped paying salaries since January 2008" (ebd.: 8). Es ist logisch, dass das Fehlen von finanziellen Mitteln zur Bezahlung der Soldaten für die TFG und den Staat Somalia katastrophale Folgen hat. Die ausgesetzten Soldzahlungen bringen als unmittelbare Konsequenz mit sich, dass „the morale of these forces is very low" (ebd.). Auch der schlimmste annehmende Fall ist für die TFG eingetreten: „a number of desertions and illegal sales of arms, including to insurgents, have been reported" (ebd.). Da ihre Kontrahenten mehr mit eigenen, internen Problemen zu kämpfen hatten, ist es wenig erstaunlich, dass „the insurgents pushed further from Kismayo and captured Merka, using the latter as a spring board to attack Mogadishu. By the end of November, the Al Shabaab and their allies were in control of most of the strategic towns in the Lower Shebelle and the immediate areas North-East [sic!] of Mogadishu" (ebd.).

Die Ankündigung des Rückzugs der in Somalia stationierten äthiopischen Truppen zum Ende des Jahres 2008, was im Rahmen des Djibouti-Prozesses vereinbart wurde (vgl. ebd.: 6f.), ist im Kontext der Geschehnisse ein herber Rückschlag. Somit wird das Unterfangen Somalias Sicherheitslage zu stabilisieren noch schwerer umsetzbar. Es steht die Befürchtung seitens der AU im Raum, dass „the withdrawal of the Ethiopian troops before AMISOM could be reinforced or the deployment of an international stabilization force would create a vacuum" (ebd.). Um dieser Befürchtung entgegen zu wirken versicherte der äthiopische Außenminister,

dass „Ethiopia had a moral obligation towards AMISOM and would do whatever it can to ensure that ist withdrawal did not harm the Mission [sic!]“ (ebd.).

Auch im Kampf gegen die Piraterie kann kein Erfolg vermeldet werden. AMISOM und die TFG „witnessed an increase in the acts of piracy and armed robbery at sea off the coast of Somalia” (ebd. 8). Die weitere Verschlimmerung veranlasste den UN Sicherheitsrat im Dezember 2008 zu nochmaligen handeln, da Resolution 1772 (2007) nicht die gewünschte Wirkung mit sich gebracht hatte. Man einigte sich darauf nochmals eine neue Resolution, Resolution 1846 (2008), zu verabschieden. Ihre Absicht war „strengthening international efforts to fight piracy off the coast of Somalia expanding the mandate of States [sic!] and regional organizations working with Somali officials towards that aim” (ebd.: 9). Man erhoffte sich damit, dass sich Teile der internationalen Gemeinschaft bereit erklären würden, um mit somalischen Behörden in deren Hoheitsgebiet zu operieren und nicht nur innerhalb von internationalen Gewässern.

Wie bereits vorhin durch die erwähnten 25.000 Flüchtlinge, die vor Al-Shabaab aus Kismayo flohen, deutlich wurde, gab es auch im Jahr 2008 eine hohe Anzahl von Menschen, die vor den Auseinandersetzungen flohen. „The total displacement from Mogadishu this year is estimated at 250,000“ (ebd.: 9). Diese hohen Zahlen üben natürlich zusätzlichen Druck auf Hilfsorganisationen und ihr Personal aus, die bereits mit der bisherigen Situation zu kämpfen haben. Erschwerender Weise kommt hinzu, dass „attacks against humanitarian workers have continued unabated“ (ebd.: 10). Das andauernde Gefahrenpotential für die Angestellten von Hilfsorganisation zeigt erste Auswirkung. „In October, the NGOs CARE and IMC (International Medical Corps), one of whose employees was shot in early October, suspended all their programmes in South Central Somalia following a statement issued by the Al Shabbab calling on these agencies to cease operations in areas under their control” (ebd.). Der durch die Attacken provozierte Rückzug der NGOs aus einigen Gebieten Somalias, ist in Hinblick auf die humanitäre Lage eine Katastrophe. „The suspension of CARE activities has affected close to 1 million Somalis in need of food aid“ (ebd.). Es ist zu erwarten, dass sich die bereits prekäre Situation um ein weiteres Mal verschlimmert. „AMISOM continues to provide health services to the civilian population, (…) residing around AMISOM headquarters“ (ebd.). Letztendlich ist dieses positive Engagement lediglich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da AMISOM nur begrenzt Hilfe leisten kann und das auch nur im direkten Umfeld ihres Hauptquartiers.

Entwicklung der Rahmenbedingungen von AMISOM

Was die Verbesserung der Rahmenbedingungen von AMISOM anbelangt, konnten zu Beginn des Jahres 2008 erste Erfolge erzielt werden. Das wäre zum einen, dass „little over US$ 32 million have been contributed, originating exclusively from AU partners, namely the EU, Italy, Sweden, China and the League of Arab States“ (ebd. 2008a: 9). Neben finanziellen Hilfen, erhielten AU und AMISOM Unterstützung in anderen Bereichen. „The United Nations has deployed a team of military and civilian experts to the AU Headquarters [sic!] to support mission planning and management” (ebd.). Praktische Hilfe zur Umsetzung der Planungen in den Einsätzen kam weiterhin von den USA, indem „the US continues to provide significant logistical support tot he Ugandan contingent“ (ebd.). In Zukunft sollen vergleichbare Hilfsleistungen auch von Seiten der NATO erfolgen, da „NATO has (…) pledged to airlift troops to Somalia“ (ebd.). Die andere Seite der Medaille ist die der nicht umgesetzten Versprechungen der AU-Mitgliedsstaaten zur Entsendung von Truppen für AMISOM. Auch für die nahe Zukunft scheint sich diese Problematik nicht zu ändern, das „no timetable has yet been set fort he deployment oft he contingents pledged by Ghana (350) and Nigeria (1 battalion of 850)“ (ebd.). Die Einhaltung von Vereinbarungen bezüglich der Entsendung von Truppen ist jedoch elementar für den Erfolg der Mission. In der Folge, „AMISOM has not been able to expand its activities“ (ebd.). Da sich die Leitung dieser misslichen Lage bewusst ist, versuchen sie “to identify areas of synergy and collaboration between AMISOM and other actors in Somalia” (ebd.: 10). Es muss trotz des Versuches zur Schaffung von Synergien davon ausgegangen werden, dass die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichend sind um die formulierten Ziele zu erreichen. Aus diesem Grund fordert der Peace and Security Council der AU „the deployment of a United Nations peacekeeping operation in Somalia“ (ebd.: 11). Der UN-Generalsekretär lehnte dies jedoch ab: “the Secretary-General reiterated his belief, that under the prevailing political and security situation, the deployment of a United Nations peacekeeping operation cannot be considered a realistic and viable option” (ebd.).

Eine zusätzliche Herausforderung stellte das Djibouti-Abkommen dar, welches im Laufe des Jahres 2008 in Kraft trat. Der Peace and Security merkte in diesem Kontext an, dass

> *„the AU (...) needs to take further concrete steps (...), to facilitate the implementation of the Agreement [sic!]. It is essential that AMISOM be reviewed and strengthened to enable the mission to undertake the additional tasks bound to arise with the implementation of the Agreement [sic!]. To fulfill the tasks provided for in the Agreement [sic!], the Concept of Operations (CONOPs) of AMISOM, in particular, needs to reviewed in order for it to meet the emerging requirements” (ebd.: 2008b: 3).*

Eine Überarbeitung der CONOPs ist aufgrund der Erweiterung der Zuständigkeitsgebiete von AMISOM unausweichlich. Wie aus Abb. 2 hervorgeht, ist eine Anpassung im finanziellen, personellen und somit folglich auch im logistischen Bereich notwendig (vgl. ebd.: 4). Vor allem der sich deutlich erhöhende Bedarf an finanziellen Mitteln stellt die AU und AMISOM vor eine fast unlösbare Herausforderung. „The financial resources mobilized so far in support of the operation amount to about 50 millions [sic!] dollars [sic!]. The total budget for a fully deployed AMISOM, using United Nation standards, for a period of one year, amounts to US$ 817,500,000" (ebd.). Um eine erfolgreiche Umsetzung des noch umfangreicher gewordenen

Anfängliche Zuständigkeitsgebiete von AMISOM	**Im Rahmen des Djibouti-Abkommens (2008) erweiterte Zuständigkeitsgebiete**
- „to provide, as appropriate, protection to the TFIs and their key infrastructure, to enable them carry out their functions" (ebd. 2007: 8) - „to assist in the implementation of the NSSP , particularly the effective reestablishment and training of all inclusive Somali security forces, bearing in mind the programs al-ready being implemented by some of Somalia's bilateral and multilateral partners" (ebd.) - „to provide, within capabilities and as appropriate, technical and other support to the disarmament and stabilization efforts" (ebd.) - „to monitor, in areas of deployment of its forces, the security situation" (ebd.) - „to facilitate, as may be required and within capabilities, humanitarian operations,including the repatriation and reintegration of refugees and the resettlement of IDPs" (ebd.) - „- to protect its personnel, installations	- „develop mechanisms with parties to monitor zones of influence of various groups through joint patrols, and situation monitoring" (ebd. 2008b: 4) - „assist parties to develop a rational approach in the drafting of both Comprehensive Ceasefire [sic!] and Comprehensive Peace Agreement [sic!]" (ebd.) - „assist parties to commit themselves to the Djibouti Agreement and monitor their zones of influence" (ebd.) - „develop mechanisms to redress [sic!] violations of the Djibouti Agreement" (ebd.) - „develop a demobilization and disarmament programme with all the stakeholders" (ebd.) - „develop a process of deployment of AMISOM observers to carry out above tasks" (ebd.) - „further deepening the reconciliation process through continuous engagement of all parties at very high level"

and equipment, including the right of self-defense" (ebd.)	

Abb.3 Gegenüberstellung von anfänglichen und im Rahmen des Djibouti-Abkommens erweiterten Zuständigkeitsgebieten

Aufgabenfeldes zu gewährleisten, gilt es als erstes „[to] plan and manage a strategic timetable for the engagement of Members [sic!] States [sic!] with potentials as troop contributing countries for force generation" (ebd.: 5), zweitens „[to] develop strategies to engage non-African countries to contribute to an International Stabilization Force under a coalition of the Friends of Somalia" (ebd.) und drittens „[to] coordinate an All Partner/Bilateral [sic!] financial and logistical support for troop contributing countries to enable them be prepared for deployment" (ebd.). Diese Herangehensweise zur Beseitigung der Hürden, die einer erfolgreichen Bewältigung der Aufgabenfelder im Wege stehen, hat bedingt Wirkung gezeigt. So konnten Großbritannien und die USA dafür gewonnen werden, finanzielle und logistische Unterstützung zu leisten (vgl. 2008d: 11). Jedoch gelang es nicht den andauernden Truppenmangel AMISOMs wirkungsvoll zu beseitigen. „The mandated strength of AMISOM is 8,000 troops. In mid-October 2008, the second Burundian battalion was deployed in Somalia, with the support of NATO, UK and the US, bringing the total strength of the Mission [sic!] to 3,450 troops, consisting of two battalions each from Burundi and Uganda" (ebd.: 10). Somit, „nearly two years after (…) authorizing the deployment of AMISOM, the Mission [sic!] was yet to reach its authorized strength" (ebd.: 11). Der Hauptgrund dafür ist das mangelnde Engagement der afrikanischen Staatengemeinschaft, die gegenüber AMISOM Versprechungen bezüglich der Entsendung von Truppen abgeben, diese bisher jedoch nie erfüllt haben.

Das Jahr 2009

Politische Lage

Nach dem Rücktritt von Präsident Abdullahi Yusuf am Ende des Jahre 2008, „Somali stakeholders (…) expanded the Transitional Parliament (TFP), by 275 seats, to accommodate the Alliance for the Re-Liberation of Somalia (ARS) and other stakeholders, including the civil society" (ebd. 2009a: 1f.). Somit wurde die Umsetzung des Djibouti-Abkommens weiter vorangetrieben und ein wichtiger Schritt zur Integration der ARS in das somalische Institutio-

nensystem vollzogen. Für das neuzusammengesetzte TFP galt es gleich einer ersten wichtigen Aufgabe nachzukommen und den vakanten Posten des Präsidenten durch eine Neuwahl zu besetzen. „On 30 January 2009, the expanded TFP proceeded, in a free and fair manner, to elect a new President, in the person of Sheikh Sharif Sheikh Ahmed“ (ebd.: 2). Dieser setzte Omaar Adirashi Ali Shermake als neuen Premierminister ein (vgl. ebd.) und wurde dadurch damit beauftragt ein neues Kabinett zusammenzustellen. Dem kam er nach und „formed a 36-member Cabinet [sic!], representing a broad based Government [sic!]“ (ebd.). Ein vor allem symbolisch wichtiger Schritt war, dass „the government and other transitional institutions have since relocated to Mogadishu“ (ebd.). Symbolisch wichtig ist er vor allem als Signal gegenüber der militanten Opposition, dass man nicht gewillt ist sich von ihren verübten Attacken einschüchtern zu lassen und das Feld zu räumen.

Nachdem die neue Regierung eingesetzt war, nahm sie sofort ihre Arbeit auf und „exerted tremendous efforts to bring on board some influential clan leaders, elders and Islamic clerics on order to broaden domestic support for the stabilization of the country“ (ebd. 2009b: 1). Ein großer Erfolg für AMISOM und Somalia „was the pledging conference on Somalia held in Brussels, Belgium, from 22 to 23 April 2009, which generated US$ 213 million dollars in pledges from 15 (fifteen) countries and 2 (two) regional institutions (…) to support AMISOM and the Somali Security Forces“ (ebd.). Vor allem AMISOM scheint nun verstärkt Aufmerksamkeit von der internationalen Gemeinschaft zu bekommen. „AMISOM has been engaging with the UN, EU, and other partners and donors in strategic and technical level meetings to develop mechanisms for accessing, tracking and managing the funds pledged in Brussels“ (ebd.: 2). Was vermutlich jedoch auch der Tatsache geschuldet ist, dass die internationalen Geldgeber ihr Spenden gut angelegt wissen wollen. Der neue Präsident Ahmed versucht unermüdlich das Interesse der internationalen Gemeinschaft hoch zu halten, um so noch mehr Hilfe für Somalia zu bekommen. Zum einen „the President and his government receiverd international delegations from Finland, Norway, and US in Mogadishu“ (ebd.) und zum anderen „Sheikh Sharif Sheikh Ahmed undertook visits to Turkey, Egypt, Sudan, Libya, Kenya, Burundi, Uganda and Rwanda” (ebd.). Bei all diesen Treffen wird Präsident Ahmed nicht müde zu betonen, dass die Republik Somalia trotz einiger Erfolge, vor allem im politischen Bereich, in jüngster Zeit noch einen weiten Weg bis zur Rückkehr zu stabilen Verhältnissen vor sich hat und noch viel externe Hilfe bis dahin benötigen wird. Ahmed „called for support for training and rebuilding of the Somali Security Forces and meeting their needs, the rebuilding of vital economic infrastructure in Somalia, and assistance in combating piracy in off the Somali coast” (ebd.) und „requested material assistance to the TFG, a substantial increase in AMISOM troops, and the enhancement of AMISOM’s mandate to include the training of

Somali forces“ (ebd.). Um eine Befriedigung der Lage in Somalia zu erreichen, ist es neben einer Beendigung interner Konflikte wichtig, auch die Unterstützung der verschiedenen Rebellenfraktionen aus dem Ausland zu unterbinden. In diesem Zusammenhang ist vor allem Eritrea zu nennen. Der Nachbarstaat verhindert mit seiner Unterstützung der Aufständischen – sei es durch Waffenlieferungen und somit die Hinwegsetzung über das vom UN-Sicherheitsrat bereits im Jahr 1992 verhängte Waffenembargo oder finanzieller Unterstützung (vgl. ebd.: 3) – schon über einen längeren Zeitraum mögliche Lösungen des Konflikts. In diesem Zusammenhang „Prime Minister Abdirashid Ali Omar Sharmarke highlighted the need for targeted sanctions on those undermining the peace efforts, while recommending that the international community and AMISOM should supervise Somalia airspace“ (ebd.: 2f.). IDAD pflichtete dem somalischen Ministerpräsidenten bei und stellt konkrete Forderungen an den UN-Sicherheitsrat wie Somalia geholfen werden kann. „The IGAD Council of Ministers (…) called upon the United Nations Security Council to impose a no-fly zone, except for humanitarian purposes, as well as a sea blockage, especially on the ports of Kismayo and Merka“ (ebd.: 3). Der Peace and Security Council der AU nahm die Forderungen des somalischen Ministerpräsidenten auf und unterstütze sie, indem er

„requested for the imposition of sanctions against all those foreign actors, both within and outside the region, especially Eritrea, providing support to the armed groups engaged in destabilization activities in Somalia, attacks against the TFG, the civilian population and AMISOM, as well as against all the Somali individuals and entities working towards undermining the peace and reconciliation efforts and regional stability“ (ebd.: 4).

Neben dem Werben für Sanktionen gegen ausländische Rebellenunterstützer und Flugverbotszonen sowie Seeblockaden, treibt die TFG den Versöhnungsprozess weiter voran und macht auf die oppositionellen Gruppierungen einen Schritt zu, damit diese sich bereiterklären, sich am Versöhnungsprozess zu beteiligen und diesen nicht mehr behindern. Im April 2009 „343 members of the TFP, sitting in Mogadishu, endorsed the implementation of Sharia law throughout Somalia, a move that received domestic support“ (ebd.: 5). Die TFG unterstützte den Vorstoß, in dem sie in Person Präsidenten Ahmed die notwendige gesetzlichen Anpassungen vornahm, um die Einführung der Sharia mit der TFC in Einklang zu bringen (vgl. ebd.). „The steps taken by Government [sic!] are in line with ist commitment to reach out to those groups still outside the peace preocess, including al Shabaab and Hisbul Islam, with a view to making progress in reconciliation“ (ebd.). Dieses Vorhaben war jedoch nicht so erfolgreich wie erhofft. Vor allem mit Blick auf die Reaktion der beiden größten militanten Oppositionsgruppen Somalias. „Al Shabaab and other hard-line leadres of Hisbul Islam, including the leader of ARS-Asmara Sheikh Hassan Dahir Aweys, have rejected reconciliation ef-

forts and have pursued an agenda of undermining the Djibouti Agreement“ (ebd.). Es kam sogar noch schlimmer:

> *„On 23 April, Sheikh Aweys Dariye flew into Somalia, after unsuccessful reconciliation talks in Sudan with TFG representatives. Since his return, he has engaged elders, clan leaders, politicians, religious leaders, business community and other groups in consultations. He has also held meetings with some of the Hisbul Islam, al Shabaab and political opposition groups with a view to forming a united opposition under his leadership to wage war against the TFG and AMISOM" (ebd.).*

Trotz des schlechtmöglichsten Erfolgs bei diesem Versuch der Aussöhnung mit der militanten Opposition, der in einen Versuch dieser mündete sich gegen die TFG und AMISOM zu vereinen, kann die TFG einen neuen Erfolg für sich verzeichnen. So gelang es „[to] progress in implementing the Djibouti-Agreement and directing the political process in the country, including taking steps to build functioning state institutions" (ebd.: 6). Das ist insofern von Bedeutung, da funktionierende Institutionen der Grundstein für einen funktionierenden Staat sind. Die Betonung liegt bei dieser Beobachtung auf Schritte in Richtung funktionierender Staatsinstitutionen. So sind zwar gute Ansätze erkennbar, jedoch müssen die TFIs noch einen weiten Weg bewältigen, bevor sie als funktionierende Institutionen betrachtet werden können. So stehen zu diesem Zeitpunkt immer noch „challenges of weak capacity of security and public sector institutions, delays in articulating and implementing a clear political roadmap, clan divisions and other internal problems within the Government“ (ebd. 2010a: 1) als auch „lack of resources for the provision of basic services“ (ebd.) an der Tagesordnung.

Einige Monate später, im Juni 2009, konnte die TFG einen Erfolg verzeichnen. Aufgrund ihrer Beharrlichkeit bei dem Versuch einen Dialog mit der Opposition, insbesondere mit militanten Gruppen, zu initiieren, gelang es die Al Sunna Wal Jama'a (ASWJ) an den Verhandlungstisch zu holen. Die Gespräche zwischen beiden Parteien hätten nicht besser verlaufen können. „Al Sunna Wal Jama'a (…) signed a cooperation agreement with the Government [sic!] on 21 June 2009" (ebd.: 2). Ein weiterer Schritt zur Stabilisierung des Staates wurde bei einem Treffen der ‚Internationalen Kontaktgruppe für Somalia' gemacht. „During the meeting, the TFG presented its concept papers on security, political outreach and reconciliation, reconstruction and development, and transitional tasks, and sought the support of the international community“ (ebd.: 3), die das vorgestellte Konzept begrüßte und versicherte, dass sie der TFG bei der Umsetzung helfen würden.

Diese positven Impulse wollte der UN-Sicherheitsrat unterstützen und verabschiedete die Resolution 1907 (2009). Ihr Zweck war es „to impose sanctions on Eritrea for, among others, providing political, financial and logistical support to armed groups engaged in undermining

peace and reconciliation in Somalia and regional stability. These sanctions include an arms embargo, as well as travel restrictions and asset freeze against but not limited to the Eritrean political and military leadership" (ebd.: 5). Man erhoffte sich dadurch, dass einem der wichtigsten Unterstützer der militanten somalischen Oppositionellen die Hände gebunden werden und der Friedensprozess in Somalia beschleunigt werden kann.

Sicherheitslage und humanitäre Situation

Im Jahr 2009 kommt es verstärkt zu von Al-Shabaab ausgeführten Attacken. Vor allem Mogadischu bleibt weiterhin ein Zentrum der Gewalt: „there were two roadside bomb explosions against the Ugandan contingent of AMISOM and at least eight direct attacks, including mortar and artiller fire" (2009a: 2). Die folgenschwersten Angriffe erfolgten "on 22 February 2009, two suicide bombers infiltrated the Burundi contingent camp and detonated bombs which were followed by mortar attacks. Eleven (11) peacekeepers were killed and 15 injured in the most unfortunate episode for which Al Shabaab spokesman, Muktar, Robow, claimed responsibility" (ebd.). Allen den Anschlägen folgenden Aufrufe an die bewaffneten Oppositionsgruppen zu einem Dialog seitens der TFG wurden in den Wind geschlagen. Ganz im Gegenteil, „Al Shabaab and Hizbul Islam (Islamic Party) continue to actively mobilize against the new Government and AMISOM in Mogadishu" (ebd.: 3). Da versucht wurde alle Register zu ziehen, betraf die Mobilisierung nicht nur dir Kampftruppen der Gruppierungen. Al-Shabaab und Hizbul Islam „stepped up their propaganda campaign against AMISOM, insisting that all foreign troops must leave Somalia" (ebd.). Obwohl sich sowohl AMISOM als auch die TFG nun schon seit einem längeren Zeitraum Angriffen ausgesetzt sehen, ist die momentane Lage besonders prekär. So besteht erstmals seit dem Jahr 2007 „a real possibility that the gains being made by the TFG could be reversed" (2009b: 6). Begünstigt wurden dies durch „a large number of foreign fighters engaged in the current offensive and in most cases commanding attacks in Mogadishu and other regions" (ebd.: 7). Als Hauptauslöser der Entwicklung muss jedoch ARS-Führer Sheikh Hassan Dahir Aweys gesehen werden. Wie bereits zuvor erwähnt wurde, unternahm er den Versuch die Oppositionsgruppierungen, u.a. Al-Shabaab und Hizbul Islam, zu vereinigen, um mit vereinten Kräften AMISOM und die TFG zu bekämpfen um letztendlich die Kontrolle über Somalia zu gewinnen. Obwohl die Führungen der Gruppen Aweys Vorschlag eines gemeinsamen Kampfes zustimmten und schnell Erfolge dadurch erzielt werden konnten, war das Bündnis nicht so stabil und belastungsfähig, wie es auf dem ersten Blick wirkte. Problem hierbei war vor allem die Rivalität zwischen Al-Shabaab und Hizbul Islam: „evidence indicates that both Al Shabaab and Hizbul Islam are

embroiled in internalconflict“ (ebd.: 6). So ist beispielsweise in Berichten die Rede davon, dass „Al Shabaab fighters (…) hunt down Hizbul Islam commanders in different regions of Somalia, resulting in assassination attempts against several Al Shabaab and Hizbul Islam leaders“ (ebd. 2010a: 6f). Nach Auffassung des AMISOM-Kommandos sind „divisons between Al Shabaab and Hizbul Islam (…) not only ideological, but are also closely linked to the fight for control of the lucrative port city of Kismayo in the Lower Jubba region“ (ebd.: 7). Die Querelen zwischen den beiden Gruppierungen scheint sie jedoch nicht in diesem Maße zu vereinnahmen, so dass sie nicht mehr ihre eigentlichen Ziele verfolgen können. Vor allem Al Shabaab ist weiter im Kampf gegen AMISOM, TFG und ausländische Hilfsorganisationen aktiv.

> *„Al Shabaab has shut down numerous radio stations, closed the offices of Non Governmental Organizations (...), and obstructed the delivery of humanitarian services. The leaders Al Shabaab (...) have also threatened to invade Puntland and Somaliland, which they accuse of not imposing strict Sharia Law” (ebd.).*

Im Kontext militanten Gruppierungen in Somalia, ist auch das Problem der Piraterie vor der somalischen Küste zu sehen. So konnte man herausfinden, dass beide Probleme miteinander verbunden sind. So trägt die Piraterie zur Stärkung der terroristischen und extremistischen Kräfte an Land bei, die finanziell von ihr profitieren (vgl. ebd. 8). Die verfahrene Lage „has translated into a worsening humanitarian situation” (ebd. 2009b: 6). Hiervon war wieder einmal Mogadischu besonders betroffen, „as at 25 May 2009, an estimated 60,000 people had been displaced from Mogadishu to various locations“ (ebd.: 7). Die Fluchtbewegungen sind mittlerweile nicht mehr nur eine rein innersomalische Angelegenheit. Auch benachbarte Staaten, „there have (…) been reports of population outflows into Kenya“ (ebd.) sehen sich mittlerweile vor die Aufgabe gestellt, Flüchtende unterbringen zu müssen. Neben „drought and dwindled remittances from overseas“ (ebd.), geraten Zivilisten nun auch verstärkt in das Fadenkreuz der militanten Opposition. „On 3 December 2009, targeted a Medical School graduation ceremony at the Shamo hotel in Mogadishu, killing twenty-five people“ (2010a: 6). Das ist nur ein Beispiel von vielen[28]. Weil Al-Shabaab die Lieferung von Hilfsgütern verhindert und Büros von NGOs schließt, ist es nicht möglich der leidenden Bevölkerung umfassend zu helfen. AMISOM ist bemüht im Rahmen ihrer Möglichkeiten Abhilfe zu leisten. Zum einen, „AMSIOM is engaged ins upporting people im Mogadishu through the provision of basic services such as water, medicines, shelter and food” (ebd.: 8). Zum anderen, „AMISOM is also engaged with (…) local authorities and local community leaders in Mogadishu to ensure

[28] Allein in einem zweiwöchigen Zeitraum ab der zweiten Maiwoche im Jahr 2009 starben ca. 170 Menschen, über 520 Personen wurden verwundet (vgl. ebd. 2009b: 7).

effective delivery of social services and to begin discussions on the reestablishment of governance structures at the local level in order to facilitate more effective and broader provision of portable water, medicines and food" (ebd.). Da die Kapazitäten von AMISOM sehr begrenzt sind, kann nicht erwartet werden, dass die herrschende Not umfassend und nachhaltig gelindert werden kann.

Entwicklung der Rahmenbedingungen von AMISOM

Im Laufe des Jahres 2009, „AMISOM has been entrusted with additional responsibility to adequately train, mentor and ensure the sustenance and retention of the Somali Security Forces in order for it to assume primary and greater responsibility for the security of Somalia" (ebd.: 9). Die Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte soll mittelfristig AMISOM vor allem bei der Gewährung von Sicherheit unterstützen und entlasten. Für den Zeitraum der Ausbildung ist logischerweise von einer zusätzlichen Belastung der bisherigen Aufgaben auszugehen. „This additional responsibility against the background of the inability to generate forces to the mandated strength has stretched AMISOM beyond reasonable limits" (ebd.). AMISOMs Personalstärke lag zu Beginn des Jahres gerade einmal bei 3.450 Truppen, was nicht einmal die Hälfte des im Mandates vorhergesehenen Größe entspricht (vgl. ebd. 2009a: 3). Bis Mitte des Jahres konnte die Zahl der entsendeten Soldaten erhöht werden. Im August „the (…) troop strength of AMISOM has now reached 5,268, comprising of three battalions each from Uganda and Burundi" (ebd.). Auch wenn dies eine erfreuliche Meldung ist, dass innerhalb weniger Monate fast 2.000 Mann als Verstärkung entsendet werden konnten, muss festgehalten werden, dass die vorgesehen Truppenstärke zu Jahresende immer noch nicht erreicht werden konnte.

Das Jahr 2010

Politische Lage

Auch im Jahr 2010 gab es auf der politischen Ebene sowohl Erfolge als auch Misserfolge zu beobachten. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, das „the Transitional Federal Government (TFG) has (…) been able to prepare and pass a budget for 2010" (ebd. 2010b: 1). Die Generierung von Einnahmen durch „collecting revenues from Mogadishu seaport and airport" (ebd.) stellen einen wichtigen Schritt hin zu einer größeren Unabhängigkeit gegenüber inter-

nationalen Geldgebern dar. Jedoch muss dem hinzugefügt werden, dass die Abhängigkeit von finanziellen Hilfsleistungen aus dem Ausland weiterhin sehr hoch ist. Zusätzlich werden diese positiven Entwicklungen dadurch ergänzt, dass ‚Radio Mogadishu' nach einer entsprechenden Initiative wieder auf Sendung ging (vgl. ebd.). „*Radio Mogadishu* [Herv. i. Orig.] (…) is (…) broadcasting to the region, Europe and the United States" (ebd.). Somit hat die TFG nun ein Instrument, mit dem sie der von Al-Shabaab und Hizbul Islam verbreiteten Propaganda entgegenwirken kann. Auch im Rahmen des innersomalischen Dialogs konnten neue Fortschritte erzielt werden. Das Kooperationabkommen, welches mit der ASWJ am 21. Juni 2009 abgeschlossen wurde, konnte nach weiteren Gesprächen ausgebaut und vertieft werden. Dieses neue Abkommen umfasst fünf zentrale Aspekte. Zum einen, „merging of TFG and ASWJ forces, with the latter bringing its troops under the command and control of the TFG" (ebd.: 2). Zweitens, allocation to ASWJ of ministerial posts, as well as senior positions in the civil and foreign services" (ebd.). Drittens, „integration of local administrations already established by TFG, wherever applicabel" (ebd.). Außerdem, „formation of an Adivsory Council of Religious Leaders [sic!] as a counterweight to al-Shabaab's radical doctrine" (ebd.) und zu guter Letzt, „establishment of a body to monitor the implementation of the Agreement" (ebd.: 2). Die ASWJ würde somit durch die Hilfe des Abkommens in den TFIs inkludiert werden und dadurch komplett in ihr aufgehen.

Neben den Bemühungen zur Eroberung von Territorien und deren Konsolidierung als auch die Initiierung und erfolgreiche Durchführung eines alle Parteien inkludierenden innersomalischen Dialogs, wurde die Bedeutung von Wiederaufbaumaßnahmen für den Friedensprozess erkannt. Bei Treffen mit Vertretern der internationalen Gemeinschaft berichtete die TFG, dass „it was observed that gains made in the political and security areas could only be sustained if they were supported by reconstruction efforts in the country to ensure long-term stability" (ebd.: 4). Zu diesem Zweck wurde noch im selben Jahr in Istanbul eine 'Conference on Development and Reconstruction in Somalia' abgehalten. An deren Ende stand die ‚Istanbul Declaration'. „The *Istanbul Declaration* [Herv. i. Orig.], (…), identified six priority areas for internvtion in Somalia, including telecommunications, transport infrastructure, banking and remittances, livestock, fisheries and alternative energy" (ebd.).

Weniger erfreulich hingegen war die Tatsache, dass

> *„despite these positive developments, the political process has been challenged by recurrent and intermittent wrangling within the TFIs, often characterized by disagreements between the President and the Prime Minister and, sometimes, impasse in the Transnational Federal Parliament (TFP) with regards to confidence in the TFG" (ebd.:).*

Der somalische Präsident Ahmed behauptete u.a., dass „the Government [sic!] had failed to deliver services to the people, pay civil servants and soldiers“ (ebd.) und machte dafür Ministerpräsident Sharmarke verantwortlich. Des Weiteren wurde von Ahmed Sharmarke zu Lasten gelegt, dass “the Draft Constitution [sic!], prepared by the Independent Federal Constitution Commission (IFCC), was faulty both procedurally and substantively“ (ebd.). Sharmarke der sich durch die Vorwürfe nicht mehr in der Lage sah seine Amtspflichten im erforderlichen Maße auszuführen, sah sich zum Handeln gezwungen. „On 21 September 2010, Prime Minister Sharmarke decided to resign from his position as Prime Minister. Subsequently, the President appointed Abdiwalid Elmi Gonjeh (…) as Acting Prime Minister, pending the appointment and endorsement by the TFP of a new and substantive Prime Minister”(ebd.: 3). Bei AMISOM stand man diesen Ereignissen eher skeptisch gegenüber. Man sah die von Präsident Ahmed erhobenen Vorwürfe als nicht gerechtfertigt an und beurteilte den Rücktritt des Ministerpräsidenten als einen Fehler. „Among the representatives of (…) AMISOM, the consensus had been that, ideally and for the sake of unity and public perception, the current leadership of the TFIs should have remained unchanged up to the end of the transitional period , in August 2011” (ebd.). Ahmed ließ sich jedoch nicht davon überzeugen den eingereichten Rücktritt rückgängig zu machen und lehnte das Gesuch von AMISOM ab (vgl. ebd.).

Noch fataler als die Streitigkeiten in den Übergangsinstitutionen, stellte sich die Aufkündigung des Kooperationsabkommen zwischen ASWJ und der TFG von Seiten der ASWJ dar: Sie erklärte „on 25 September 2010 (…), with immediate effect, ceasing ist partnership with the TFG, on the ground that the latter had failed, in letter and spirit, to honor commitments entered into under the Addis Ababa Agreement of 15 March 2010“ (ebd.). Für die Befriedigungsbemühungen in Somalia stellt dieser Schritt der ASWJ einen herben Rückschlag dar. Um den entstandenen Schaden so klein wie möglich zu halten und die Umsetzung des Djibouti-Abkommens weiter voranzutreiben ergreift die AU die Initiative, durch „organizing a number of roundtables and conferences with relevant stakeholders to seek their support for the implementation of this Agreement“ (ebd.: 14).

Sicherheitslage und humanitäre Situation

Auch im Jahr 2010 gilt, dass die Sicherheitslage von Somalia durch verschiedene Konflikte und Entwicklungen gekennzeichnet ist. „The Armed Opposition Groups (…), led by al-Shabaab and Hizbul Islam, have not relented in their attacks against the TFG, the Somali population and AMISOM“ (ebd.: 6). Jedoch beteiligen sich nicht alle Oppositionsgruppen an diesen Attacken. Auch zwischen ihnen kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. „On

and off fighting between al Shabaab and ASWJ in the central region has continued, with no significant changes in control of territory“ (ebd.). Die existierenden internen Streitigkeiten zwischen Al-Shabaab und Hizbul Islam konnten nicht beseitigt werden, weshalb die Allianz zwischen den beiden Gruppen weiterhin als sehr fragil einzuschätzen ist. In der Folge, „sporadic clashes between al Shabaab and Hizbul Islam fighters have continued in the Lower Juba and Lower Shabelle“ (ebd.). Die TFG versucht diese Konflikte zwischen den Militanten bestmöglich zu ihren Gunsten auszunutzen, indem sie Al-Shabaab selbst angreifen und versuchen die von ihnen besetzten Gebiete zu erobern und unter ihre Kontrolle zu bringen (vgl. ebd.). Bei diesen Unternehmungen kommt der TFG „internal divisons within al Shabaab“ (ebd.: 7) zugute. Diese sind zutage getreten, da „following Sheikh Muktar Robow's decision to pull Rahanweyn clan fighters from Mogadishu, claiming that they were mistreated by al Shabaab leader Ahmed Abdi Godane“ (ebd.). Weiter verfälscht könnte der Zwist durch die Tatsache, „that Hizbul Islam leader Sheikh Hasan Dahir Aweys and al Shabaab's influential leader Sheikh Muktar Robow (…) have agreed to join forces and to create a new group called *Al-Islamiyah Resistance Force* [Herv. i. Orig.] whose objective will be to overthrow the TFG and engage al Shabaab fighters loyal to the al Shabaab Amir, Abdi Godane" (ebd.). Durch dieses neue Bündnis und das damit neu entstandene Konfliktpotential innerhalb der extremistischen Opposition besteht eine Gefahr der nochmaligen Verschlechterung der humanitären Lage in Somalia, falls die bewaffneten Auseinandersetzungen nochmals zunehmen sollten.

Zu welch riesigen Problemen dies führen würde, lässt sich bei der Betrachtung der im Jahr 2010 herrschenden Situation erkennen. Schätzungen zu Folge „an estimated 200,000 people were displaced country-wide since the beginning of the year“ (ebd.: 8). Wie prekär die Lage in Wirklichkeit ist, wird mehr als deutlich, wenn betrachtet wird wie viele Menschen in Somalia dringend humanitäre Hilfe benötigen. „As of June 2010, there were 3.2 million people (43% of the total population of Somalia) in need of humanitarian aid. Externe Hilfe um der Situation Herr zu werden ist somit mehr als notwendig. Der Wille zur Hilfe von Seiten entsprechender Institutionen ist vorhanden, jedoch ist es ihnen nicht möglich in dem Ausmaß zu helfen wie sie zum einen könnten und es zum anderem notwendig wäre. Grund hierfür ist, dass „access by humanitarian agencies is extremely limited due to the general insecurity as well as intimidation, harassment and attacks by armed groups, particularly al Shabaab and Hizbul Islam" (ebd.). Die Formen von Einschüchterung und Bedrohung, die von den Extremisten verwendet werden sind hierbei vielfältig. So umfassen sie „apart from imposing fines in humanitarian agencies, these groups also attack NGOs and loot their warehouses and convoys, thus disrupting aid distribution“ (ebd.). Von externer Seite wird jedoch nicht nur die militante Opposition für die katastrophale humanitäre Lage verantwortlich gemacht. Auch

AMISOM sieht sich Vorwürfen ausgesetzt an deren Verschlimmerung schuldig zu sein. „Some humanitarian agencies and human rights groups have accused AMISOM of indiscriminately shelling civilian populated regions of Mogadishu, in response to attacks from al Shabaab insurgents who operate from those neighbourhoods" (ebd.). Solche Vorwürfe sind natürlich Wasser auf den Mühlen der Gegner von AMISOM und der TFG. Somit ist es wenig verwunderlich, dass „these accusations (…) are further fuelled by al Shabaab propaganda machinery" (ebd.). Es bedarf hier einer lückenlosen Aufklärung der Vorwürfe und falls sich diese bewahrheiten sollten, eine Verhinderung von solchen Zwischenfällen in der Zukunft. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die extremistischen Kräfte um Al-Shabaab stärkeren Zuspruch durch die Bevölkerung erfahren.

Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM

Im Laufe des Jahres „the troop strength of AMISOM force has increased to 7,200" (ebd.: 11). Die vorgesehene Truppenstärke von 8.000 Mann ist somit also fast erreicht, was als Erfolg gewertet werden muss. Dadurch war es möglich, dass „on the ground, AMISOM forces have consolidated and expanded their areas of control in Mogadishu" (ebd.). Auch im Bereich der Polizeikomponente konnten Fortschritte erzielt werden. So ist „the strength of the Police [sic!] component of AMISOM (…) now 50, comprising 6 members of the leadership team and 44 trainers and mentors" (ebd.: 12). Ihre Aufgabengebiet ist die Durchführung von „training for 875 Somali police officers" (ebd.). Der Peace und Security Council der AU erkennt, dass nachdem die vorgesehenen Kontingente der AMISOM-Komponenten fast erreicht wurden, dass diese zur Erfüllung des ausgestellten Mandats nicht ausreichend sind. Um eine nachhaltige Besserung der Lage in Somalia zu erreichen, „the key requirement is to substantially increase the strength of the military force, address the inherent limitations of the Police [sic!] component in terms of composition, strength and tasks, (…) as (…) the situation on the ground is extremely volatile and dangerous" (ebd.: 17f.). Nach einer Evaluierung der Situation vor Ort kam man im Peace and Security Council zu dem Schluss, dass „it is necessary to bring the authorized strength to a minimum of 20,000 military personnel" (ebd.: 18). Daneben existiert „the plan (…) to bring the AMISOM Police [sic!] component to a strength of 1,680 comprising 560 police experts on mission and eight (8) Formed Police Units (…) of 140 each" (ebd.: 19). Um eine schnellere Umsetzung der geplanten personellen Aufstockung, vor allem im militärischen Bereich, zu erreichen, wurde ein entsprechendes Vorgehen zur Umsetzung festgelegt.

„The additional 12,000 will be deployed in two phases. Initially, the objective will be to insert 4,000 additional troops in Mogadishu (…) to pacify the capital and consolidate the TFG's authority. In the second phase, steps will be taken to expand gradually to other areas of Somalia, in particular those controlled by groups allied to the TFG, with the intention to concurrently deploy 4,000 troops" (ebd.: 18).

Die Geschwindigkeit, in der AMISOM neues Personal entsenden kann, hängt jedoch nur zu einem kleinen Teil von dem entworfenen Vorgehen zur Truppenaufstockung ab. Hauptsächlich ist entscheidend, ob und wann die AU-Mitgliedsstaaten bereit sind sich zu beteiligen.

Das Jahr 2011

Politische Lage

Das Jahr 2011 stellt im Fahrplan zur Stabilisierung der Lage in Somalia einen wichtigen Eckpfeiler dar. So war es angedacht, dass die Transitionsphase am 20. August 2011 endet und Parlament, sowie die Exekutive des Staates, auf Grundlage einer neuen nun ständigen Verfassung gewählt werden. Mehrere Verantwortliche, vor allem jedoch das TFP, sahen die Republik Somalia jedoch noch nicht dazu bereit die Transition zu beenden, weshalb diese verlängert werden sollte. Das Hauptargument für eine Verlängerung der Transition ist, dass es gilt „to avoid a political vacuum" (ebd. 2011a: 1). Die Meinung über die Länge der zusätzlich erforderlichen Zeitspanne und weitere Rahmenbedingungen fielen sehr unterschiedlich aus. Zu den größten Kontroversen führte ein Vorstoß des TFP. „The TFP adopted a motion extending its term for three years, starting from the end of the current transitional period. In the same decision, the Parliament called for the election of the President of the Transitional Federal Government" (ebd.). Dieses Vorhaben erregte nationales und internationales Aufsehen und stieß mehrheitlich auf Ablehnung. U.a. bei „some members of the international community strongly condemned the extension, which, they observed, was done without due consultations with relevant stakeholders. Furthermore, the regional administration of Puntland and Ahlu Sunna Wal Jammah (ASWJ) also rejected the action of the TFP to unilaterally extend its term" (ebd.). Wenig überraschend kam der stärkste Widerstand gegen eine Umsetzung eines solchen Vorhabens von Seiten der TFG. Im Gegenzug „the Office of the President and that of the Prime Minister, (…) reiterated the Executive's preference for a shorter post-transition period (…). Subsequently, the Cabinet tabled before Parliament a policy proposal to extend the mandate of all the TFIs, including the Executive, for an additional one year" (ebd.). Dieser Kom-

promissvorschlag erschien dem somalischen Parlament jedoch nicht akzeptabel, weshalb dieser abgelehnt wurde. Da sich keine Lösung zwischen den TFIs abzeichnete, entschloss sich AMISOM dazu zwischen beiden zu vermitteln und bei der Lösungsfindung zu helfen. In der Folge „AMISOM and its partners (…) accelerated diplomatic efforts to resolve the continuing impasse within the TFIs" (ebd.: 2). Diese Bemühungen wurden letztendlich belohnt. Im April 2011 konnte auf einem Treffen in Nairobi unter Einbeziehung von nationalen und internationalen Stakeholdern eine Lösung erzielt werden. So einigte man sich darauf, „to extend the mandate of the TFP for a period of two years, to enable it to complete certain critical tasks, including preparations for eventual national elections" (ebd.). Der einzige Wehrmutstropfen im Rahmen des Treffens war, dass kein Vertreter der TFG an den Verhandlungen teilnahm und man nicht wusste, wie diese auf den erreichten Kompromiss reagieren würde. Von Seiten AMISOMs wird eine Zustimmung zu den ausgehandelten Konditionen dringlichst empfohlen (vgl. ebd.: 3). Um die Differenzen vollständig auflösen zu können trafen sich der somalische Präsident Sharif Sheikh Ahmed und der der Parlamentssprecher Sharif Hassan Aden in Kampala. Nach einigen Beratungen konnten sie zu einer Einigung des Problems gelangen und unterzeichneten den sogenannten Kampala Accord.

> *„Under the Accord, the two Somali leaders reached agreement to extend the transitional period by one year, up to 20 August 2012. In addition, the Accord called for the resignation of the Prime Minister and the formation of a new Government [sic!]. The parties to the Accord also agreed to establish a roadmap with benchmarks, timelines and compliance mechanisms, for the implementation of the priority tasks and to end the transition" (ebd. 2011b:2).*

Die vereinbarten Benchmarks sollen als Indikator dienen, die den erfolgreichen Abschluss der Transitionsphase markieren. Sie umfassen zu diesem Zweck folgende Punkte: „(a) security (b) outreach and reconciliation, (c) good governance (d) parliamentary reforms and elections" (ebd.: 3) In Folge des Abkommens trat der amtierende Premierminister Abdulahi Mohamed am 19. Juni des Jahres zurück. Im Gegenzug, „Dr. Abdiweli Mohamed Ali was appointed by the President as the new Prime Minister" (ebd.). Der neue Premierminister und sein von ihm berufenes Kabinett wurden vom TFP Ende Juli 2011 mit einer großen Mehrheit im Amt bestätigt.

Neben den dargestellten Streitigkeiten gab es auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. So waren „encouraging political development (…) in the Djibouti Peace Process" (ebd.: 1) zu beobachten.

Sicherheitslage und humanitäre Situation

Im Jahr 2011 konnte AMISOM im sicherheitspolitischen Bereich wieder Erfolge für sich und die TFG erzielen. So gelang es zum einen bereits die Kontrolle über bereits eroberte Gebiete zu konsolidieren, zum anderen konnten neue erobert werden. In diesem Zusammenhang ist vor allem eine besonders erfolgreiche Offensive im Februar 2011 hervorzuheben. „As a result of the military offensive (…), AMISOM and TFG forces seized key positions, including the former Ministry of Defense and the former Milk Factory that previously served as the insurgents' major operational and logistical base and allowed the extremists to dominate the northern areas of the city[29]" (ebd. 2011a: 4). Durch die Gebietsgewinne in der Hauptstadt, gelang es AMISOM und TFG Kontrolle über einen Großteil Mogadischus zu erlangen. „Three (3) districts remain under the control of the insurgents. The remaining six (6) districts are still contested. Importantly, about 80 percent of Mogadishu's population (…) live in areas (…) under the control of the TFG and pro-TFG Somali forces" (ebd.). Der Einfluss von extremistischen Kräften konnte hier alles auf ein sehr geringes Niveau gesenkt werden.

Um die verlorenen Stadtgebiete zurück zu gewinnen, planten Al-Shabaab und ihre Verbündeten eine Gegenoffensive während des Ramadans. Diese konnte jedoch bereits im Keim erstickt werden. Die „TFG and AMISOM forces launched a pre-emptive operation on 28 July 2011 and secured the northern part of the city" (ebd. 2011b: 4). Der päventive Gegenschlag entwickelte sich zu einem großen Erfolg, da die Aufständischen fast komplett aus der Hauptstadt vertrieben werden konnten: „the TFG and AMISOM now control about 95 percent of the capital Mogadishu" (ebd.). Die gescheiterte Gegenoffensive veranlasste Al-Shabaab in Mogadischu ihre Strategie zu verändern, da sie sich nicht mehr in der Lage sahen gegen AMISOM- und die TFG-Truppen auf konventionelle Art und Weise agieren zu können. „The pockets of insurgents remaining in Mogadishu have now resorted to asymmetrical warfare, including grenade, IED and other forms of attacks targeting AMISOM positions and Government installations" (ebd.: 5). Die Veränderung der Strategie führte dazu, dass AMISOM und TFG nicht mehr so leicht wie zuvor gegen Al-Shabaab operieren konnten und gleichzeitig anfälliger für Attacken dieser wurden. Alleine „in August, over 20 incidents involving grenade and IED attacks were registered in Mogadishu" (ebd.). Die Vertreibung und die Änderung der Taktik der Aufständischen führten zu einem Machtvakuum in der Hauptstadt. Dies blieb natürlich nicht unbeobachtet, weshalb nach kurzer Zeit „clan militias under the command of some politicians have attempted to take advantage of the vacuum" (ebd.). U.a. wurde versucht Straßensperren zu errichten, die als Einnahmequelle dienen sollten, aber auch dazu verwendet wurden

[29] Hierbei sind die nördlichen Gebiete Mogadischus gemeint.

um Hilfslieferungen zu stören und die Ausweitung des von TFG und AMISOM kontrollierten Gebietes zu verhindern (vgl. ebd.).

Abseits Mogadischus musste Al-Shabaab ebenfalls Rückschläge einstecken. Denn, „elsewhere in the country, pro-TFG militias have gained further ground in the Hiraan, Galgadud, Bay and Bakool, Gedo and Lower Jubba regions“ (ebd.). Damit die immensen Gebietsgewinne in der Zukunft behauptet werden können, „AMISOM and partners have continued to support the reform of Somalia's security sector, including providing training and facilitating the payment of stipend to the TFG Military, and training, mentoring and advising the Somali Police Force“ (ebd. 2011a: 4).

Die andauernden kämpferischen Auseinandersetzungen wirken sich weiterhin negativ auf die somalische Zivilbevölkerung aus. Die herrschende Hungersnot und der Mangel an medizinischer Grundversorgung konnten wegen der turbulenten Sicherheitslage trotz umfangreicher Bemühungen nicht beseitigt werden. Ein zusätzlicher immenser Rückschlag ist der erhebliche Rückgang von Spendengeldern zur Verbesserung der humanitären Lage. „According to aid agencies, US$ 429 million were received in 2008, compared to US$ 342 million in 2009, and US$ 251 million in 2010. Between 2008 and 2010, there have been a decline of new funding of US$ 178 million, approximately 41%” (ebd.: 5). Als ob dies noch nicht genug wäre, führte eine im Jahr 2011 vorherrschende Dürre zu einer nochmaligen Verschärfung der Situation, da es zu enormen Ernteausfällen kam, was eine Verstärkung der Flüchtlingsbewegung nach sich zog. „According to humanitarian agencies, about 3 million Somalis, that is 1 in 3 Somalis, are in need of humanitarian assistance, as a result of the current drought affecting their country” (ebd. 2011b: 6). Ziel der Flüchtlinge sind die städtischen Zentren Somalias, aber auch die Grenzregionen der Anrainerstaaten Kenia, Äthiopien und Djibouti.

Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM

Seit der Ankündigung im Jahr 2010, die Truppenstärke auf 20.000 zu erhöhen, ist AMISOM darum bemüht die Pläne so schnell wie möglich umzusetzen. So gelang es die Anzahl der Soldaten um 2.000 Mann zu erhöhen, so dass 2011 die Truppenstärke 9.595 betrug. „Uganda and Burundi have pledged an additional 2,000 and 1,000 troops (…). (…) Djibouti has formally confirmed its commitment to deploy a battalion of 850 troops“ (ebd.: 8). Diese Zahlen stimmen für die Zukunft optimistisch und lassen hoffen, dass sich nun auch andere afrikanische Staaten bereiterklären Truppen für AMISOM zur Verfügung zu stellen und die neue angepeilte Truppenstärke von 20.000 Mann schnell erreicht werden kann.

Auch die Polizei-Komponente AMISOMs kann nun auf eine größere Belegschaft zurückgreifen. Mittlerweile „a total of 50 officers from Burundi, (…) Gambia, Ghana, Kenya, Nigeria, Sierra Leone and Uganda have been deployed to AMISOM" (ebd.: 9). Die Hauptaufgabe dieser Komponente wird vor allem darin bestehen, somalische Polizisten auszubilden. U.a. „AMISOM police [will] provide, in the last quarter of 2011, training to the SPF in criminal investigation; counter-terrorism course; gender-based violence; public order management (…); and English literacy. In addition, AMISOM police will support the UNDP to upgrade the training of 900 Somali police officers to the required international standards" (ebd.: 10).

Auch AMISOMs ziviler Zweig kann Erfolge verweisen. So war es ihm aufgrund der verbesserten Sicherheitslage möglich nach Mogadischu überzusiedeln, wodurch die zivilen Angestellten schneller und wirkungsvoller ihre Arbeit verrichten können. „In May 2011, 14 AMISOM civilian international staff (…) were deployed in Mogadishu. Additional staff will be deployed as soon as the necessary logistical arrangements are finalized" (ebd.: 9). Trotz des geringen Personalstandes kann die zivile Komponente mit Hilfe lokaler NGOs der ansässigen Bevölkerung Hilfe zukommen lassen. „AMISOM (…) provide[s] free medical care to more than 12,000 Somalis every month at two of its hospitals in Mogadishu, and about 60,000 litres of safe drinking water every day to Somalis living near AMISOM camps" (ebd.). Angesichts der humanitären Katastrophe in Somalia, muss attestiert werden, dass die geleistete Hilfe unabdingbar jedoch bei weitem nicht ausreichend ist.

Um den neuesten Entwicklungen aus dem Jahr 2011 und den damit verbundenen neuen Herausforderungen in Somalia gerecht zu werden, hat der Peace and Security Council der AU beschlossen das CONOPs der Situation entsprechend anzupassen. Zu diesem Zweck wurden zwei getrennt voneinander durchzuführende Konzepte beschlossen. Das eine bezieht sich auf die militärische und das andere auf die polizeiliche Komponente von AMISOM. Das überarbeitete CONOPs für den militärischen Teil besteht aus drei Phasen und umfasst folgende Planungen:

> *„ (i) Phase I (3 to 4 months) will be devoted to the reinforcement of AMISOM up to the UN approved strength of 12,000 troops, supported by FPU[30]s, to meet current threats in Mogadishu and its environs, and create further space for political dialogue and reconciliation;*
>
> *(ii) Phase II (5 to 12 months) will entail the expansion of AMSIOM operations beyond Mogadishu into South and Central Somalia with 8,000 additional troops;*

[30] Formed Police Unit

(iii) Phase III (12 to 24 months) will make it possible to create conditions for the deployment of a UN peace keeping operation, to take over AMISOM and assist in the long-term reconstruction and stabilization of Somalia" (ebd.: 13).

Das überarbeitete Konzept für den Polizei-Zweig von AMISOM umfasst vier Phasen und beinhaltet diese Planungen:

„ (i) Phase 1 (first quarter 2012): 1 FPU of 140 personnel and 85 police officers, including advisers, trainers, mentors and support services staff;

(ii) Phase 2 (second quarter 2012): 1 FPU of 140 personnel at bases vacated by AMISOM military in Zone 1 and Zone 2 of Mogadishu and 60 police officers, including advisers, trainers, mentors and support service staff;

(iii) Phase 3 (third quarter 2012): 55 police officers, including advisers, trainers and mentors and support servicers staff;

(iv) Phase 4 (fourth quarter 2012): 2 FPUs of 140 personnel each in Zone 3, in Mogadishu, and 50 police officers including advisers, trainers, mentors and support service staff. The remaining 290 police advisers, trainers and mentors will be deployed outside Mogadishu under Phase 2 of the revised CONOPs" (ebd.).

Für die zivile Komponente von AMISOM wurde kein überarbeitetes CONOPs beschlossen.

Das Jahr 2012

Politische Lage

Das Jahr 2012 begann mit einem positiven Ereignis. Auf einer Konferenz in Garowe bei der alle wichtigen Interessensgruppierungen, die sich am Friedensprozess beteiligen möchten teilnahmen, wurde verkündet, dass die Transitionsperiode sobald wie möglich beendet werden solle. Um den reibungslosen Übergang zu geregelten politischen Verhältnissen in der Republik Somalia zu gewährleisten, wurde ein detaillierter Ansatz, der mit dem Namen ‚Garowe Principles' betitelt wurde, ausgearbeitet. „The 'Garowe Principles' [Herv. i. Orig.] provide for the adoption of a provisional Constitution [sic!] by a Constituent Assembly to be nominated by all the Roadmap signatories[31] and civil society, and for the creation of a bicameral federal

[31] Damit sind alle Interessensgruppierungen gemeint, die an den Beratungen in Garowe vom 21.-23- Dezember 2011 und vom 15.-17. Februar 2012 teilgenommen haben. Zu den Teilnehmern gehörten: der Präsident der TFG,

legislature" (ebd. 2012: 20). Am 27. März 2012 gab es eine weitere Konferenz, dieses Mal in Galkayo, in derselben Zusammensetzung. Gegenstand der Diskussion war eine Anpassung der in Garowe getroffenen Vereinbarungen. Man entschied sich „[to] reduce the size of the National Constituent Assembly (NCA) from 1,000 to 825 members (…). It was also decided that the members of the NCA would be selected by 135 Elders (…), assisted by a selection of committee of non-voting members, as well as by representatives of the six signatories" (ebd.). Im April 2012 gingen die 135 ausgewählten Ältesten schließlich ihre Aufgabe an, „to decide on the selection of the NCA and to select the new Parliament" (ebd.). Der Auswahlprozess war zu Beginn des September 2012 abgeschlossen und der Zeitplan zur Beendigung der Transitionsphase, der durch das Kampala-Abkommen festgelegt wurde, konnte eingehalten werden. Noch im selben Monat wurde durch das neu zusammengesetzte Parlament ein neuer Präsident gewählt. Hierbei handelte es sich Hassan Sheikh Mohamud. „President Hassan Sheikh Mohamud was formally inaugurated in Mogadishu, on September 2012" (ebd. 2013a: 1). Im Rahmen der Feierlichkeiten seiner Amtseinführung, stellte er der Öffentlichkeit ein aus sechs Punkten bestehendes Programm vor, das innerhalb der Legislaturperiode umgesetzt werden soll. Seinen Worten nach sind „the six (6) immediate priorities of his Government [sic!], namely security, national reconciliation, social service delivery, public financial management, economic development, as well as justice" (ebd.). Dieses Programm sollte durch die neue Regierung in den kommenden Monaten detailliert ausgearbeitet werden, weshalb es sich bei der Bekanntmachung noch nicht um die endgültige Fassung des Programmes handelte. Die finale Version des Sechs-Säulen-Plans ist in Abb. 3 dargestellt. Um die bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Aufständischen beizulegen, kündete Mohamud an, mit diesen den Dialog suchen zu wollen. Das Gespräch soll auch mit der autonomen Teilrepublik Somaliland gesucht werden. Zwischen dieser und der TFG hat es seit dem Jahr 2011 Uneinigkeiten über den Status und die Befugnisse dieser gegeben, was zu einer Verschlechterung des Verhältnisses geführt hat. Zu Beginn des Oktober stellte der Präsident seinen neuen Premierminister, Abdi Farah Shirdon, vor „The Prime Minister and his Cabinet [sic!] were endorsed by the Parliament, on 13 November 2012" (ebd.). Das neu zusammengesetzte Kabinett sollte jedoch nicht lange in dieser Form bestehen bleiben. „On 13 December 2012, the Prime Minister, in consultation with the President, Members of the Parliament, and representatives of the Somalia civil society, appointed five Ministers of State and twenty Deputy Ministers" (ebd.: 2). Dies Erweiterung des Kabinetts war die Antwort der Regierung auf Vorwürfe, dass bei deren

der Premierminister, der Sprecher des TFP, die regionalen Verwaltungen von Puntland und Galmudug sowie die ASWJ.

Zusammenstellung nicht ausreichend auf eine Einbindung aller Bevölkerungsgruppen geachtet wurde.

I.	„Full Stability – Supremacy of the law and good governance, that incorporates rule of law and security" (ebd. 2013e: 2)
II.	„Economic Recovery – Livelihoods and economic infrastructure" (ebd.)
III.	„Peace building – Social reconciliation through building bridges of trust" (ebd.)
IV.	„Service Delivery – Health, education and environment" (ebd.)
V.	„International Relations – Building collaborative relations and polishing the national image" (ebd.)
VI.	„The Unity and Integrity of the country – Striving together for a better future"

Abb.4 ‚Six-Pillar-Policy-Framework', final ausgearbeitete Fassung der Regierung der Republik Somalia

Ein weiterer Schritt zur Festigung der politischen Lage in Somalia wurde durch die aufgenommene Arbeit des Parlaments und der von ihr ernannten Regierung unternommen. In ihren ersten Arbeitsschritten ergriffen beide Maßnahmen zu ihrer eigenen Institutionalisierung (vgl. edb.: 1f.). So bildete das Parlament beispielsweise mehrere Ausschüsse und baute eine interne Verwaltung auf.

Auch die Föderalisierung des Staates wird durch die neugewählte somalische Regierung mit konkreten Schritten weiter vorangetrieben. So soll eine neue autonome Einheit mit dem Namen Jubbaland entstehen. Deren Gebiet befindet sich im Landesinneren und soll sich aus den bisherigen Bundesstaaten Gedo, Middle Juba und Lower Juba zusammensetzen. Erste Versuche zur Umsetzung des Vorhabens gab es bereits unter der TFG Anfang 2012, jedoch gelang es ihr nicht die Verhandlungen bis zum Ende der Transitionsphase erfolgreich zu beenden. Auch unter der neuen Regierung „the process of establishing a local administration for Jubbaland remains challenging" (ebd. 2013c: 9). Eine der Hauptgründe dafür ist die Schwierigkeit, die Interessen der in den Gebieten lebenden Klans in Einklang zu bringen. Dies ist insofern erforderlich, damit die Inklusion aller Bevölkerungsgruppen der Region gewährleistet werden kann.

Sicherheitslage und humanitäre Situation

Nach den Erfolgen gegen die aufständischen Gruppierungen, insbesondere gegen Al-Shabaab, in der Hauptstadt Mogadischu und deren Vertreibung im Jahr 2011, konnten die hinzugewonnen Stadtgebiete konsolidiert werden. Diese ging mit einer Verbesserung der dortigen Sicherheitslage einher. Trotz der merklichen Verbesserung und der Verdrängung von Al-Shabaab, stellen diese weiterhin die größte Bedrohung für die Zivilbevölkerung, die somalischen Institutionen und AMISOM dar. „Al Shabaab still has the ability to strike, as demonstrated by the suicide attacks at Villa Somalia, on 14 March and 4 April 2012, which resulted in significant casualties“ (ebd. 2012: 22). Al-Shabaabs Strategie der asymetrischen Kriegsführung, beschränkt sich nicht nur auf Selbstmordattentate. So werden des Weiteren gezielte Tötungsaktionen und IEDs[32] immer öfters verwendet um dem Gegner zu schaden. AMISOM und die somalische Regierung haben sich als Ziel, die gesamtgesellschaftliche Isolierung der Al-Shabaab-Miliz in der somalischen Bevölkerung gesetzt. Sie versprechen sich davon, dass die Akzeptanz dieser und ihrer Zielsetzung stark verringert und aus diesem Grund die Gewinnung von Kämpfern so stark wie möglich erschwert wird. In dieser Hinsicht, „it is important to ensure the delivery of services in the areas liberated from Al-Shabaab, so that the Somali people have confidence that their basics needs are met“ (ebd.). Nur so kann es gelingen, dass die Legitimität der somalischen Institutionen erhöht wird und die Aufständischen ihre Befürworter in der Bevölkerung verlieren. Um dieses Vorhaben erfolgreich umzusetzen ist es jedoch zu allererst notwendig, „to swiftly establish effective administration to stabilize the areas secured by AMISOM and the Somali security forces“ (ebd.). Dies gilt vor allem für die ländlichen Gegenden im Zentrum Somalias. Um auch den finanziellen Nachschub für Al-Shabaab zu begrenzen, haben die somalischen Sicherheitskräfte und AMISOM ihr Augenmerk auf die Hafenstadt Kismayo gelegt. Hier, „the SNSF and AMISOM forces continued to consolidate security in and around Kismayo, where they have deprived Al Shabaab of revenue from seaport taxation, custom duties and smuggling of contraband, notably the charcoal and sugar import and export” (ebd. 2013a: 4). Wie stark diese Maßnahmen Al-Shabaab schaden, wird sich erst in der Zukunft zeigen. Eine sofortige Wirkung ist nicht zu erwarten.

Auch Al-Shabaab ist nicht untätig und versucht die eigene Lage zu verbessern. Aller Bemühungen der somalischen Regierung und von AMISOM zum Trotz, versuchen sie ihren Einflussbereich weiter auszudehnen. Berichten von AMIOSM zu Folge, „Al Shabaab skillfully exploits clan differences in an effort to boost ist ranks“ (ebd.). Nebenbei versucht die Miliz auch ihre Einnahmenquellen zu diversifizieren. „It is (…) resorting to methods such as extor-

[32] Improvised Explosive Devices

tion of businesses, establishment of illegal checkpoints and increased linkages with criminal networks, to fund ist operations“ (ebd.). Unterstützung erfährt Al-Shabaab auch aus dem Ausland. So helfen schätzungsweise 400 ausländische Kämpfer bei der Ausbildung neuer Rekruten und bei den Auseinandersetzungen mit der Regierung und AMISOM. Zusätzlich zur Unterstützung von außerhalb Somalias, versucht Al-Shabaab sich ebenfalls regional als bedeutende islamistische Gruppierung zu etablieren.

> *„There are indications that Al Shabaab has intensified its outreach in the region, attempting to establish links with local extremists groups. It continues to recruit fighters in the neighbouring countries, train them and facilitate the return of those who want to wage war against their homeland as demonstrated by the recent spate attacks in Kenya” (ebd.).*

Eine erfreuliche Nachricht ist hingegen, dass die Ausbildung von Polizeikräften durch AMISOM langsam beginnt Früchte zu tragen. Denn, „AMISOM Formed Police Units (FPUs), together with the Somalia Police Force (SPF), are now conducting 24 hour patrol in Mogadishu“ (ebd.: 3). Es ist somit damit zu rechnen, dass sich die Sicherheitslage, zumindest in erster Linie in Mogadischu, nochmals weiter verbessern wird.
Bezüglich der humanitären Lage in Somalia, die sich weiterhin äußerst prekär gestaltet, wird in den Berichten über die Geschehnisse im Jahr 2012 keine Bemerkung verloren.

Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM

Im Vergleich zu 2011, konnte die Truppenstärke von AMISOM im Jahr 2012 stark erhöht werden. Mit einer Anzahl 17.709 entsendeten Soldaten wurde ein großer Schritt zur Erfüllung der durch das überarbeitete CONOPS vorgesehenen Mandatsstärke von 20.000 Soldaten gemacht. Ein Grund für die erfolgreiche Erhöhung der von AMISOM entsendeten Truppen liegt darin, dass sich weitere Mitgliedsstaaten der AU dazu bereit erklärt haben, hier gilt es vor allem Kenia hervorzuheben, Soldaten für den Einsatz bereitzustellen und bereits truppenstellende Staaten ihr Kontingent nochmals deutlich erhöht haben, vor allem Uganda und Burundi. Kenia erklärte sich bereit über 4.600 Soldaten zu entsenden und Uganda sowie Burundi haben ihre Zusage erfüllt und ihr Kontingent um 2.000 bzw. 1.000 Mann erhöht. Folglich gibt die Missionsleitung von AMISOM bekannt, dass „the deployment of the main body of the contingent is expected to be soon completed“ (ebd. 2012: 21). Auch die Polizeikomponente konnte ihr Personal sehr stark erhöhen. “There are [now] 81 Staff Officers (…). There are also 81 IPOs[33] from Burundi, Gambia, Ghana, Kenya, Nigeria, Sierra Leone, Uganda and Zimbabwe, as well as 2 FPUs of 140 police elements each from Nigeria and Uganda“ (ebd. 2013a:

[33] Individual Police Officer

4). Verglichen mit dem Jahr 2011 wurde 2012 die Anzahl der an AMISOM beteiligten Polizisten von ca. 50 mehr als verachtfacht.

Das Jahr 2013

Politische Lage

Mit dem Anfang des Jahres 2013 wurden die im Vorjahr begonnen Verhandlungen zur Bildung des Bundesstaates Jubbaland fortgesetzt. Zu diesem Zweck, „on 28 February 2013, more than 500 delegates gathered in Kismayo, Lower Juba region, to discuss and plan the proposed formation of the Jubbaland state“ (ebd. 2013c: 10). Das Treffen hatte jedoch keine belastbaren Ergebnisse mit sich gebracht. Gründe dafür sind die Sicherheitslage – Al-Shabaab ist vor allem in der Region um Kismayo immer noch sehr aktiv und beansprucht Gebiete für sich – und das Verhalten einiger Klans, die noch immer versuchen die Situation zu ihrem einseitigen Nutzen auszuschlachten. Premierminister Shirdon, als Vertreter der FGS[34], stellte deshalb für die Fortführung der Verhandlungen und der Gründung Jubbalands Bedingungen. „He directed that the Conference be disbanded, the Kismayo air and sea ports be handed over to the FGS, and all militias be integrated into the SNSF. Further, the FGS insists that all areas still under Al Shabaab control in the region must be recovered before the state can be formed” (ebd.). Da den meisten Forderungen innerhalb kurzer Zeit nachgekommen wurde, wurden die Verhandlungen über Jubbaland fortgesetzt. „On 15 May 2013, the delegates at the Kismayo Conference formally established the ‚Jubbaland State' [Herv. i. Orig.] and elected (…) Sheikh Ahmed Mohamed Islam (…) as its President” (ebd. 2013d: 3). Die stabilisierende Wirkung, die man sich von der föderalen Neuordnung Somalias versprach, blieb jedoch für das erste aus. So kam es bereits nach kurzem zu Problemen. „Former Minister of Defense Colonel Barre Adam Shire Hirrale declared himself President of Jubbaland. This development raised concerns that fighting could erupt between supporters of the rival ‚Presidents' [Herv. i. Orig.] if an agreement is not swiftly reached to resolve this standoff” (ebd.). Da die Fronten zwischen den beiden Lagern verhärtet waren, konnte eine Lösung nur mit der Hilfe eines Vermittlungsversuches erreicht werden. Zu diesem Zweck trafen sich alle Beteiligten in der äthiopischen Hauptstadt Addis Ababa. Die Gespräche verliefen innerhalb kurzer Zeit so erfolgreich, dass sie zügig abgeschlossen werden konnten. Um die getroffenen Ergebnisse festzuhalten, wurde

[34] Federal Government of Somalia

das Addis-Ababa-Abkommen[35] im August 2013 unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht unter anderem vor, dass eine Interimsregierung gebildet wird, um den Konflikt um die Führung von Jubbaland zu lösen.

Ein weiteres Problemfeld bei der Schaffung eines föderal organisierten Somalias sind die Beziehungen zwischen FGS und den Teilrepubliken Somaliland und Puntland, die im Norden des Landes liegen. Der Hauptstreitpunkt ist beide Male die Thematik der Autonomie. Sowohl Somaliland als auch Puntland fordern mehr Befugnisse ein, als die somalische Regierung und vor ihr die TFG gewähren wollen. Um die Streitigkeiten beizulegen, wird nun auch hier der Dialog gesucht. Die Initiative der FGS kann durchaus als Erfolg gewertet werden. In den Verhandlungen mit Somaliland, „the two parties agreed to continue dialogue and to consolidate cooperation in the security sector through sharing of intelligence, as well as training for security sector professionals, in order to enhance effectiveness in the fight against terrorism, extremism, piracy, illegal fishing and dumping of toxic waste“ (ebd.). Der Erfolg des Dialogs mit Puntland ist sogar noch umfassender, da „the FGS and the State of Puntland signed a 7-point agreement“ (ebd.: 3f.). Die Entwicklungen in beiden Fällen stimmen positiv und lassen hoffen, dass die weiteren Uneinigkeiten über den Umfang der gewährten Autonomie zügig ausgeräumt werden können.

Ein weiterer Erfolg auf Somalias Weg hin zur Stabilisierung ist die Verabschiedung des National Security and Stabilization Plan (NSSP), dessen bereits in der Transitionsphase begonnene Ausarbeitung durch die neue Regierung abgeschlossen wurde. Er umfasst mehrere Maßnahmen „for immediate, medium and long-term priority actions to strengthen the security and justice sector institutions in Somalia“ (ebd. 2013e: 2). Die Ziele, die dadurch erreicht werden sollen, sind in Abb. 4 dargestellt.

I.	„Strengthen higher level security and justice policy and strategy development and Co-ordination Mechanisms“ (ebd. 2013e: 2)
II.	„Rebuild affordable, accountable and professional defence/army, security justice and Custodian Corps Agencies and Institutions“ (ebd.: 3)
III.	„Ensure effective partnership and coordination between state and non-state security and justice agencies/institutions” (ebd.)
IV.	„Increase the inclusion and participation of parliament and Civil Society Organizations in Somalia security and justice sector development efforts“ (ebd.)

[35] Agreement between the Federal Government of Somalia and Jubba Delegation: http://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SO_130827_AgreementGovSomaliaJubbaDelegation.pdf

V.	„Enhance and sustain international support for the stabilization of Somalia“ (ebd.)

Abb.5 Ziele des NSSP

Mitte des Jahres kam es zu Spannungen zwischen Parlament und der Regierung. „On 17 May 2013, a group of 100 Members of Parliament tabled a motion requesting Prime Minister Abdi Farah Shirdon to appear before Parliament for a vote of confidence“ (ebd.: 3). Der Grund hierfür ist die Unzufriedenheit über die Arbeit des Kabinetts, für dessen Zusammenstellung der Premierminister verantwortlich ist. Zu einem Misstrauensvotum kam es jedoch letztendlich doch nicht. Die 100 Parlamentsmitglieder die den Antrag gestellt hatten, entschlossen sich wenige Tage danach, diesen wieder zurückzuziehen. Sie gaben jedoch unmissverständlich zu verstehen, falls sich aus ihrer Sicht die Arbeit des Kabinetts nicht verbessern würde, sie erneut darauf zurückgreifen wollen. Diese Drohung wurde im Dezember des Jahres wahrgemacht. Anfang des Monats kam es zu einem neuerlichen Misstrauensvotum gegenüber dem Ministerpräsidenten Shirdon, welches dieses Mal nicht zu seinen Gunsten ausging. (vgl. Security Council 2014: 1). Um die Handlungsfähigkeit und das Funktionieren des Kabinetts zu gewährleisten, machte sich Präsident Mohamud unter Hochdruck daran einen geeigneten Nachfolger zu finden. „On 12 December, following extensive consultations, President Hassan Sheikh Mohamud nominated Abdiweli Sheikh Ahmed as the new Prime Minister“ (ebd.).
Neben der schwierigen Situation zur Kabinettsumbildung, musste die FGS einen herben Rückschlag bei der Stabilisierung Somalias hinnehmen. Obwohl „the government has taken steps to enhance financial transparency and accountability, especially through the establishment of a special finance facility“ (ebd.: 4), gab der Internationale Währungsfonds (IMF) bekannt, zukünftig keine weiteren finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Finanzierungstopp seitens des IMF ist zwar nicht permanent, jedoch gab er als Auskunft, „that it would not lend money to Somalia until the country’s US$ 352 million debt has been cleared“ (ebd.). Da eine Rückzahlung des ausstehenden Betrags in nächster Zeit nicht realisierbar ist, muss sich die FGS nach alternativen Geldgebern umschauen. Wie erfolgreich die Suche verlaufen wird, bleibt abzuwarten.

Sicherheitslage und humanitäre Situation

Von offizieller Seite heißt es, dass im Jahr 2013 weitere Fortschritte zur Stabilisierung der Sicherheitslage in Somalia gemacht wurden. Den Angaben nach lag der Fokus vor allem auf der Behauptung der bereits erfolgten Gebietsgewinne. „There have been no major advances to

recover more territory from Al Shabaab“ (ebd. 2013c: 10). Das ein weiteres entschiedenes Vorgehen gegen Al-Shabaab notwendig wäre, legt die von der Missionsleitung eigens getroffene Einschätzung nahe, weil „Al Shabaab retains the capability to carry out attacks against the FGS, civilians and AMISOM“ (ebd.). Eine Fortsetzung der Offensive gegen die Miliz wäre schon deshalb gegeben, um es ihnen nicht zu ermöglichen sich zu sammeln und in Ruhe neue Strategien vorbereiten zu können. Der Grund, warum sich die Truppen von AMISOM und der SNSF zurückhalten, ist einem anderen Grund geschuldet. „Due mainly to both operational and resource limitations, linked mainly to inadequate force enablers and multipliers“ (ebd.). Im Verlauf des Jahres machten sich die Kapazitätsgrenzen, welche kurzfristig nicht behoben werden konnten, negativ bemerkbar. Im März 2013 verloren AMISOM und die SNSF die Kontrolle über die Bakool Region, welche zuvor von der äthiopischen Armee (ENDF) gehalten wurde und nun übergeben werden sollte. Weitere Gebietsverluste konnten jedoch in der nächsten Zeit vermieden werden. Jedoch gab es in 2013 eine Reihe von Anschlägen, für die Al-Shabaab verantwortlich ist. „These operations have increased in tenacity, as demonstrated by the suicide attack on the Supreme Court complex in Mogadishu on 14 April 2013“ (ebd. 2013d: 5). Eine in dem Jahr gebildete Joint Mission, die gemeinsam von der AU Kommission und dem UN-Sekretariat gebildet wurde (vgl. ebd. 2013f: 2) schätzt die Bedrohung durch Al-Shabaab als nicht vernachlässigbar ein. Bei ihrer Evaluierung der Sicherheitslage in Somalia, die von der eben erwähnten Gruppierung mit Abstand am meisten gefährdet wird, zu folgender Schlussfolgerung:

> *„(i) the number of Al Shabaab fighters is estimated in the thousands and is increasing through forced recruitment. If revived, Al Shabaab is likely to expand ist targets beyond Somalia, as has been the case in the past (…);*
>
> *(ii) while a significant drop in Al Shabaab's income was initially observed upon the capture of the Bakaramarket, in May 2011, and of Kismayo, in October 2012, its control of a number of towns with access to natural sea-jetties continues to provide it with opportunities for revenue generation through the taxation of illegal exports (…);*
>
> *(iii) after the securing of some strategic towns and ports by AMISOM and the Somali forces in 2012 and early 2013, AMISOM military operations stagnated due to lack of force enablers and the failure to achieve the envisaged level of force generation for the SNA[36]. This, coupled with Al Shabaab's deliberate shift toward asymmetrical warfare since May 2013, has led to detoriation in the security situation (…); and*

[36] Somali National Army

(iv) the capacity of the SNA in the pasttwo years fell short of the levels anticipated in 2010/2011" (ebd.:4).

Positiv stimmen Berichte über interne Streitigkeiten Al-Shabaabs (vgl. ebd.) und die damit verbundene Hoffnung, dass diese zu irreversiblen Spaltungen führt.

Die humanitäre Lage hat sich weiterhin nicht gebessert. Durch Rückschläge wie in der Region Bakool, wird sie sogar noch verschlimmert. Die Rückeroberung durch Al-Shabaab hat eine weitere Massenfluchtbewegung in andere Regionen Somalias und den angrenzenden Staaten ausgelöst. Insgesamt, „there are currently 1.1 million Internally Displaced Persons (IDPs) in Somalia and 1 million refugees in neighbouring countries" (ebd. 2013e: 3). Durch die gefährliche Lage in einigen betroffenen Gebieten können dort die humanitären Helfer noch immer nicht ihrer Arbeit in dem Maße nachkommen, wie es eigentlich notwendig wäre. „The near absence of public infrastructure, including health, education and other social services, contributes to the worsening plight of the war-weary population, particularly the vulnerable groups, including children, women, and the disabled" (ebd.: 6). Um der Situation Herr zu werden, hat sich der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 2102 (2013) dazu entschieden eine Hilfsmission mit dem Namen UNSOM[37] zu entsenden (ebd. 2013c:11). Der Entsendungszeitraum soll 12 Monate betragen.

Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM

Laut des Berichts des Vorsitzenden der Kommission zur Situation in Somalia, welcher am 13. Juni 2013 veröffentlicht wurde, kann ein großer Erfolg bei dem zu AMISOM abgestellten Personals verzeichnet werden. „During the reporting period, AMISOM attained its mandated (…) personnel strength" (ebd. 2013d: 6). Trotz dieser positiven Entwicklung, ist es AMISOM immer noch nicht möglich, die nun erreichte volle Personalstärke zu ihrem Vorteil auszuspielen und dem von CONOPS vorgesehenen Roadmap nachzukommen. Dies betrifft vor allem die Zusammenarbeit mit der SNSF.

„The effectiveness of AMISOM joint operations with the SNSF are being seriously undermined by the lack of basic logistic supplies to the SNSF, including ammunition, fuel and rations, as well as medical support. As a result, AMISOM has been compelled to use its limited resources to hold the secured areas, instead of handing them over to the Somali authorities and undertaking further expansion operations" (ebd.: 7).

Wann es AMISOM letztendlich möglich sein wird, den vorgesehenen Zeitplan umzusetzen und somit die Republik Somalia vollständig zu befriedigen, bleibt deshalb ungewissen.

[37] UN Assistance Mission in Somalia

Das Jahr 2014

Politische Lage

In politischer Hinsicht ist das Jahr 2014 in Somalia von einer weiter voranschreitenden Föderalisierung gekennzeichnet. Nachdem die Streitigkeiten um Jubbaland im August 2013 beigelegt werden konnten, entschloss man sich mit der Bildung weiterer föderaler Bundesstaaten fortzufahren. So kamen die FGS und die neun betroffenen Regionen zu der Übereinkunft, dass ein Süd-West- sowie ein Zentrumsstaat gegründet werden sollen. Die Bildung dieser neuen somalischen Teilrepubliken schritten rasch voran, so dass Mitte 2014 bereits erste Abkommen zur Gründung dieser geschlossen werden konnten. „On 23 June 2014, the South West-6 group and a delegation of South-West-3 Group signed a historic Agreement[38] [sic!] at Villa Somalia to set up an Interim South-West Administration that would include the regions of Bay, Bakol and Lower Shabelle" (ebd. 2014: 1). Das Baidoa-Agreement stieß jedoch nicht nur auf Befürworter. So wurde es von einigen Seiten abgelehnt, die befürchteten durch die Neuordnung an Einfluss und Macht zu verlieren. „The FGS also held consultations with representatives of the central regions (…) and the leadership of Ahlu [sic!] Sunna wal Jamaa, resulting in the signing, on 30 July 2014, of an Agreement in which they committed themselves to form an administration for Mudug and Galguduud" (ebd.). Im Gegensatz zu dem Abkommen zur Gründung des Süd-West-Staats, gab es gegen das Abkommen zur Gründung einer im Zentrum liegenden Teilrepublik von keinem Konferenzteilnehmer Einwände dagegen.

Während die FGS darum bemüht ist Somalia föderaler zu gestalten, befinden sich die beiden ältesten Bundesstaaten des Landes – Puntland und Somaliland – miteinander im Konflikt. Grund des Streites ist die Sool Region (vgl. ebd.), die im Grenzgebiet der beiden Nachbarn liegt. Der Auslöser war „a conference organized by leaders, elders and supporters of the self-declared 'Khatumi State'[Herv. i. Orig.]" (ebd.). Somaliland reagierte auf das in Taxeex stattfindenden Treffen mit einer Beschlagnahmung der Stadt. Da neben Somaliland auch Puntland die Sool Region für sich beansprucht, hat die Regierung dieser ebenfalls ihr Militär nach Taxeex entsandt (vgl. ebd.).

Auch zwischen der FGS und Puntland kam es zu Meinungsverschiedenheiten. Ursache ist hier der geplante Zentral-Staat, der die Regionen Galguduud und Mudug umfasst. Puntland beansprucht Teile von Mudug für sich selbst und weigert sich deshalb die neue Teilrepublik anzuerkennen und untermauerte ihren Anspruch mit folgenden Aktionen: „The President of

[38] Bei diesem Übereinkommen handelt es sich um das ‚Baidoa-Agreement'

Puntland, Abdiweli Mohamed Ali Gaas, suspended co-operation with the FGS and withdrew 10 Parliamentarians"(ebd.: 2). Die FGS zeigte sich jedoch sofort darum bemüht die problematische Situation im beidseitigen Einverständnis zu lösen, weshalb Premierminister Ahmed zu Gesprächen nach Puntland reiste. Diese führten insofern zu einem Erfolg, da „the two parties (…) agreed to put in place confidence-building measures" (ebd.: 2).

Neben der Neugliederung Somalias und der Schlichtung der dabei auftretenden Streitigkeiten, ist die FGS darum bemüht die Gesetzgebung zum Zwecke einer effektiveren Terrorismusbekämpfung anzupassen. Zu diesem Zweck, „on 10 July 2014, the Somali cabinet approved a draft Couner-Terrorism (CT) bill designed to strengthen the fight against insurgency within Somalia" (ebd.: 3). Das Ziel des Gesetzes ist es, den Gerichten einen größeren Spielraum bei der Verurteilung von Aufständischen und den von ihnen begannen Verbrechen zu gewährleisten.

Sicherheitslage und humanitäre Situation

Die Sicherheitslage in Somalia blieb auch dieses Jahr bis zuletzt äußerst problematisch. AMISOM und die somalische Armee haben immer noch keinen Weg gefunden, wie sie gegen die neue asymmetrische Kriegsführung der Al-Shabaab Miliz erfolgreich vorgehen können. Es ist somit wenig verwunderlich, dass die Aufständischen die nicht vorhandene Lösungsfähigkeit als Schwachpunkt von AMISOM und SNA ausmachen. Aufgrund dessen, möchten diese, das als Vorteil nutzen, weshalb „Al-Shabaab continues to carry out a dual-track asymmetric campaign focused on the conventional targeting of vulnerable AMISOM and SNA defensive positions and emplacement of Improvised Explosive Devices (IEDs) at AMISOM and SNA supply lines" (ebd.: 3). Die verübten Attacken, u.a. auf Villa Somalia, das Parlament und Einrichtungen des somalischen Geheimdienstes, forderten über 30 Tode (vgl. ebd.:4), von denen ein großer Teil Zivilisten war. Der Kampf gegen Al-Shabaab im Jahr 2014 kann aber auch einen großen Erfolg für AMISOM und die FGS für sich verbuchen. „On 1 Sept 2014, a US air strike killed Al-Shabaab leader, Ahmed Abdi Godane, in Barawe" (ebd.). Obwohl die Miliz unmittelbar nach dessen Tod einen Nachfolger benannte, gilt es abzuwarten, inwiefern eine Schwächung der Al-Shabaab gelungen ist.

Ebenso prekär wie die Sicherheitslage, gestaltet sich auch die humanitäre Situation für die Zivilbevölkerung. Vertreibung, Dürre und immer teurer werdende Lebensmittel haben die Hungersnot in der Gesellschaft größer werden lassen. Bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 10 Millionen Menschen, „ther are about 1 million Somali refugees and over 1.1 million internally displaced people" (ebd.). Die Zahl derjenigen die dringendst auf humanitäre Hilfe an-

gewiesen sind ist noch höher: „according to the United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), over 3.2 million people are in need of humanitarian assistance“ (ebd.). Rund ein Drittel der Bevölkerung bräuchte also unmittelbare Hilfe. Von Seiten AMISOMS wird jedoch wenig zur Linderung des Leids unternommen.

Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM

Im Jahr 2014 wurde das Kontingent AMISOMs an uniformiertem Personal nochmals erhöht. So sind nun anstatt den insgesamt vorgesehenen 20.000 Mann, 22.056 Mann nach Somalia entsendet worden (vgl. ebd.). Die Erhöhung der Truppenstärke war notwendig geworden, um die geplanten Operationen gegen Al-Shabaab durchführen zu können. In erster Linie war zusätzliches uniformiertes Personal für die am 25. August gestartete Operation Indian Ocean notwendig. In deren Rahmen „each Sector [sic!] was assigned objectives with instructions to seize, secure and stabilize key districts along the coastline“ (ebd.: 5). Da die Operation zum Zeitpunkt der Berichtsveröffentlichung im Jahr 2014 abgeschlossen war und somit keine Informationen über deren Erfolg und Misserfolg vorliegen, wird diese nicht in der vorangehenden Sektion ‚Sicherheitslage und humanitäre Situation' behandelt.

Bewertung von AMISOM

Nachdem die empirische Datensammlung und –zusammenfassung abgeschlossen ist, sollen nun im weiteren Verlauf die aufgestellten Hypothesen mithilfe des erhobenen Materials auf ihre Richtigkeit überprüft werden.

Als erstes soll *H_1: AMISOM konnte seit dem Beginn im Jahr 2007 nicht erfolgreich abgeschlossen werden, weil die Sicherheitslage nicht beruhigt werden konnte* auf Richtigkeit überprüft werden. Diese Aussage muss nach der Analyse des Datenmaterials als zutreffend erachtet werden. AMISOM gelang es nicht im Laufe seines Mandates die Al-Shababb-Miliz zu besiegen. Trotz alldem ist es jedoch nicht so, dass AMISOM keine Erfolge gegen die Aufständischen verzeichnen konnte. So ist die momentane Situation mit der zu Beginn des Einsatzes von AMISOM nicht zu vergleichen, da „from 2006 to 2011, the Islamic extremist group al-Shabaab was the de facto ruling party“ (Roitsch 2014: 3). Seit der Truppenentsendung konnten Schritt für Schritt immer mehr von Al-Shabaab kontrollierte Gebiete zurücker-

obert werden und größtenteils auch gehalten werden. Der Höhepunkt des Feldzugs gegen die Gruppierung war als „al-Shabaab announced ist withdrawal from Mogadishu in August 2011“ (ebd.: 8). Auch die Polizei-Komponente konnte im Laufe der Jahre immer zur Sicherheit beitragen, indem die Ausbildung von somalischen Polizeikräften weiter voranschritt, wodurch vor allem in Mogadischu die Sicherheitslage enorm verbessert werden konnte. Der Zeitraum um das Jahr 2011 kann als Wendepunkt in der Konfrontation mit der Miliz gesehen werden. Da sie immer mehr an Boden gegenüber den zahlenmäßig überlegenen Truppen AMISOMs verloren, änderten sie ihre Taktik mit der Zeit immer mehr um. Al-Shabaab versucht sich seitdem mit einer asymmetrischen Kriegsführung und kann mit dieser Erfolge für sich verzeichnen. Den Berichten ist zu entnehmen, dass es seit dem Jahr 2011 vermehrt zu Attacken mit IEDs sowie einzelnen aber gezielten Attacken gegen AMISOM und dessen Einrichtungen, der TFG und später der FGS sowie der Zivilbevölkerung kommt. Dabei hat die Terrorgruppe ihr Einsatzgebiet ausgeweitet, so fand bereits eine Reihe von Anschlägen im Ausland statt. Es gelang ihnen also den Konflikt sogar auszuweiten, indem sie versuchen die Nachbarstaaten in die Konfliktlage miteinzubeziehen. Bis jetzt gelang es den Truppen von AMISOM noch nicht, sich dieser neuen Gefahr der Kriegsführung entsprechend anzupassen und weiter Erfolge in der Bekämpfung von Al-Shabaab zu erzielen. Ein Grund hierfür ist in der mangelnden technischen Ausstattung der Militärkomponente zu suchen. So war es AMISOM im Jahr 2013 nicht möglich die Rückeroberung von Al-Shabaab kontrolliertem Gebiet fortzusetzen. Dieser Engpass an entsprechendem Equippement wurde von den Gegnern entschieden genutzt, so dass einige Gebietsverluste zu Buche stehen. So konnte Al-Shabaab sein Rückzugsgebiet in letzter Zeit etwas vergrößern und weiterhin dafür sorgen, dass die Sicherheitslage bei weitem noch nicht unter Kontrolle ist. Für die Zukunft verbreiten die Hinweise auf interne Streitigkeiten der Gruppierung etwas Hoffnung auf einen baldigen Sieg über diese. Sie sind das Resuöltat der größten Schwäche Al-Shabaabs. „Its main weakness [is] that it was exposed to the same mechanisms of fragmentation that had made all of the other armed factions so far in the history of the Somali conflict fragment (…): clan and poverty“ (Hansen 2013: 139). Sich allein auf die Streitigkeiten zwischen den Klans zu verlassen, die mit Al-Shabaab kooperieren und dass sie die Organisation irgendwann lahmlegen, ist bei weitem nicht ausreichend. „Shutting down al-Shabaab revenue streams (…), while shaping the environment to ensure that conditions conducive to an al-Shabaab revival do not exist“ (Roitsch 2014:10), was von AMISOM bisher noch nicht entschieden angegangen wurde, wären für die zukünftige Bekämpfung vielversprechend um die Sicherheitslage zu befriedigen und Al-Shabaab handlungsunfähig zu machen. Gleichzeitig gilt es für AMISOM an der eigenen Wahrnehmung durch die somalische Bevölkerung zu arbeiten. AMISOM wird mittlerweile

von den Somalis selbst als Bedrohung wahrgenommen: „AMISOM's (…) issue has been the harm it caused civilians in Somalia" (Williams 2013: 8). Diese Perzeption ist dahingehend korrekt, da die Zahl der zivilen Opfer seit dem Al-Shabaab eine asymmetrische Kriegstaktik verfolgt, extrem angestiegen, so verwendet die Miliz unter anderem menschliche Schutzschilde oder führt Attacken auf AMISOM in belebten Lokalitäten durch, wodurch es den Soldaten schwerer fällt zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. „One Somali peace activist in Mogadishu summarized the perspective of many local civilians by saying: 'What is the difference between AMISOM and al-Shabaab … AMISOM are killing me. (…)'" (ebd.: 9).

Die zweite Hypothese, *H_2: AMISOM konnte seit dem Beginn im Jahr 2007 nicht erfolgreich abgeschlossen werden, weil bei den involvierten Akteuren kein Wille zur politischen Lösung des Konflikts vorhanden ist,* muss ebenfalls als zutreffend betrachtet werden. Dass kein politischer Wille zu einer politischen Lösung vorhanden ist bei der Betrachtung der bereits erwähnten Al-Shabaab, einen mehr als relevanten Akteur, mehr als klar. Für die Miliz ist die einzige Lösung des Konflikts ihr Sieg über AMISOM und der von ihr unterstützten somalischen Regierung. Im Gegensatz dazu haben die FGS sowie die AU in Form von AMISOM ihre Bereitschaft zur Verhandlung und Aussöhnung mit rivalisierenden Akteuren stets betont. Ihre Worte waren in dem Sinn auch keine leeren Worthülsen, da auf Initiative der beiden regelmäßig Dialogrunden mit Unterstützer und Gegner stattgefunden haben. Mit dieser Strategie konnten AMISOM und TFG bzw. FGS auch Erfolge verzeichnen. So erklärten sich militante Oppositionsgruppierungen wie ASWJ dazu bereit den Konflikt beizulegen und die kriegerischen Auseinandersetzungen zu beenden. Mit einer Integrierung, in der von AMISOM und TFG kreierten Institutionenlandschaft, haben sie den ehemaligen Gegenübern gezeigt, dass sie auf stets auf Ausgleich bedacht sind und die Anliegen anderer bestmöglichst berücksichtigen. Diese Bemühungen, die von den als Datenmaterial herangezogenen Berichten ausführlich dargestellt werden, vernachlässigen jedoch einen wesentlichen Aspekt. „They approached the Somali conflict as if it were merely an internal phenomenon. Internal actors and factors are substantial for Somalia's collapse, but it cannot be reduced to the internal factors only" (Gebrewold 2011: 144). In diesem Sinne muss vor allem der Nachbarstaat Äthiopien erwähnt werden, zudem die Beziehungen seit dem Ogaden-Krieg in den 1970er Jahren als sehr belastet zu betrachten sind. Aufgrund immer wiederkehrender Einmischungen in innersomalische Angelegenheiten, zuletzt geschehen im Jahr 2006 als die äthiopische Armmee die UIC niederwarfen und versuchten die TFG als alleinige Regierung zu installieren. Doch damit wurde der TFG in Sachen Anerkennung durch die somalische Bevölkerung nicht unbedingt ein Gefallen getan. „Ethiopia's 2006 campaign was thus widely perceived in Somalia as an attempt to forcefully install an illegitimate regime" (Williams 2009: 517). So wurden die zur TFG in

Opposition stehenden Elemente gestärkt, indem sie die Unterstützung großer Teile der somalischen Bevölkerung erfuhren. Für die Übergangsregierung muss die Intervention Äthiopiens als große Hilfe, aber auch gleichzeitig als Maßnahme die ihr zukünfitges Handeln um einiges erschwerte, bewertet werden. Mit Eritrea gibt es einen weiteren angrenzenden Staat, der in einem nicht zu vernachlässigendem Maße die Entwicklung in Somalia beeinflusst. Auch hier spielt die Beziehung zu Äthiopien eine wichtige Rolle, die in diesem Fall noch schlechter ist als die zu Somalia. Man kommt nicht umher zu sagen, dass das Verhältnis zwischen Äthiopien und Eritrea feindschaftllicher Natur ist. „Nach der Logik, dass der Feind meines Feindes mein Freund sei, galt Somalia seit dem 1998 um Grenzstreitigkeiten ausgebrochenen Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea als erweiterter Austragungsort dieses Konfliktes, in dem beide Seiten ihre jeweiligen Verbündeten materiell und logistisch unterstützen“ (Holzer 2011: 107). Somit hat Eritrea die Rolle übernommen, als Unterstützer von militanten Gruppierungen aufzutreten, die die von Äthiopien unterstützte TFG und später FGS bekämpfen. Folglich bedarf es um die Situation in Somalia zu befriedigen nicht nur den Willen der internen Akteure zu einer politischen Lösung, sondern auch der der externen. Es gilt deshalb, dass das gesamte in der Region bestehende Konfliktsystem gelöst werden muss, damit in Somalia Frieden herrschen kann.

Als letztes soll *H_3: AMISOM konnte seit dem Beginn im Jahr 2007 nicht erfolgreich abgeschlossen werden, weil die humanitäre Lage trotz AMISOM unverändert schlecht bleibt und so den Nährboden für das Andauern des Konflikts bereitet* auf ihre Zutreffendheit hin zu untersuchen. Hier lässt sich vorwegnehmen, dass die dritte Hypothese als zutreffend erachtet werden muss. Über den Verlauf der Jahre kann lediglich festgestellt werden, dass seit der Entsendung AMISOMs die humanitäre Lage in Somalia bestenfalls gleich problematisch geblieben ist. Daran ist u.a. auch eine von Beginn an verfehlte Planung schuld. „The 8 000 soldiers who constituted AMISOM[39]; (…) were not provided with an explicit protection of civilians mandate. This was because the mission was viewed as a short-term operation tasked with providing technical support and ensuring the physical safety of the TFIs” (Lotze et al. 2012: 19). Die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Wasser und medizinischen Dienstleistungen im Umkreis von AMISOM Stützpunkten war eher aus der Not geboren und war daher nicht mehr als vielbesagter Tropfen auf dem heißen Stein. Wie im Abschnitt ‚Zusammensetzung von AMISOM‘ bereits erwähnt, war die direkte humanitäre Hilfe für die Bevölkerung nur ein Aspekt neben u.a. der politischen Versöhnung und des institutionellen Wiederaufbaus Somalias. Von Seiten der Mission konzentrierte man sich vor allem auf die letzten beiden. Bei der

[39] Hiermit ist der Zeitpunkt des Missionsbeginns gemeint, in dessen Rahmen vom Mandat eine Truppenstärke von 8.000 Mann vorgesehen war.

Versorgung der Bevölkerung mit humanitären Hilfsleistungen setzte man hauptsächlich auf die Vereinten Nationen und NGOs, was erklärt, warum AMISOM diesen Bereich weiter vernachässigte. Da es aber aus unterschiedlichen Gründen nicht gelang die Sicherheitslage so zu stabilisieren, dass Entwicklungshelfer ihre Arbeit verrichten konnten ohne behindert zu werden und ohne um Leib und Leben fürchten zu müssen, zogen die meisten Organisationen nach einiger Zeit ihr Personal wieder ab. Verschlimmert wurde die Situation durch die Dürre im Jahr 2011. Sie verursachte eine Fluchtbewegung von den amstärksten betroffenen Gebieten in das umliegende Ausland sowie in weniger stark betroffene Regionen in Somalia. Diese wurden in der Folge vor große Probleme gestellt, da diese nicht in der Lage sind eine zusätzliche Vielzahl von Personen zu verpflegen. In einem Land, dessen vorrangig landwirtschaftlich geprägt ist, hatte die Dürre jedoch auch noch eine ökonomische Dimension. Durch den Wegfall der sowieso schon geringen Einnahmen durch Ackerbau und Viehzucht, kam ein großer Teil der Somalis in die Situation nicht mehr genügend Geld zur Sicherstellung der eigenen Versorgung zu besitzen. Auch wenn in den Folgejahren im Anschluss an die Dürre 2011 die humanitäre Situation sich etwas verbessert hat, bleibt sie dennoch höchst problematisch. So ist laut eines AMISOMs Berichtes aus dem Jahr 2014 rund ein Drittel der somalischen Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen. Ein unhaltbarer Zustand, wenn man bedenkt, dass nur durch die Bewältigung der humanitären Krise AMISOM und noch viel mehr die FGS als wahre legitime Alternative durch die Bevölkerung wahrgenommen werden kann. Ein Erfolg hier wäre auch ein großer Fortschritt im Kampf gegen Al-Shabaab, da die Gewährleistung der Grundbedürfnisse den Zustrom von neuen Mitgliedern unterbinden könnte, da es keine Beitritte aus Gründen der Existenzsicherung geben würde.

Bei der Analyse des Datenmaterials wurde sehr deutlich, dass es noch drei weitere Apsekte gibt, die einem Erfolg von AMISOM im Wege stehen und gleichzeitig die Stabilisierung der Sicherheitslage, das Finden einer politischen Lösung und die erfolgreiche Bewältigung der humanitären Krise behindern. Hierbei handelt es sich zum einen um die schleppende Entsendung des von den AU-Mitgliedsstaaten versprochenen Personals für AMISOM und zum anderen um den Mangel an für den Einsatz erforderlichem Equippement, die in den jeweiligen Kapiteln im Abschnitt ‚Entwicklung der Rahmenbedingungen für AMISOM' beschrieben werden. Diese Misstände verhinderten und verhindern eine schnellere Befriedigung Somalias, da durch nicht vorhandene, aber benötigte Ausrüstung und fehlenden Soldaten die Bekämpfung von Al-Shabaab nicht im eigentlichen geplanten Rahmen durchgeführt werden kann. Das hat natürlich auch negative Folgen für die Erfüllung der humanitären Bedürfnisse der leidenden Bevölkerung, da wie zuvor bereits erwähnt Hilfsorganisationen ihr Personal aufgrund der unsicheren Lage abziehen. Die dringend benötigte Hilfe wird deshalb nicht geleis-

tet. Zudem wird deutlich, dass es nicht bei jedem Mitgliedsstaat der AU einen ausgeprägten Willen zu einer politischen Lösung des somalischen Konfliktes gibt, da Versprechungen bezüglich des eigenen Beitrags zu AMISOM nicht eingehalten werden. Neben einem mangelnden nationalen Willen zur Erreichung einer politischen Lösung, muss somit attestiert werden, dass es auch auf der internationalen Ebene nicht überall die Bereitschaft für die Findung einer eine solche Lösung gibt. Ein dritter Aspekt sind die immer wieder auftretenden internen Streitigkeiten zwischen den somalischen Institutionen. So kam es seit 2007 vermehrt zu Streitigkeiten zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten, die zumeist mit der Entlassung des Letzeren endeten. Ein anderes Beispiel für den Institutionenzwist ist der Beschluss des damaligen TFP seine Legislaturperiode im Alleingang gegen den Widerstand der TFP und der internationalen Gemeinschaft zu verlängern. Diese Streitigkeiten nehmen sehr viele Kapazitäten in Anspruch die bei den Verhandlungen mit anderen Akteuren um eine politische Lösung für den somalischen Konflikt nicht verfügbar sind.

Die Schlussfolgerungen bezüglich der Zutreffendheit der Hypothesen H_1, H_2 und H_3 werden zusätzlich von zwei Tabellen gestützt, die Teilergebnise einer Umfrage des UNHCR und von der IOM[40] aus dem Jahr 2014 unter somalischen Flüchtlingen wiedergibt. Einbezogen wurden Somalier, die sich in Lagern in der Dadaab, eine im kenianisch-somalischen Grenzgebiet liegende kenianische Stadt. Die somalischen Flüchtlinge wurden zum einen gefragt, ob sie in ihr

Abb.6 Rückkehr Absicht somalischer Flüchtlinge im kenianischen Flüchtlingslager Dadaab[41]

Heimatland zurückkehren wollen und falls ja, zu welchem Zeitpunkt (Abb.5). Von den über 85.000 Befragten Somaliern möchte 97,4 Prozent nicht mehr den Weg zurück antreten. Lediglich 1,4 Prozent haben vor im nächsten halben Jahr, nur 0,2 Prozent nach 6 bis 12 Monaten und nur 0,1 Prozent nach 12 bis 24 Monaten zurückzukehren. 0,8 Prozent der Umfrageteilnehmer wissen noch nicht, ob sie bleiben oder nach Somalia heimkehren sollen. Ebenfalls wurden die Befragten darum gebeten anzugeben, aus welchen Gründen diese Somalia verlassen haben (Abb.6). Ungeachtet der Unterscheidung zwischen Personen die eine Rückkehrabsicht besitzen oder nicht, lässt sich festhalten, dass mit Abstand die meisten Leute wegen der in Somalia herrschenden Dürre (19,8 Prozent) und wegen den gewalttätigen Auseinandersetzungen (Clan fighting 71,8 Prozent und Political fighting 7,1 Prozent) die Flucht ergriffen

[40] International Organization for Migration
[41] Quelle: UNHCR; IOM 2014: Joint Return Intention Survey Report 2014. Genf. S.36.

haben. Die von UNHCR und IOM vorgenommene Unterscheidung zwischen Klanauseinan-

Reason for intending to return	Do not intend to return		Do intend to return		Total	
	Pop. estimate	Percent	Pop. estimate	Percent	Pop. estimate	Percent
Drought	15,954	18.5	1,144	1.3	17,098	19.8
Loss of assets	352	0.4	-	-	352	0.4
Clan fighting	61,216	70.8	887	1.0	62,103	71.8
Political fighting	5,963	6.9	167	0.2	6,131	7.1
Humanitarian assistance	118	0.1	26	0.0	144	0.2
Job in Dadaab	15	0.0	-	-	15	0.0
Join family members	68	0.1	3	0.0	71	0.1
Personal persecution	523	0.6	-	-	523	0.6
Total	84,209	97.4	2,228	2.6	86,437	100.0

Abb.7 Ursachen für Flucht aus Somalia[42]

dersetzungen und politsch motivierten Kämpfen ist in diesem Zusammenhang uneindeutig, wie diese selbst anmerken: „although, respondents could select political or clan conflict, there i soften no clear delineation – for minority clans, a majority clan in power may have subjected them to persecution with the conflict therefore political“ (UNHCR & IOM 2014: 39). Auch unter Berücksichtigung der Unterscheidung zwischen den beiden Konfliktursachen muss festgehalten werden, dass der Großteil der Menschen wegen der unsicheren Zustände in Somalia die Entscheidung zur Flucht getroffen haben. Abschließend muss deshalb festgehalten werden, dass obwohl AMISOM in Zusammenarbeit mit der TFG als auch der FGS, sowie mit Hilfe der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft versucht haben, die Sicherheit wiederherzustellen, für geordnete politische Verhältnisse zu sorgen und die humanitäre Lage (v.a. die Hungernot, die durch die vorherrschende Dürre verursacht wurde) zu verbessern und dabei Teilerfolge verzeichnen konnten, letzten Endes nicht erfolgreich waren.

Fazit

Abschließend betrachtet bleibt also nichts übrig als zusammenzufassen, dass die seit dem Jahr 2007 laufende Peacekeepingoperation AMISOM aus den in den Hypothesen formulierten Gründen nicht abgeschlossen werden konnte. „Die Verbesserung der katastrophalen Situation

[42] Quelle: UNHCR; IOM 2014: Joint Return Intention Survey Report 2014. Genf. S.39.

in Somalia wird ganz ohne Perspektivenwechsel (…) der (…) Akteure nicht auskommen“ (Weber 2011: 269). So wäre eine Anpassung der Strategie der Militär-Komponente AMISOMs von großer Notwendigkeit, um die asymmetrische Kriegsführung von Al-Shabaab effektiver entgegentreten zu können. Des Weiteren sollte bei der Vorantreibung einer politischen Lösung des Konflikts der Fokus erweitert werden und die an Somalia angrenzenden Staaten, vor allem Äthiopien und Eritrea, miteinbeziehen. Nur wenn das Konfliktsystem der gesamten Region, in dem die betrachtete Problematik eingebettet ist, aufgelöst werden kann, ist Frieden für Somalia denkbar. Zusätzlich bedarf es einem Perspektivwechsel bei der Schwerpunktlegung von AMISOM. Es gilt verstärkt humanitäre Hilfe an die Bedürftigen, die einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen, zu leisten. Hier könnte zusätzlich ein Beitrag zur Unterwerfung von Al-Shabaab geleistet werden, da man die Anreize des Beitritts aktiv bekämpfen würde. Falls es keine Änderung hin zum Positiven gibt sieht Menkhaus Somalia in einen immer wiederkehrenden Teufelskreis zurückfallen: „Since 1991, Somalia has gone through several cycles of political consolidation and fragmentation, and at present the country is unquestionably in another phase of fragmentation, when almost all of the main political actors (…) are weakening and could splinter” (Menkhaus 2012: 174). Eine seriöse Prognose, in welche Richtung sich die Situation in Somalia und AMISOM entwickeln werden, kann nicht gemacht werden. Es gilt abzuwarten was die Zukunft mit sich bringt.

Literaturverzeichnis

Ahlbrecht, Kathrin; Bendiek, Annegret; Meyers, Reinhard; Wagner, Sabine (2009): Konfliktregelung und Friedenssicherung im internationalen System. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Bakonyi, Jutta (2011): Land ohne Staat. Wirtschaft und Gesellschaft im Krieg am Beispiel Somalias. Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Barnes, Cedric; Hassan, Harun (2007): The Rise and Fall of Mogadishu's Islamic Courts. In: Journal of Eastern African Studies. Vol. 1, No. 2. S.151-160.

Bures, Oldrich (2006): Regional Peacekeeping Operations: Complementing or Undermining the United Nations Security Council? In: Global Change, Peace & Security. Vol. 18, No. 2. S.83-99.

Diehl, Paul F. (2009): Peacekeeping and Beyond. In: Bercovitch, Jacob; Kremenyuk, Victor; Zartmann, William (Hg.): The SAGE Handbook of Conflict Resolution. Sage Publications: London. S.525-543.

Fawcett, Louis (2013): Regional Institutions. In: Williams, Paul D. (Hg.): Security Studies an Introduction. Routledge, Oxon. S.355-373.

Feldmann, Ilana (2010): Ad Hoc Humanity: UN Peacekeeping and the Limits of International Community in Gaza. In: American Anthropological Association, Vol. 112, Is. 3. S.416-429.

Gärtner, Heinz (2008): Internationale Sicherheit. Definitionen von A – Z. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Gebrewold, Belachew (2011): The Horn of Unending Conflicts. In: Exenberger, Andreas (Hg.): Afirka, ein Kontinent der Extreme? Innsbruck University press, Innsbruck. S.127-146.

Griep, Ekkehard (2012): Regionale Organisationen und die Weiterentwicklung der VN-Friedenssicherung seit dem Ende des Kalten Krieges. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Hansen, Stig Jarle (2013): Al-Shabaab in Somalia. The History and Ideology of Militant Islamist Group, 2005-2012. Oxford University Press, Oxford.

Holzer, Georg-Sebastian (2011): Anleitung zum Scheitern: Die Rolle externer Akteure in Somalia. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerald (Hg.): Somalia. Optionen-Chancen-Stolpersteine. Böhlau, Wien. S.101-119.

Ingiriis, Mohamed Haji (2012): The Making oft he 1990 Manifesto: Somalia's Last Chance for State Survival. In: Northeast African Studies. Vol. 12, No. 2. S.63-94.

Jeng, Abou (2012): Peacebuilding in the African Union. Law, Philosophy and Practice. Cambridge University Press, Camebridge.

Leeson, Peter T. (2007): Better off stateless: Somalia before and after government collapse. In: Journal of Comparative Economics. No. 35. S.689-710.

Lotze, Walter; Kasumba Yvonne (2012): AMISOM and the Protection of Civilians in Somalia. In: Conflict Trends. Is. 2. S.17-24.

Mayring, Philipp (2007): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Seinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Rowohlt Taschenbuch Verlag: Hamburg. S.468-474

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Beltz Verlag: Weinheim.

Menkhaus, Ken (2012): Somalia at the Tipping Point? In: Current History. No. 111, Vol. 745. S.169-174.

Murithi, Tim (2012): Between reactive and proactive interventionsim: The African Union Peace and Security Council's engagement in the Horn of Africa. In: AJCR, Vol. 12, No. 2. S.87-110.

Powell, Benjamin; Ford, Ryan: Nowrasteh, Alex (2008): Somalia after state collapse: Chaos or improvement? In: Journal of Economic Behavior & Organization. No. 67. S.657-670.

Pugh, Michael (2013): Peace Operations. In: Williams, Paul D. (Hg.): Security Studies an Introduction. Routledge, Oxon. S.393-408.

Ramsbotham, Oliver; Woodhouse, Tom; Miall, Hugh (2011): Contemporary Conflict Resolution. The prevention, management and transformation of deadly conflicts. Polity Press, Camebridge.

Roitsch, Paul E. (2014): The next step in Somalia: exploiting victory, post-Mogadishu. In: African Security Review. Vol. 23, No. 1. S.3-16.

Rubinstein, Robert A. (2008): Peacekeeping Under Fire. Culture and Intervention. Paradigm Publishers, Boulder.

Sheikh, Abdirizak; Weber Mathias (2010): Kein Frieden für Somalia? Die somalische Tragödie und der internationale Terrorismus. M.w. Verlag GmbH, Frankfurt/Main.

Weber, Annette (2011): Somalia – mächtige Probleme, halbgare Lösungen. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerald (Hg.): Somalia. Optionen-Chancen-Stolpersteine. Böhlau, Wien. S.255-271.

Wentges, J. Taylor (1998): Force, Function and Phase: Three Dimensions of UN Peacekeeping. In: International Peacekeeping, Vol. 5, No. 3. S.58-77.

Williams, Paul D. (2006): The African Union: Prospects for Regional Peacekeeping after Burundi & Sudan. In: Review of African Political Economy, Vol. 33, No. 108. S. 352-357.

Williams, Paul D. (2009): Into the Mogadishu Maelstrom: The African Union Mission in Somalia. In: International Peacekeeping. Vol. 16, No. 4. S.514.530.

Williams, Paul D. (2013): The African Union Mission in Somalia and Civilian Protection Challenges. In: Stability: International Journal of Security & Development. Vol. 2, No. 2. S.1-17.

Wolf, Alexander (2010): Die U.S.-amerikanische Somaliaintervention 1992-1994. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Yamashita, Hikaru (2012): Review of International Studies. No. 38. S.165-186.

Dokumente der Afrikanischen Union:

Peace and Security Council (2007a): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. Addis Ababa.

Peace and Security Council (2007b): Communique. Addis Ababa.

Peace and Security Council (2007c): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/PR/2(LXXX). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2007d): Communique on the Situation in Somalia. PSC/PR/Comm(LXXX). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2008a): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/PR/2(CV). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2008b): Report of the Chairperson of the Commission on the State and Prospects of the Peace and Reconciliation Process in Somalia. PSC/HSG/3(CXXXVIII). Sharm El-Sheikh.

Peace and Security Council (2008c): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/MIN/2(CLI). NewYork.

Peace and Security Council (2008d): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/MIN/4(CLXIII). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2009a): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/PR/2(CLXXVII). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2009b): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/PR/COMM.2(CLXXIX). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2010a): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/PR/2(CCXIV). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2010b): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/MIN/1(CCLXLV). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2011a): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/PR/4(CCLXXIII). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2011b): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/PR/2(CCXCIII). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2012): Report of the Peace and Security Council on its Activities and the State of Peace and Security in Africa. Assembly/AU/6(XIX). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2013a): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/PR/2(CCCL). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2013b): Report of the Peace and Security Council on its Activities and the State of Peace and Security in Africa. Assembly/AU/3(XX). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2013c): Report of the Peace and Security Council on its Activities and the State of Peace and Security in Africa. Assembly/AU/5(XXI). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2013d): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/PR/2(CCCLXXIX). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2013e): Report of the African Union Commission on the Strategic Review of the African Union Mission in Somalia (AMISOM). PSC/PR/2(CCCLVI). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2013f): Report of the Chairperson of the Commission on the Joint AU-UN Benchmarking Exercise and the Review of the African Union Mission in Somalia. PSC/PR/2.(CCCXCIX). Addis Ababa.

Peace and Security Council (2014): Report of the Chairperson of the Commission on the Situation in Somalia. PSC/PR/2.(CDLXII). Addis Ababa.

Weitere Berichte Internationaler Organisationen:

Security Council (2014): Report of the Secretary-General on Somalia. S/2014/140. New York.

UNHCR; IOM 2014: Joint Return Intention Survey Report 2014. Genf.

Internetquellen:

Höhne, Markus V. (2014): Somalia. Abrufbar unter: http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54689/somalia ; zuletzt geprüft am 12.08.2015.

Kaplan, Eben (2006): Somalia's High Stakes Power Struggle. Abrufbar unter: http://www.cfr.org/somalia/somalias-high-stakes-power-struggle/p11234#p3. Zuletzt geprüft am 18.08.2015.

Abbildungsverzeichnis

Abb.1 Entwicklung der UN-Peacekeepingmission seit dem Ende der 1980er Jahre
Ramsbotham, Oliver; Woodhous, Tom; Miall, Hugh (2011): Contemporary Conflict Resolution. The prevention, management and transformation of deadly conflicts. Polity Press, Camebridge. Table 6.2, S.150.

Abb.2 Tabellarische Darstellung der Aufgabengebiete von JSC und HLC
Quelle: eigene Darstellung

Abb.3 Gegenüberstellung von anfänglichen und im Rahmen des Djibouti-Abkommens erweiterten Zuständigkeitsgebieten
Quelle: eigene Darstellung

Abb.4 ‚Six-Pillar-Policy-Framework', final ausgearbeitete Fassung der Regierung der Republik Somalia
Quelle: eigene Darstellung
Quelle: eigene Darstellung

Abb.5 Ziele des NSSP
Quelle: eigene Darstellung

Abb.6 Rückkehr Absicht somalischer Flüchtlinge im kenianischen Flüchtlingslager Dadaab
Quelle: UNHCR; IOM 2014: Joint Return Intention Survey Report 2014. Genf. S.36

Abb.7 Ursachen für Flucht aus Somalia
Quelle: UNHCR; IOM 2014: Joint Return Intention Survey Report 2014. Genf. S.39.

Hinweis:
Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

Anhang

Abstract

Seit dem Jahr 2007 versucht AMISOM die sich seit dem Jahr 1991 in einem Bürgerkriegszustand befindenden Republik Somalia zu befrieden. Das Scheitern der UN Interventionen in den 1990er Jahren zeigen, dass dies bei weitem kein einfaches Unterfangen ist. Wenig verwunderlich ist es deshalb, dass die mit deutlich weniger finanziellen Mitteln ausgestatte Afrikanische Union ebenfalls Schwierigkeiten hat, mit AMISOM nachhaltigen Erfolg zu erzielen. Doch wo liegen die Probleme und Herausforderungen der Friedensmission? Die Arbeit erforscht die Gründe warum AMISOM seit 2007 noch nicht abgeschlossen werden konnte. Grundlage dafür sind die von AMISOM veröffentlichten Berichte und Komuniquées, die im Zeitraum zwischen 2007 und 2014 veröffentlicht wurden. Die Gründe für den ausbleibenden Erfolg werden in der prekären Sicherheitssituation und humanitären Lage sowie beim fehlenden Willen der Akteure zur Findung einer politischen Lösung des Konflikts gesucht.

Since 2007 AMISOM tries to bring peace tot he Republic of Somalia, which is in the state of civil war since the year 1991. The failure of the interventions carried out by the United Nations in the 1990s proved, that this will not be a simple undertaking. Thus, it has hardly surprising that the African Union also has its difficulties carrying out the peacekeeping-mission and achieve sustainable success. In this regard the question has to be: What are the problems and challenges of this mission? This paper tries to find out the reasons, why AMISOM is not accomplished yet. The bases for the research are reports and communiques published by AMISOM in the time from 2007 until 2014. Hypothetic reasons that are going to examined are theproblematic security and humanitarian situation as well as the lack will of the actors to negotiate a political solution to the conflict.

Lebenslauf

Name:	Philipp Hentrich
Geburtsdatum:	31. Mai 1988
Geburtsort:	Augsburg, Deutschland
Akademischer Grad:	Bachelor of Arts (B.A.) Sozialwissenschaften, Universität Augsburg
E-Mail-Adresse:	hentrich.philipp@t-online.de

Seit 03.2013	Universität Wien: Studium der Politikwissenschaft (M.A.) mit den Schwerpunkten „Europäische Union und Europäisierung“ sowie „Internationale Politik
10.2009 – 11.2012	Universität Augsburg: Studium der Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Politikwissenschaft, Soziologie und Recht
10.2008 – 09.2009	Universität Augsburg: Studium der informationsorientierten Betriebswirtschaftslehre